

V 12 086 F

TRIALOG

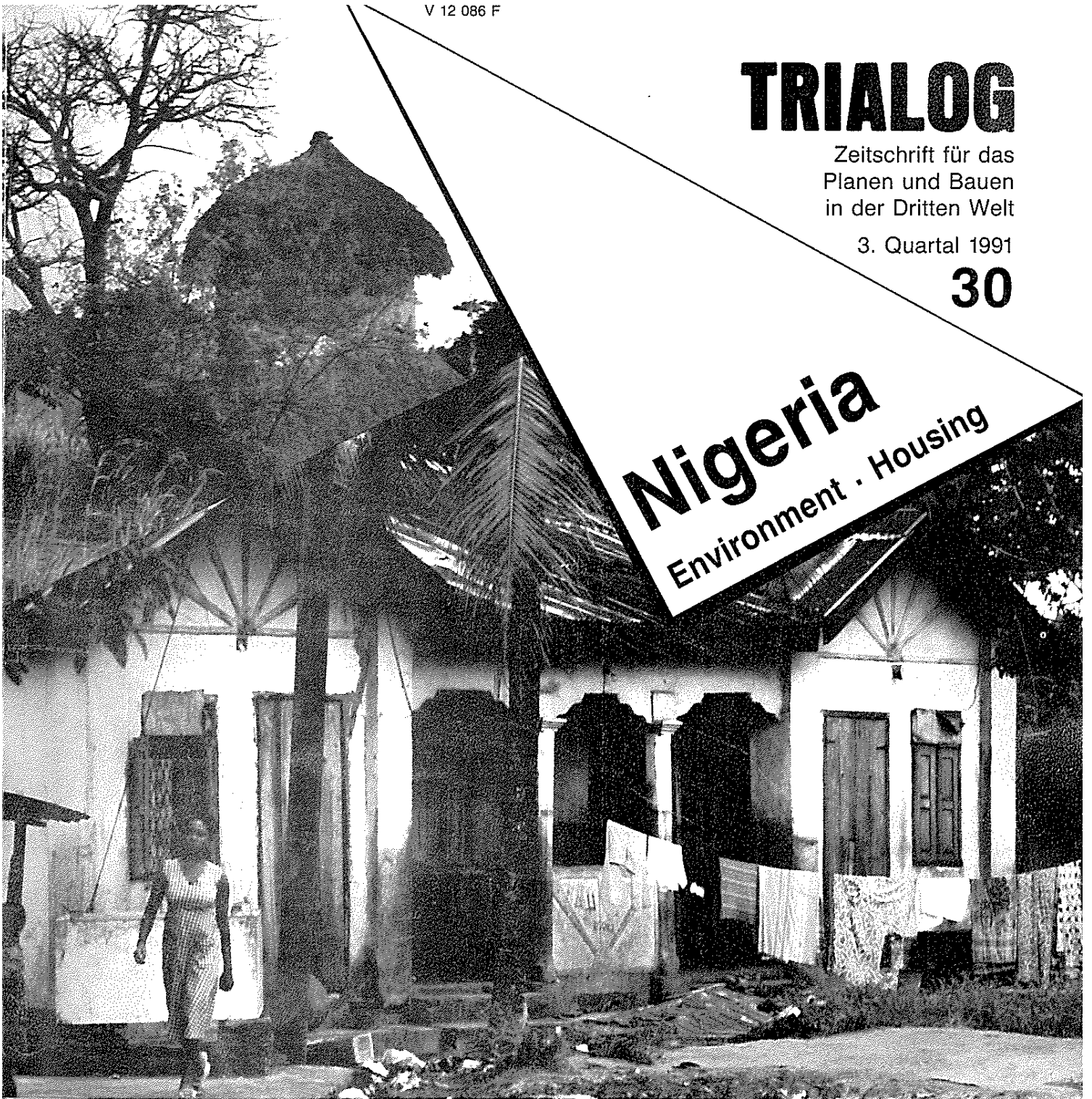
Zeitschrift für das
Planen und Bauen
in der Dritten Welt

3. Quartal 1991

30

Nigeria

Environment · Housing



Impressum

Herausgeber von TRIALOG ist die Vereinigung zur wissenschaftlichen Erforschung des Planens und Bauens in Entwicklungsländern e.V. (gemeinnützig).

Redaktions- und Vereinsanschrift:
TRIALOG, Ploenniusstraße 18, D-6100 Darmstadt

Verlag: Magazin Verlag, Schwofelstraße 6, D-2300 Kiel, Tel. (0431) 56 58 99, (Abobetreuung und Vertrieb)

ISSN 0724-6234

V.i.S.d.P.: Jürgen Oestereich
Titelfotos: Margit Meßmer
Satz und Druck: IRB, Nobelstr. 12, 7000 Stuttgart 80

Die in TRIALOG veröffentlichten Artikel repräsentieren nicht zwingend die Meinung der Herausgeberinnen und der Redaktion. Nachdruck ist mit Angabe der Quelle und bei Zusendung eines Belegexemplares gestattet. Ankündigungen und Informationen bitten wir an die Adresse des Vereins oder an die regionalen Kontaktpersonen zu richten:

Kosta Mathy Geschäftsstelle Süd (Buchrezensionen, Austauschabos), Hofangerstr. 21, 8000 München 83, ☎ 089 400715; Fax 089 406297

Jürgen Oestereich, Am Dickelsbach 10, 4030 Ratingen 6, ☎ 02102 60740

Gisliind Budnick (Mitgliederverwaltung, Finanzen), Mozartstr. 39 7000 Stuttgart ☎ 0711 6071965

Rita Mrotzek-Sampat (Anzeigen, Veranstaltungen), Im Trappengrund 42, 6107 Reinheim, ☎ 06162 81562

Hassan Ghaemi (Vertrieb), Rhönring 117, 6100 Darmstadt, ☎ 06151 784444 & 717774

Florian Steinberg, z.Z. c/o IUIDP Training Project, Jl. Rajasa II/13, Kebayoran Baru, Jakarta Selatan, Indonesien, ☎ 0062 21 770460

Joanna Kotowski-Ziss, Dambachtal 9, 6200 Wiesbaden, ☎ 0611 526162, Fax 790155

Hans Harms, FSP 1-07, TU HH, Schwarzenbergstr. 93 C, 2100 Hamburg-Harburg, ☎ 040 7718 2670 / 2659

Joachim Baldermann, Hohenzollernstr. 14, 7500 Karlsruhe, ☎ 0721 346050

Margit Meßmer, Steinbacher Hohl 38, 6000 Frankfurt 90, ☎ 069 7681443

Klaus Kunzmann / Bernd Jansen, SPRING, Uni Dortmund, Postf. 500500, 4600 Dortmund 50, ☎ 0231 755 2291 / 2398, Fax 721532

Khosrow Edalatian, Lorzingstr. 14, 3502 Velmer, ☎ 0561 826500, Fax 7259

TRIALOG 30 kostet DM 12,- zuzügl. Versand;
Abopreise für 4 Ausgaben (1 Jahrgang):
Normalabo: DM 60,- incl. Versand;
Ermäßigtes Abo für Privatbezieher: DM 40,- incl. Versand;
Studentenabo (Bescheinigung, nur direkt) DM 28,-
Luftpostzuschlag nach Übersee: DM 12,-.

Die Kündigung eines Abos ist dem Verein spätestens zwei Wochen nach Erhalt des letzten berechneten vierten Heftes mitzuteilen.

Editorial

Zurückblickend auf die Reihe der bisher erschienenen TRIALOG-Hefte konstatieren wir, daß unsere Autoren, auch wenn sie die Probleme des Süden behandelten, nur zu einer kleinen Zahl aus den jeweiligen Regionen selbst kamen. Dies hat viele Gründe, von denen einige in den Schwierigkeiten des Austauschs von Gedanken über Kulturgrenzen, andere in denen des Austauschs von Briefen über Postbezirksgrenzen hinweg liegen. Es wird sich in nächster Zukunft nur graduell ändern lassen.

In dem Bestreben, mehr Meinungen aus dem Süden zu Wort kommen zu lassen, legen wir nun ein Heft vor, dessen Autoren in der Mehrzahl nicht Europäer sind, ein Heft, das gleichzeitig Probleme eines einzelnen Landes thematisiert und nicht wie bisher die eines Sachbereiches. Nigeria scheint uns dafür eine glückliche Wahl, weil im Ausland, im Norden und besonders in Deutschland nur wenig über die eigenständige Aufarbeitung der Probleme im Lande selbst bekannt ist. Im übrigen scheint diese Aufarbeitung im eigenen Land, bzw. in dessen nach außen orientierten Führungsschicht, wenig Respekt zu genießen. Können unsere nigerianischen Kollegen Stellvertreter- oder Vorreiterrollen für andere afrikanische Staaten übernehmen?

Einleitend gibt **E. Ede** eine Übersicht über das Land Nigeria und seine Wohnungs- und Infrastrukturprobleme, sowie über die - bisher vergeblichen - Versuche, sie zu lösen. Anschließend verweist **E. S. Lema** darauf, daß die Beiträge nigerianischer Architekten, Stadt- und Regionalplaner zu Themen wie Wohnungsbau, Infrastrukturausbau, Planung im ländlichen Raum und Steuerung der Verstädterung bisher kaum zum Tragen kamen. Er plädiert für die verstärkte Beauftragung seiner Kollegen und skizziert ein umfassendes System der Planung, für das er teils britische Vorbilder, teils angemessenen reduzierte Standards empfiehlt.

Den Teilbereich Wohnungsbauplanung aus der Sicht eines ausländischen Experten, aber mit Blick auf die einheimischen Planer und Entscheidungsträger in den Behörden, stellt **M. Meßmer** in ihrem Bericht über ein Wohnungsbauprojekt der Weltbank in Imo-State dar. Ihr Fazit grober planungstechnischer Mängel dockt sich weitgehend mit der von ihr zitierten Analyse eines anderen Weltbank-Projektes in Bauchi-State durch ein Evaluierungsteam unter **A. G. Onibokun**.

Die in derartigen Planungen üblichen Vernachlässigung kultureller Faktoren stellt **O. C. Agukoronye** in seiner Analyse der dörflichen Siedlungsstrukturen der Igbo in Imo-State heraus. Der Autor fordert dazu auf, in der Siedlungsplanung die bodenständige sozialräumliche Ordnung mehr zu berücksichtigen. In ähnlichem Sinne beschreibt **B. T. Garba** aus Zaria die traditionelle Bauweise des Gwari-Volkes, das im Umkreis der neuen Bundeshauptstadt Abuja beheimatet ist. Diese Traditionen müßten nach Meinung des Autors als kulturelles Erbe des gesamten Landes erhalten werden.

In scharfem Gegensatz zu solchen beschwörenden Betrachtungen menschenbezogener Ordnungen des Wohnens und der Beherrschung der Umwelt steht die Beschreibung eines typischen metropolitanen Wohnquartiers unterer Einkommenschichten, Olaleye-Iponri in Lagos von **T. A. Aina**. Jeweils in einem Raum zusammengepfercht auf einer Wohnfläche von durchschnittlich 1 m² pro Kopf müssen hier vielköpfige Familien bei mangelhafter Infrastrukturversorgung und in kritischen sanitären Verhältnissen ihr Leben sichern.

Mit dem Ziel, diese Verhältnisse, die tendenziell in den meisten der schnell wachsenden nigerianischen Städten anzutreffen sind, zu verbessern, haben die meisten der Bundesstaaten Nigerias Mitte der 80er Jahre behördliche Einsatzgruppen zur Verbesserung des Wohnumfeldes eingerichtet. Am Beispiel einer solchen, der ASES in Enugu, geht **A. A. Onyisi** den besonderen Schwierigkeiten dieser Institutionen nach. Die Abhängigkeit von einer wankelmütigen Staatsführung und die paternalistische Einstellung des Personals sind unangemessen, wo der notwendige Wandel von Werten und Verhaltensweisen langfristige Kontinuität und Beteiligung und Motivierung der Bevölkerung voraussetzt. **J. B. Falade** und **B. B. Kaigama** aus Ile-Ife zeigen für eine vergleichbare Institution in Yola (Gongola State), daß deren Erfolg von der Bevölkerung begrüßt und getragen wird. Um weiterhin langfristig planen und Partizipation und Ausbildung von lokalen Initiativen motivieren zu können, müßte eine solche Institution institutionell entsprechend abgesichert werden.

Nicht aus der Perspektive eines Landes im Süden, sondern aus der Perspektive einer Institution der Entwicklungszusammenarbeit im Norden ist der Beitrag von **N. Kliver** und **W. Thami** geschrieben worden. In ihm wird die Politik der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KIW) als Durchführungsorganisation der staatlichen finanziellen Entwicklungszusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland im Bereich Siedlungswesen erläutert und zwar besonders in Hinblick auf Projekte der Mittelstadtförderung, des Wohnungsbaus bzw. der Unterstützung von Wohnungsbauintiativen und auf die Wasserver- und -entsorgung.

Editorial

Looking back on the sequence of TRIALOG-issues published until now we have to state that of our authors, although usually treating problems of the Southern hemisphere, only a small number of them originate from there. This has many good reasons, some originating in difficulties of exchanging ideas beyond cultural boundaries others in difficulties of exchanging letters beyond state boundaries. This may only gradually change in the near future.

In our endeavour to give the floor to more speakers of the South we are now able to present an issue of TRIALOG, in which the majority of authors come from this part of the globe and which is, at the same time, centered around some problems of a country and not only around a common topic. Nigeria seems to be a good choice in this respect, because so little is known about her, abroad, in the North and especially in Germany, and particularly about the internaõ discussion on the country's problems, and which has earned little esteem from its own elite. Could we encourage our Nigerian colleagues to play a representative's or outsider's role for other African countries?

In his introduction, **E. Ede** gives a summary of the country Nigeria, her great housing and infrastructure problems and her - hitherto rather fruitless - efforts to solve them. Subsequently, **E. S. Lema** points out that only very few of Nigeria's physical planners' contributions to subjects like housing, infrastructure, rural planning and control of urbanization have been implemented. He calls for a more frequent commissioning of his colleagues and outlines a comprehensive system of planning, for which he recommends partly good old British norms, partly locally adjusted and reduced standards.

Planning in the restricted realm of housing is dealt with by **M. Meßmer** in her report of the World Bank Housing Project of Imo State. From her perspective of an expatriate planner, she comments also on the contributions coming from the Nigerian authorities. Her observations which point to some weaknesses in programming and implementing the project correspond with the findings of a Nigerian evaluation team under **A. G. Onibukum** of similar project in Bauchi State.

In the subsequent paper, **O. C. Agukoranye** shows the deficiencies of this type of projects by means of an analysis of rural settlement structures of the Igbo people in Imo State. The author calls on the physical planners for better taking into account the indigenous socio-spatial order. The same approach is found in the description by **B. T. Garba** from Zaria of the traditional architecture of the Gwari, a people living around the new Federal Capital Abuja. According to the author such traditions should be better preserved as a heritage of the entire nation.

In sharp contrast to such incantation of human scale order in housing and mastering the environment stands the description of a typical metropolitan low-income area, Olaleye-Iponri in Lagos by **T. A. Aina**. Here large families are packed in one room on a living space of not much more than 1 m² per head with important deficiencies in public infrastructure and under critical health conditions.

With the aim to improve such conditions, which prevail in most of their quickly expanding cities, most Nigerian states have established, in the mid-eighties, particular environmental task-forces. Following the example of one of them, the ASES in Enugu, **A. A. E. Onyisi** examines the particular difficulties of such an institution. The dependency on an inconstant government attitude on the one hand and the still paternalistic mentality of the personnel are inadequate in a field, in which a general change in values and behaviour is necessary. This change presupposes continuity, participation and motivation on the part of the people. For a comparable institution in Yola (Gongola State) **J. B. Falade** and **B. B. Kaigama** from ilo-ife show in their paper, that any success of such a task force is appreciated and supported by the population, but that the institution must be firmly established in order to be able to combine long term planning with participation and a policy of enabling the people for local initiatives.

Not from the perspective of a Southern country but from the perspective of a Northern institution **N. Kliver** and **W. Thomi** of the *Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)* present the policy guidelines of this official implementation agency of the Federal Republic of Germany in the field of financial co-operation. They are particularly concerned with projects of secondary city promotion, housing, water supply and sewerage.

Emmanuel Ede

Margit Meßmer

Jürgen Oestereich

Contents/Inhalt

<i>Emmanuel Ede</i> Nigeria - kurz gefaßt	4
<i>E.S. Lema</i> Physical Planning in Nigeria	7
<i>Margit Meßmer</i> Erfahrungen mit Sites-and-Services-Projekten in Imo State und Bauchi State	10
<i>Okechukwu C. Agukoranye</i> Physical Planning and the Rural Communities: The Eastern Nigeria Example	18
<i>Bature Tagwai Garba</i> Gwari Traditional Architecture: A case study in the Federal Capital Territory of Abuja	21
<i>Tade Akin Aina</i> Housing and Health in Olaleye-Iponri, Lagos	25
<i>Anthony A. Ezenweze Onyisi</i> Communicating Urban Environmental Sanitation: A study of the public relations strategies of Nigeria's Anambra State Environmental Sanitation Authority	28
<i>J. B. Falade, B. B. Kaigama</i> An Evaluation of Urban Landscape Improvement Strategy in Yola, Nigeria	34
<i>E. Kliver, W. Thomi</i> Städtische Infrastruktur - Städtisches Wohnen Bedeutung und Perspektiven im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit	38
Buchbesprechungen/ Book Reviews	44
Veranstaltungen/ Forthcoming events	48
500 Jahre Kolonialismus - 500 Jahre Widerstand	49

Nigeria - kurz gefaßt

Emmanuel Ede

Land und Leute

Nigeria ist seit 1963, drei Jahre nach Erlangung der Unabhängigkeit von der britischen Kolonialmacht am 1. Oktober 1960, eine föderative Republik mit bisher 21 Bundesstaaten (1), die bisher von Lagos und in der Zukunft von der neuangelegten Hauptstadt Abuja aus regiert wird.

Das Land liegt in den Tropen zwischen dem 4. und 14. Grad nördlicher Breite sowie zwischen dem 2. und 13. Grad östlicher Länge. Mit einer west-östlichen Ausdehnung von 1050 km und einer nord-südlichen von 975 km ist es mit einer Fläche von 725,768 qkm fast dreimal so groß wie die BRD.

Topographisch gliedert sich Nigeria in die Küstenebene mit großen Sumpfböden im Bereich der Nigermündung, den sich anschließenden tropischen Regenwald und das im Norden liegende hügelige Plateau. Dieses erstreckt sich über Savannen, Steppen und wüstenähnlichen Gebieten bis zum Tschadsee im Nordosten.

Das Klima ist gekennzeichnet durch einen Wechsel von Regenzeit (April bis Oktober) und Trockenzeit (November bis März) bei Temperaturen zwischen 10 bis 40 Grad Celsius. In der Küstenregion und dem Regenwaldgürtel erreicht die jährliche Luftfeuchtigkeit 80 bis 100%, die Niederschläge betragen hier bis zu 3000 mm p.a., im Norden gehen sie auf 400 mm p.a. zurück.

Nigeria ist das bevölkerungsreichste Land Afrikas mit einer geschätzten Gesamtbevölkerung von 108,5 Millionen Einwohnern (1990). In der Zeit von 1960 bis 1990 betrug die jährliche Wachstumsrate der Bevölkerung

3,2% (UNDP 1991). In mehreren Bundesstaaten des Nordens beträgt die geschätzte Bevölkerungsdichte 36 Einw./qkm, im Süden dagegen bis zu 645 Einw./qkm. (Idachaba, 1985) Die Bundesstaaten Lagos, Oyo, Imo, Anambra im Süden sowie Kano im Norden zählen mit 200 bis über 500 Einw./qkm zu den bevölkerungsreichsten Gebieten Nigerias und Afrikas überhaupt.

Mehr als 200 verschiedene ethnische Gruppen leben in Nigeria. Zu den größten zählen die Hausa im Norden mit 20,9, die Yoruba im Westen mit

20,3 und die Igbo im Osten 16,6 Prozent an der Gesamtbevölkerung. (Nach der letzten offiziell anerkannten Volkszählung von 1963.)

Etwa 35% der Bevölkerung leben in den städtischen Agglomerationen während sich 65% (UNDP 1991) in der Großfamilie auf ausgedehnte Kernsiedlungen und verstreut liegende Dörfer, die aus mehreren Gehöften bestehen, verteilen. Die Tabelle führt die größten Städte des Landes auf. Daraus wird ersichtlich: Im Yoruba-Gebiet (im Südwesten Nigerias) befinden sich die meisten der

Table 1: Population of important Nigerian cities (in .000)

City (State)	1952	1963	1972	1982	1984
Southwest					
Lagos (Lagos)	267	665	1,569	4,069	4,488
Abeokuta (Ogun)	84	187	291	624	690
Ibadan (Oyo)	459	627	1,479	3,837	4,230
Ogbomosho (Oyo)	140	320	496	808	891
Oshogbo (Oyo)	123	209	324	528	582
Ile-Ife (Oyo)	110	131	202	329	362
Iwo (Oyo)	100	159	246	401	442
Oyo (Oyo)	72	112	174	284	313
Ilesha (Oyo)	72	106	257	419	462
Iseyin (Oyo)	49	95	148	241	265
Ede (Oyo)	45	134	209	340	375
Ila (Oyo)	25	158	244	398	439
Akure (Ondo)	39	72	110	238	262
Ikere-Ekiti (Ondo)	36	107	167	290	320
Ilorin (Kwara)	45	209	408	1,059	1,167
Benin City (Benue)	54	101	197	511	564
Southeast					
Onitsha (Anambra)	77	163	253	112	454
Enugu (Anambra)	62	138	326	847	934
Aba (Imo)	58	132	203	331	365
Pt. Harcourt (River)	72	180	352	912	1,005
Calabar (Cross River)	47	76	150	388	375
Middle Belt / Northern Belt					
Minna (Niger)	22	27	93	200	220
Kaduna (Kaduna)	45	150	353	916	1,011
Zaria (Kaduna)	54	166	258	420	483
Jos (Plateau)	39	90	177	459	506
Sokoto (Sokoto)	52	90	176	455	503
Katsina (Katsina)	53	99	140	229	252
Kano (Kano)	127	295	578	1,500	1,654
Maiduguri (Borno)	57	140	274	711	783

Source: Onibukun, A. G.: (1989) : 78 (rounded)

großen Städte des Landes von Lagos bis Ilorin und von Abeokuta bis Ado-Ekiti. Tatsächlich besitzt dieses Volk eine bedeutende Geschichte des Siedelns in großen Agglomerationen. (Mabogunje 1977) Der Hauptort des Yoruba-Landes, Ibadan, mußte erst nach der Unabhängigkeit seine Vorrangstellung an Lagos abgeben. Dessen exzessive Wachstumsraten von zunächst über 11% jährlich sind inzwischen immerhin auf unter 7% abgesunken. Andere Agglomerationskerne mit besonders großem Hinterland wie Ilorin und Ila beispielsweise verzeichnen Wachstumsraten, die zeitweise noch über denen von Lagos liegen. Während die Einwohnerzahl dieser Metropole von 1952 bis 1982 um den Faktor 17 gewachsen ist, beträgt dieser Wert für Ilorin im gleichen Zeitraum 25.

Die Verstädterung im Siedlungsgebiet der Igbo (im Südosten Nigerias) von Enugu bis Aba wird in dieser Tabelle weniger augenfällig, da sie über keine Stadtradition verfügen (Ekanem 1972): So nehmen die kleineren Orte und die ländlichen Siedlungskerne in besonderem Maße an Bevölkerung zu, während die Städte nur mäßig wachsen.

Ein drittes Siedlungsmuster findet sich in der mittleren und nördlichen Zone des Landes (u.a. im Hausa-Gebiet). Hier fungieren die Provinzhauptstädte als Pole, die die Landflucht in besonderem Maße auf sich ziehen. So übersteigen die Wachstumsraten von Kano bis Kaduna heute bereits die der Yoruba-Städte einschließlich der von Lagos. Die heute noch mäßigen Zunahmen von Zentren wie Sokoto und Maiduguri steigen ebenfalls, im Gegensatz zur abnehmenden Tendenz im Süden des Nigerias.

2. Wohnungsbau und Wohnumfeld

Diese Verstädterungstendenzen treffen heute auf eine tendenziell ständig abnehmende Wirtschaftskraft des gesamten Landes. So sind die bereits zu Anfang der Unabhängigkeit von Otto Königsberger und anderen beobachteten Probleme der Versorgung mit Wohnraum und Infrastruktur immer größer geworden. In der Mehrzahl der städtischen Zentren ist dabei nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität von Wohnraum und Wohnumfeld kritisch. Der Druck auf die unzulänglichen Infrastruktureinrichtungen erhöht sich ständig, die Umwelt und auch die Gesundheit der Bewohner wird immer mehr bedroht.

In den ländlichen Gebieten ist das Problem etwas anders gelagert. Hier, wo immer noch 65% nigerianischen Bevölkerung leben, weisen die Menschen die traditionelle Bauweise zurück, können sich aber weder die gewünschte Qualität der Wohnungen noch deren Ausstattung mit Versorgungsdiensten leisten. Dies führt zur Verschlechterung der Lebensbedingungen auf dem Lande und ruft eine erhöhte Landflucht hervor.

Die Geschichte des nigerianischen Wohnungsbaus seit 1960 zeigt, daß ihm am Anfang nur geringe Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Der erste nationale Entwicklungsplan (1962-1968) maß dem allgemeinen Wohnungsbauproblem nur geringe Bedeutung zu, da sich die Bundesregierung auf die Errichtung von Wohnviertel für ihre Beamten konzentrierte. Während des Bürgerkriegs (1967-1970) verschlechterte sich die Wohnsituation insbesondere in den vom Krieg heimgesuchten Gebieten Südostnigerias. Die Zeit des Ölbooms (1970-

1979) markiert den ersten bedeutenden und direkten Versuch der Bundesregierung, Positives im Wohnungsbau zu erreichen. So erstellte die Regierung während des zweiten nationalen Entwicklungsplans (1970-1974) ein nationales Wohnungsbauprogramm. Zur Durchsetzung dieses Programms wurde die bundesstaatliche Wohnungsbaubehörde (Federal Housing Authority) gegründet. 59.000 Wohneinheiten - 15.000 in der Hauptstadt Lagos und je 4.000 in den anderen 11 Landeshauptstädten (2) - sollten errichtet werden.

Der dritte nationale Entwicklungsplan (1975-1980) enthält die bedeutendste Intervention, die die Bundesregierung auf dem Gebiet des Wohnungsbaus unternahm. Mit einer Gesamtsumme von 2,6 Billionen Naira (3) sollten 202.000 Wohneinheiten gebaut werden, davon 50.000 in Lagos sowie je 8.000 in den nun 19 Landeshauptstädten. (4) Es ist allerdings an dieser Stelle festzuhalten, daß das ehrgeizige Ziel nur zu 15% realisiert werden konnte.

Unter der zweiten Zivilregierung (1979-1983) (5) wurde ein neu erarbeiteter nationaler Entwicklungsplan auf den Weg gebracht, der sich vor allem am finanziellen Leistungsvermögen und der direkten Beteiligung der Zielgruppe, den gering Verdienenden, orientierte. Ihr jährliches Durchschnittseinkommen betrug nicht mehr als 5.000 Naira. Jährlich sollten 40.000 Wohneinheiten gebaut werden, 2.000 in jedem Bundesstaat, von denen wiederum 80% der genannten Zielgruppe zur Verfügung stehen sollten. Bis Mitte 1983 waren erst 20% der geplanten Wohnungen errichtet.

Im Jahre 1980 sollte das Problem urbanen Wohnens mittels eines Weltbankkredits gelöst werden, eine Hilfe, die allerdings nur wenigen Bundesstaaten zugute kommen konnte. Auch in diesem Fall war die Zielgruppe durch ihren geringen Verdienst definiert. Diese Versuche das Wohnungsbauproblem zu lösen schlugen fehl, teilweise wegen der zu gering angesetzten Geldmittel, teilweise wegen der gesamtwirtschaftlichen Lage und der daraus folgenden Abwertung des Naira, teilweise auch wegen mehr oder weniger grober Fehler in den Strategien, Programmen und Planungen. (Vgl. Onibokun et al 1989)

Bei aller Negativerfahrung kann das Problem nicht als erledigt betrachtet

Summary

Having given some general information on the country the author summarizes the most important facts on the ongoing urbanization process in the country which follows broadly three different patterns in the South-West, South-East and the Middle and Northern Belt.

In whatever figuration, the process causes giant deficiencies in houses and services. Housing policies, neglected at first and failing later are more necessary than ever. Yet they need redefined frameworks in many respects. In the field of training and education in physical planning the author hopes that the outdated curricula be reformed and that the country will find a genuine agreement on endogenous solutions for its problems.

werden, es ist vielmehr seither noch größer geworden. Kürzlich erschiene- ne Statistiken belegen, daß 5 Millionen Wohnein- heiten in Nigeria fehlen, um die Bedürfnisse städtischen Wohnens bis zum Jahre 2000 zu befriedigen, 3 Millionen Wohnungen werden in den ländlichen Gebieten fehlen. (Federal Republic of Nigeria 1991)

Eingedenk dieser Tatsache hat die ni- gerianische Staatsregierung im März 1991 das erste Wohnungsbaugesetz erlassen mit dem Ziel, allen Nigeria- nern bis zum Jahre 2000 Wohnungen zu annehmbaren Kosten an- bieten zu können. Einige der Elemente dieses Gesetzes sind (vgl. Nigeria Home- News 1991):

- der private Wohnungsbau soll geför- dert werden;
- neue Behörden sollen errichtet wer- den, um ein effektives Planen im Wohnungsbau zu erleichtern;
- bestehende Gesetze und Bestim- mungen sollen reaktiviert werden wie beispielsweise die Landnutzungsver- ordnung (Land Use Decree) von 1977, um die Wohnraumversorgung voranzutreiben;
- alle bestehenden öffentlichen Ein- richtungen sollen reorganisiert wer- den, damit sie wirkungsvoller auf die öffentlichen Bedürfnisse eingehen können.

Diese neue Politik müßte von einer grundlegenden Reform der Univer- sitäts- und Fachhochschulausbildung im Bereich Architektur begleitet wer- den. In den vielen Universitäten und der großen Zahl von Fachhochschu- len Nigerias erfolgt die Ausbildung von Architekten nur sehr einseitig:

- Die Lehrpläne folgen immer noch weitgehend denjenigen der westli- chen Industrieländer ohne sich an die nigerianischen Bedürfnisse anzu- passen.
- Die theoretische Arbeit, ein Erbe der in der Kolonialzeit üblichen Lehrmet- hode, wird gegenüber der prakti- schen immer noch zu sehr betont, da technische Lehreinrichtungen auf- grund der wirtschaftlich schlechten Verhältnisse fehlen.

Während des Symposiums über eine „New Direction of Architectural Edu- cation in Africa“ faßt der erste Vizeprä- sident des Nigerian Institute of Archi- tects (NIA), der Architekt Mbanefo, die Folgen so zusammen: "...the archi- tects being produced today in Nigeria

can only work with paper and pencil and are totally inadequate when con- fronted with hammer and trowel." (NIA Journal 1988)

Zwei Drittel der nigerianischen Bevöl- kerung leben auf dem Land. Eingedenk dieser Tatsache muß die Frage erlaubt sein, ob nicht die Ausbildung von Architekten in Nigeria vor allem den Wohnpro- blemen dieser überwältigenden Mehrheit anzupassen ist. Denn was bringt ein Architekturstudi- um, wenn die Absolventen nicht in der Lage sind, die erdrückenden Wohn- probleme der Armen überall, auch auf dem Lande in den Griff zu bekom- men?

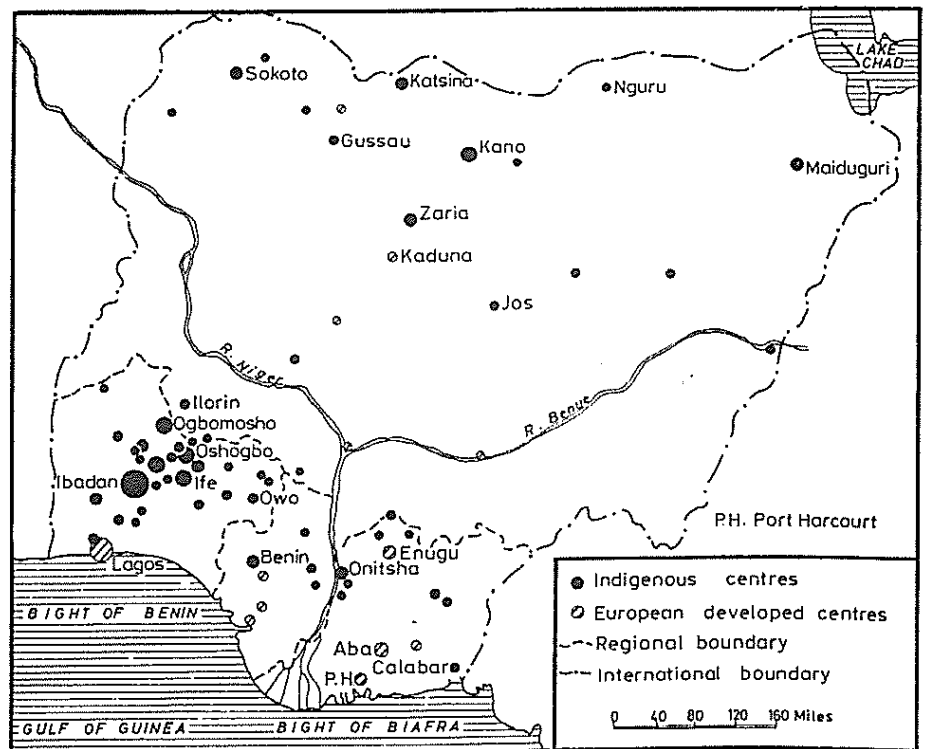
Es ist nicht nur zu hoffen, daß die Curri- cula im Bereich Architektur und Stadt- planung endlich den Bedürfnissen Ni- gerias Rechnung tragen, sondern auch, daß es dort zunehmend zu einer öffentlichen Diskussion über Woh- nungsfragen und deren Lösung kommt. Die aktuellen Probleme sollten endogen gelöst werden, das heißt ohne Beeinflussung von außen. Auslän- dische Experten sollten nur in sehr be- grenzter Zahl eingesetzt werden. Da- für wurde bereits auf dem oben er- wähnten Symposium der NIA plädiert.

References/Anmerkungen

- 1.) Von 1967 bis 1976 bestand Nigeria aus 12 Bundesstaaten inklusive Lagos.
- 2.) Naira ist die nigerianische Währung. In der genannten Zeit war der Umrechnungskurs: 1 Naira = DM 4,— Heute beträgt er: 8 Naira = DM 1,—.
- 3.) Von 1967 bis 1987 bestand Nigeria aus 19 Bundesstaaten.
- 4.) Die erste Zivilregierung nach der Unabhängigkeit dauerte von 1960 bis 1966. 1966 folgte eine Militärregierung, die bis 1979 im Amt war. Seit 1983 wird Nigeria erneut von Militärs regiert.

Literatur

- EKANEM, I.I.: The 1963 Nigerian Census - A Critical Appraisal, Benin City 1972.
- FEDERAL REPUBLIC OF NIGERIA: New Housing Policy for Nigeria (Draft), Federal Ministry of Works and Housing, Lagos 1990.
- IDACHABA, F.S.: Rural Infrastructure in Nigeria, Ibadan 1985.
- NIA JOURNAL (Journal of the Nigerian Institute of Architects), Bd. 4, Nr. 2, Lagos April - Juni 1988.
- NIGERIA HOMENEWS, Bd. 2, Nr. 20, London 28. Februar - 6. März 1991, S. 11.
- MABOGUNJE, A.L.: Yoruba Towns, London 1962.
- ONIBOKUN, A.G., AGBOLA, A., LABEODAN, O.: „World Bank Assisted Site-and-Services Projects: Evaluation of Nigeria's Experiment“, in EKISTICS 328 - 330, Januar - Juni 1988, S. 82 - 84.
- UNDP: Human Development Report 1991, New York/Oxford 1991.



Physical Planning in Nigeria

E. S. Lema

Zusammenfassung

Der Autor faßt die Diskussion unter den Architekten und Stadtplanern Nigerias zusammen, welche sich um die Themen Wohnungsbau, Infrastrukturausbau, Bau der neuen Hauptstadt Abuja, ländliche (Regional-)Planung und Steuerung der Verstädterung dreht. Auf die Realität hatten die Planer jedoch bisher relativ wenig Einfluß, teils wegen der schlechten Wirtschaftslage und teils, weil bei großen Projekten mit ausländischem Kapital internationale Consultingbüros bevorzugt werden. Der Autor fordert, die Erfahrungen einheimischer Planer in Zukunft mehr zu berücksichtigen. Sodann schlägt er ein hierarchisches Planungssystem vor, mit einem nationalen Raumplan als Rahmen und einem dreistufigen Plansystem nach britischem Muster auf den nachfolgenden Ebenen, eine Senkung der Baustandards, Subventionen beim Bau für die unteren Einkommenschichten und allgemein eine Anpassung der Planungsziele und -methoden an die gegenwärtig eingeschränkten Möglichkeiten des Landes.

The most significant contributor to the growth of the Nigerian towns is the rural-urban migration. For instance, rural-urban migration accounted for 75 % of the total increase of the population of Lagos between 1952 and 1962 (World Bank: 1962). Other cities in Nigeria have proved attractive points for rural-urban migration. Thus, when the first census was taken in Nigeria in 1952/53, there was no settlement with a population of 500,000 and above. By 1981, Nigeria had at least three cities within more than one million each: Lagos, Ibadan and Kano. Some cities have been estimated to have experienced population growth rates ranging between 6 and 19 % p.a., particularly within the last decade.

Nigeria's Planners' vision

For the past three or four decades, there have been five fundamental questions with which planners have concerned themselves:

- Housing and environmental improvement (Koenigsberger 1964; 1970; Adeniyi 1972, Onibokun 1965; 1971; 1975; 1982; 1985; Abiodun 1980; 1985; Doxiadis 1973; Marris 1966);
- development of public infrastructural services (Onokheroraye 1977; Sada 1975);
- relocation of the National Capital City from Lagos to Abuja;
- rural and regional planning (Ajaegbu 1977; Mabogunje/Faniran 1977; Abiodun 1980; 1985; Adeniyi 1985; Gana 1985; Filani 1977; 1980; 1981; 1985);

E.S. Lema, Senior Lecturer, Department of Urban and Regional Planning, Kaduna Polytechnic, Kaduna, Nigeria.

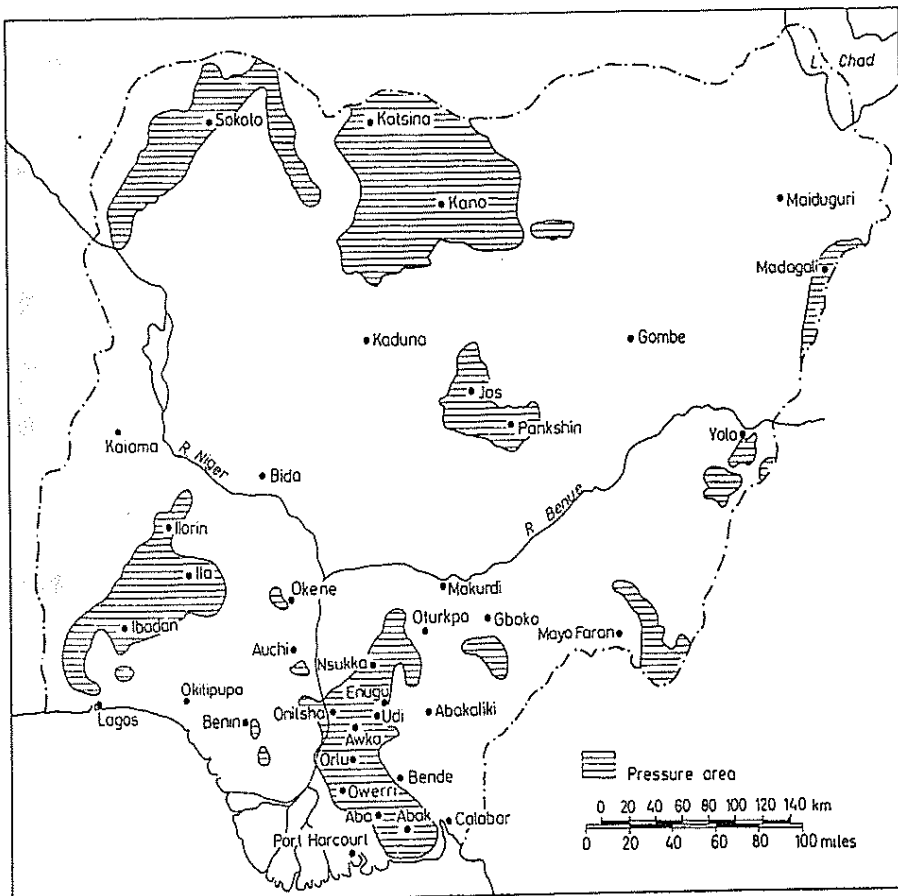


Fig. 1: Areas of rural population pressure on land in Nigeria, 1970

- management of rapid urbanization (Adedeji/Rowland 1978; Onibokun 1989).

The concern with creating a suitable physical environment and the desire to live in „planned” towns and cities provided the main stream supporting urban planning in the country (Izeogu 1986: 46). Added stimuli soon after the civil war in 1970 were increased economic growth from petroleum resources and the social conditions of the period, which generated new tastes for better living in the country. Academics and researchers like Koenigsberger (1970) have documented the trend for better housing conditions for urban workers.

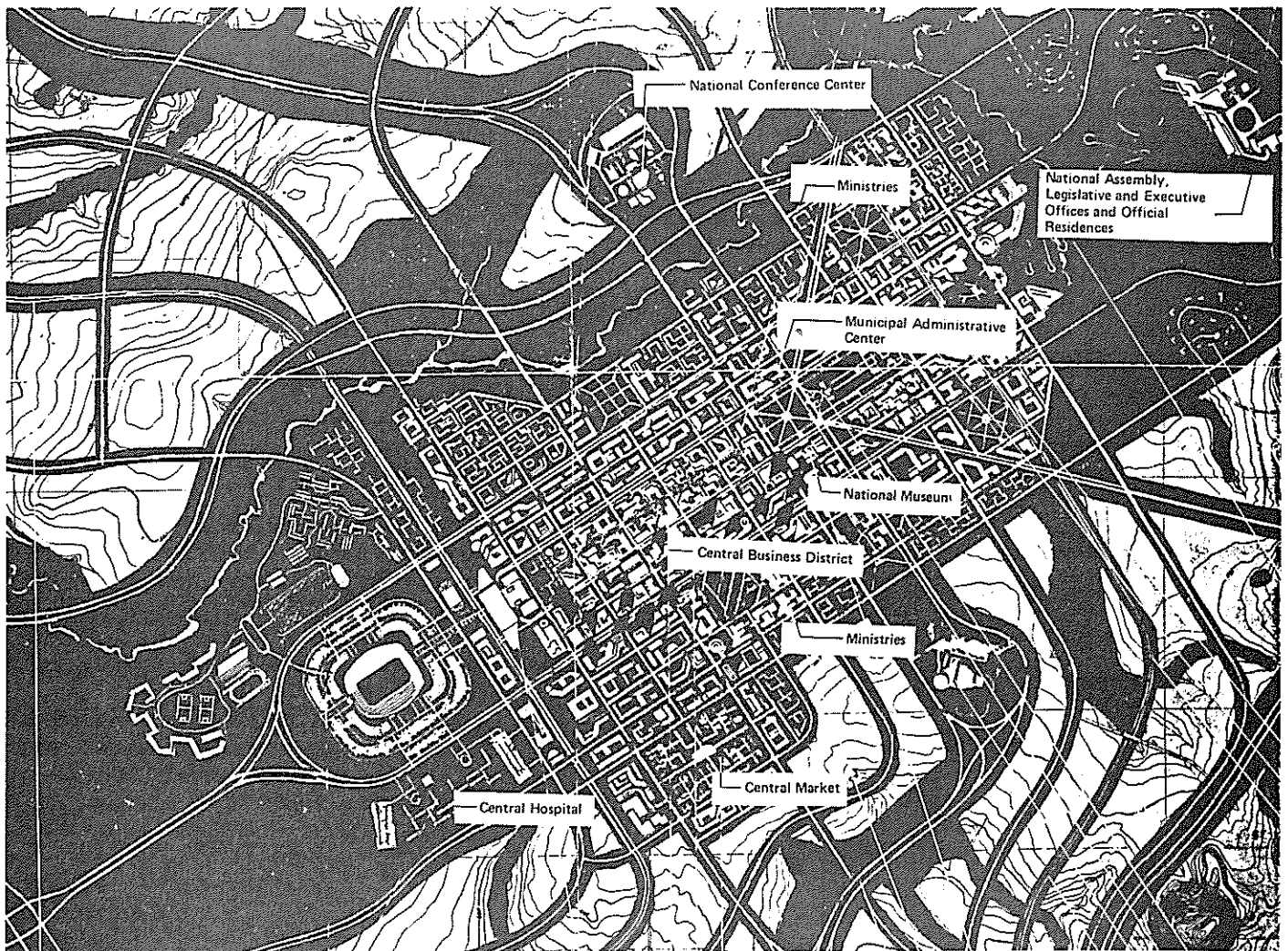
Onibokun (1975) and Okpala (1981) highlighted the question of reduction of house rents, housing densities and environmental sanitation. The work by Marris (1962; 1969) on the slums of central Lagos helped to expose the share of slums and slum environments. Adefolalu (1977) and Olayemi (1979) stressed the issue of traffic congestion while Mabogunje (1979; 1981) analysed the rural-urban migration problem. Makinwa (1983) discussed the growing problem of urban poverty. The annual conferences of the Nigerian Institute of Town Planners (NITP) helped to clarify the role of planning.

The visions of the academics, researchers and professional groups ex-

pressed influenced in various degrees the respective Governments in power.

In the 1970-1980 decade, Nigeria had enough money to prepare master plans for most of its large and medium-sized towns. Plans were also commissioned and completed for new towns, housing and industrial estates, modern highways and holiday resorts (Izeogu 1986). Some of these plans have been criticised as being too grandiose and glamorous. On the other hand, Nigeria can be said to have acquired experience in the techniques of master planning. In addition, a lot of valuable data was assembled. Such data may prove valuable for long term forecasts for various urban land-using activities.

Fig. 2: Abuja, New Federal Capital of Nigeria - Central Area Plan, Main Section



On August 5, 1975, General Murtala Muhammed, Head of the Federal Government of Nigeria, stated:

„There have been persistent suggestions that, as Lagos seems unable to accommodate two Governments, either the Lagos State Government or the Federal Government should move its capital elsewhere. It is believed that a body of knowledgeable men to be set up, assisted by contributions from the public at large, will be able to make useful recommendations to the Federal Government.”
A seven-man panel under Dr. Justice T. Akinola

Abuja was set up. In its report submitted on December 10, 1975, the commission observed inter alia: „...that a new capital created on a virgin land may be for the vast majority of Nigerians ... a symbol of their unity and of the nations's greatness.”

„It is needless for us to restate the obvious - that we are just in the process of building a nation of the many „nations” which occupy the geographical area of land known as Nigeria. It is our belief that one way for forging the idea of unity of this nation is by building a Capital City which will belong every Nigerian, where every Nigerian

will rest assured that he has an opportunity to live in parity with every other Nigerian, and where no Nigerian will be regarded either in law or in the facts as a „Native Foreigner”.”

The panel recommended the area now demarcated as „Federal Capital Territory”. The Federal Government Decree No. 6 of February 1976 established the Federal Capital Development Authority and commissioned it with the construction of the Federal Capital, which people now refer to simply as Abuja. Various renowned international consultants were engaged to prepare the master plan.

In spite of the plethora of master plans completed, a lot of problems still remain. These include: the existence of pseudo planning where professional planners play only a limited role because most of the master plans were designed by foreign consultants. In addition, political and/or administrative problems distort original goals at their implementation stage. Furthermore, the country faces fiscal crises never contemplated before.

An Agenda for the Mid 1990s and Beyond

* Nigeria's physical planning experience should be utilized to the best advantage. NITP should ensure that the recently approved Town Planners' Charta is put into good effects. A National settlement plan covering the whole should be produced. Only in this way can Nigeria avoid the fate of American and European Problems. Since the 2nd National Development Plan planners have been asked to think beyond the „beautification and scenic

effect of zoning various development and social activities in the area under a given planning authority."

* Nigeria should adopt the three-tier physical planning system which is practised in England. Within the framework of the National Settlement Plan, there should be provision for structure plans, local plans and action plans.

* Development control regulations should be revised to match austerity conditions. An organised framework stipulating the standards of sufficient light, ventilation and easy access to all types of development should be revised with affordability in view for innovative, imaginative and responsive planning (Izeogu 1986: 57).

* The poor should be assisted to cushion themselves from the patterns of economic relationship which generate their poverty. Roadside mechanics, squatters and the like need help. This may come in form of site and services, advance factories, funds and technical advice.

* Development Planning should give clear directives within which physical planners can work. Industrial location and employment policies, for example, distort the physical planner's vision of location and planning of towns. Towns must be seen within the wider problems of planning of urban and rural areas with integrated development.

* The agencies of physical planning, born in growth, are no longer geared to the situation of little growth. Planners have been trained to design, oversee changes, forecast future changes and provide accordingly, whilst their legal and economic training has largely confined itself to cover the negative control of too much growth. Planning theory has for too long been based on either the availability of green field sites or the ability to re-arrange spatial relationship on a massive scale. We have now reached a point where planners are being asked to be God, Oracle and Solomon all in one, but in reality have little influence at all.

References

- Abiodun, J.O. (1980) On the Relevance of Growth Pole/Centre Strategy in Regional Planning; Paper, Regional Planning Seminar, University of Ife
- Abiodun, J.O. (1985) Housing Problems in Nigerian Cities; in: Onibokun, P., ed. (1985) Housing in Nigeria: Ibadan (NISER)
- Abiodun, J.O., ed. (1985) Urban and Regional Planning Problems in Nigeria; Ile-Ife (UNIFE Press)
- Adedeji, A./Rowland, L., eds. (1978) Management Problems of Rapid Urbanization in Nigeria, Ile-Ife (UNIFE Press)
- Adeniyi, E.O. (1972) Housing in Nigerian National Development; in: Nigerian Journal of Economic and Social Studies 14/3: 313-326
- Adeniyi, E.O. (1981) Administrative Framework for Physical Planning in Nigeria; in: Sada, P.O./Oguntoyinbo, eds.: 31-44
- Adeniyi, E.O. (1985a) Regional Development Planning within the context of national development in Nigeria; in: Abiodun, J.O., ed. (1985): 19-34
- Adeniyi, E.O. (1985b) Housing in Nigerian National Development; in: Abiodun, P., ed. (1985): 91-104
- Adefolalu (1977) Traffic Congestion in Lagos; in: Nigerian Geographical Journal 20/2
- Ajaegbu, H.I. (1977) Rural Spatial Organisation and Regional Economic Development; in: Mabogunje/Faniran, eds.: 153-165
- Doxiadis, C.A. (1973) Development Problems and Future Needs of Major Urban Centres: Port-Harcourt; Athens (Ekistics)
- Filani, M.O. (1977) Some Fundamental Issues in Planning for Rural Development; in: Adejuyigbe, O./Helleiner, F.M., eds.; Proceedings of the NGA, Ile-Ife (UNIFE): 6-14
- Filani, M.O. (1980) Nigeria: the need to modify centre-down development planning; in: Stöhr, W./Taylor, D.F., eds, Development from Above or Below? New York (Wiley)
- Filani, M.O. (1981) Spatial Analysis and Development in Developing Countries: Comments on some unfulfilled expectations; Seminar Paper, Dept of Geogr. Univ. of Ibadan
- Filani, M.O. (1985) Regional Planning in Nigeria: The critical issue of econ.dependency; in: Abiodun, J.O., ed.: 57-78
- Gana, J.A. (1985) The Political Economy of Regional Development; in: Abiodun, J.O., ed. (1985): 35-36
- Izeogu, Chukudi V. (1986) Physical planning in Nigeria: The challenge of the eighties; Journal of the NITP: 6/7, 4: 49-65
- Koenigsberger, O. et al. (1964) Metropolitan Lagos: New York (UNO)
- Koenigsberger, O. (1970) Housing in National Development Plan; in: AA Quarterly: 11-24
- Mabogunje, A.L. (1962) Urbanization in Nigeria; London (Macmillan)
- Mabogunje, A.L. (1968) Urban Land Use Problems in Nigeria; in: IBG Special Publication 1: 203-218
- Mabogunje, A.L. (1975) Yoruba Towns; Ibadan (Ibadan UP)
- Mabogunje, A.L. (1977) Regional Planning and the Transformation of African Economies; in: Mabogunje, A.L./Faniran, A., eds. (1977): 3-10
- Mabogunje, A.L./Faniran, A., eds. (1977) Regional Planning and National Development in Tropical Africa, Ibadan (Ibadan UP)
- Marris, P. (1966) Family and social Change in an African City: A study of re-housing in Lagos, London
- Onibokun, A.G. (1980) The Challenge of Housing Low-Income People in Nigeria, Ibadan (NISER)
- Onibokun, P. (1982) Public Housing in Nigeria; Ibadan (NISER Paper)
- Onibokun, A.G. (1985) Housing Needs and Responses: A Planner's Viewpoints; in: Onibokun, P., ed.: 65-85
- Onibokun, P., ed. (1985) Housing in Nigeria: A book of readings; Ibadan (NISER)
- Onibokun, A.G. (1989) Urban Growth and Management in Nigeria; in: Stren, R.E./White, R.R., eds.; African Cities in Crises, Boulder/London (Westview): 69-112
- Onokerhoraye, A.G. (1976) Urban Environmental Problems and Planning Strategies in Tropical Africa. The example of Nigeria; in: Annals of Regional Science 10/2: 22-35
- Sada, P.O. (1970) The Rural Urban Fringe of Lagos: Population and Land-use; in: Nigerian Journal of Economic and Social Studies 12/2: 225-241
- Sada, P.O. (1975) Urban Housing and the Spatial Pattern of Modernization in Benin City; in: Nigerian Geographical Journal 18/1: 39-55
- Sada, P.O./Oguntoyinbo, eds. (1981) Urbanization Processes and Problems in Nigeria; World Bank (1962) Country Report - Nigeria; Washington DC

Erfahrungen mit Sites-and-Services-Projekten in Imo State und Bauchi State, Nigeria

Margit Meßmer

Die Weltbank verfolgt mit ihren Sites and Services (S/S) ¹⁾ und Upgrading ²⁾ Projekten die Doppelstrategie einer Reduzierung der städtischen Probleme durch den Bau minimaler und eher flächendeckender Infrastrukturmaßnahmen bei gleichzeitigem Ausbau der dafür nötigen planerischen und institutionellen Rahmenbedingungen. ³⁾

Die Autorin hatte vor ca. 10 Jahren die Gelegenheit, im Team einer Consulting-Firma an der Erstellung der Feasibility Study und der Durchführungsplanung für das Imo State Sites and Services Project der Weltbank mitzuarbeiten. Die folgende Darstellung Ihrer Erfahrungen geht der Frage nach, inwieweit die planerischen Rahmenbedingungen die Durchsetzung der obigen langfristigen Projektziele gewährleisten. Ihre Beobachtungen vergleicht sie mit den Forschungsergebnissen von Mitarbeitern des Physical Planning Department, NISER, Ibadan, über das 2-3 Jahre ältere Pilotprojekt in Bauchi-State. ⁴⁾

Kontext und Projektziele

Der durch die Mineralölförderung ausgelöste Wirtschaftsboom in Nigeria während der 70iger Jahre war eine der Hauptursachen für den enormen Bevölkerungszuwachs in Lagos und anderen städtischen Ballungszentren. Er hatte eine drastische Verschärfung der Wohnungssituation durch mehrfache Überbelegung des vorhandenen Wohnraums zur Folge, ⁵⁾ bei gleichzeitiger totaler Überlastung und Verschlechterung der städtischen Infrastruktur.

Nachdem in den ersten beiden Fünfjahresplänen Nigerias (1965-1970 und 1970-1975) ⁶⁾ keine Mittel für Wohn-

nungsbau und nur minimale Summen für den Ausbau der städtischen Infrastruktur vorgesehen waren, enthielt der dritte Entwicklungsplan (1975-1980) überaus ehrgeizige wohnungspolitische Ziele: allein in Lagos sollten in diesem Zeitraum 50 000 Wohneinheiten erstellt werden und weitere je 8 000 in jedem der 19 Bundesstaaten ⁷⁾, wobei die Bundesregierung die gesamten Erschließungskosten übernehmen, und der Bau der Häuser zu je 50% von Bund und Land (State) getragen werden sollte. ⁸⁾

Als es sich abzeichnete, daß die Realisierung dieser Vorgaben kaum durchführbar war, kam die nigerianische Bundesregierung auf ein Jahre zuvor erfolgtes Angebot der Weltbank zurück, Stadtentwicklungsmaßnahmen zu finanzieren. Ein Experten-Team der Weltbank sollte gangbare Wege für die Umsetzung des nationalen Wohnungsbauprogramms anhand eines Maßnahmenkatalogs aufzeigen, und den finanziellen und institutionellen Rahmen abstecken.

Parallel zum Bau von Wohnungen für die städtischen unteren Einkommenschichten waren weitere Ziele:

- die Schaffung von Arbeitsplätzen durch das Projekt selbst, sowie eine eventuelle Vergabe von Kleingewerkekrediten
- eine weitgehende Investitionskostendeckung, um eine finanzielle Tragbarkeit bei einer Ausweitung bzw. Wiederholung des Programms (replicability) zu gewährleisten,
- die Definition erschwinglicher Ausführungsstandards für Infrastruktur und Wohnungsbau,
- die Kontrolle der wirtschaftlichen Auswirkungen der Investitionen im städtischen Bereich auf die nationale und regionale Ökonomie.

Die Programmelemente sind für die beiden Pilotprojekte in Bauchi- und Imo-State relativ identisch. Sie umfassen:

- Sites and Services (S/S)-Gebiete für Wohnungsbau und gewerbliche Nutzung
- Sanierung innerstädtischer Problemgebiete (Upgrading)
- Kredite für den Hausbau im S/S-Gebiet, sowie für Hausreparaturen und Modernisierung im Sanierungsgebiet,

Summary

Sites and Services Projects in Imo and in Bauchi State: Experiences, Facts and After-thoughts

The principal policy objectives of the Imo State Housing Scheme were:

- * *increase in low-income housing,*
- * *definition of affordable standards for housing and services,*
- * *creation of an implementation machinery,*
- * *cost-recovery to permit replicability, and*
- * *control of effects of urban sector investment on state and national economies.*

Yet, the rigid terms of reference, the low-income target group and other criteria insisted upon by the World Bank excluded any innovative search for solutions. At the end of the planning stage, possible deficiencies became already visible. These observations in the Imo State project were more or less confirmed by the results of another pilot project in Bauchi State as evaluated by a team under A.G. Onibokum.

- Bau sozialer Infrastruktur in den S/S-Gebieten wie Grundschulen, Berufsbildungszentren, Tageskliniken etc.
- Aufbau von Institutionen und technische Hilfe für die Durchführung.

Die Planung für das erste Pilotprojekt in dem in der nördlichen Trockenzone gelegenen Bauchi-State übernahm eine libanesische Consultinggruppe. Der Planungsauftrag für das Imo-State-Projekt ging an eine deutsche Ingenieurfirma.

Imo-State

Imo liegt in der tropischen Regenwaldzone im Südosten Nigerias und ist das Kernstück der ehemaligen Biafra-Region, die 1967 aus der nigerianischen Föderation auszubrechen versuchte. Die Siedlungsstruktur ist durch die Existenz einiger kleinerer bis mittelgroßer Städte und einer hohen Bevölkerungsdichte im ländlichen Raum (eine der höchsten in Afrika) gekennzeichnet. Die drei urbanen Zentren, in denen jeweils S/S-Gebiete entwickelt werden sollten, waren:

OWERRI - das mit der Neugründung des Imo-State 1976 zu seiner Hauptstadt avancierte, ca. 120 000 Einwohner. ⁹⁾

ABA - die größte Stadt der Region und langjähriges, überregionales Handelszentrum, Einwohnerschätzungen liegen zwischen 350 000 und 800 000! ¹⁰⁾

UMUAHIA - mittleres Handels- und Dienstleistungszentrum, mit umliegenden Ortschaften 80 000, im städtischen Zentrum ca. 25 000 Einwohner. ¹¹⁾

Der Auftraggeber, Arbeitsweise und Arbeitsumfang

Die Stadtplanungsabteilung des State Ministry of Lands, Survey and Urban Development (MLSUD) war offizieller Auftraggeber und lokale Koordinationsstelle für die Studie. Es ist gängige Praxis bei Weltbank-Projekten, im internationalen Wettbewerb unabhängige Consultants für Vorstudien und projektbegleitende Beratung heranzuziehen. Das Problem der mangelnden Orts- und Landeskenntnis der ausländischen Experten sollte durch eine vertraglich vorgegebene „Projekt-Vorbereitungseinheit“ entschärft wer-

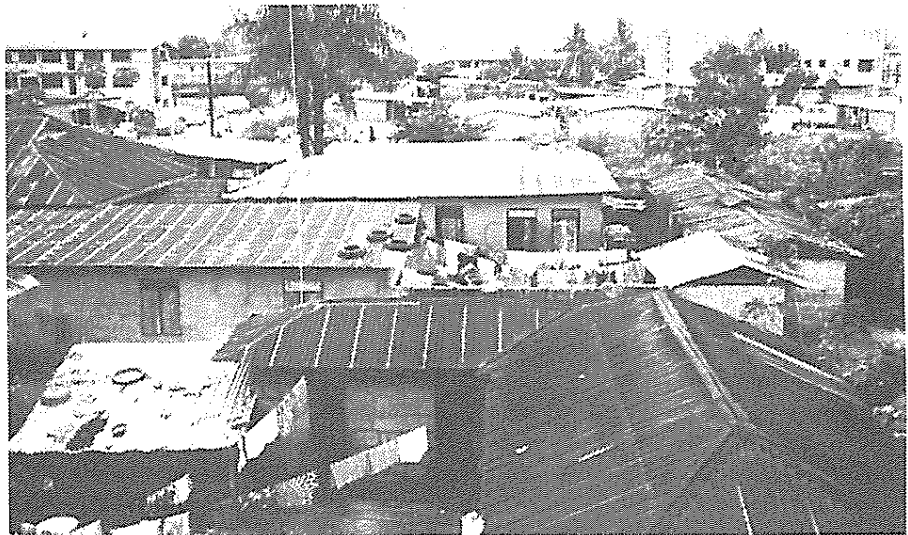


Foto: M. Meßmer

den, in welcher Vertreter der zuständigen Planungsbehörde den Consultants bei der Beschaffung von Planungsgrundlagen behilflich sein sollten.

Obwohl die Consulting-Firma in Owerri ein Büro angemietet hatte, beschränkten sich die Aufenthalte vor Ort auf Informationssammlung, Feldstudien und Koordinationsgespräche mit den betroffenen Ämtern. Das Verfassen sowie die Fertigstellung der Berichte erfolgte in Deutschland, wo man besser mit technischen Hilfsmitteln ausgerüstet war.

Der Arbeitsumfang der Feasibility-Studie umfaßte die Bestandsaufnahme und Analyse von Wohnungsangebot und -nachfrage in den drei Städten bis zu kompletten Vorentwürfen inklusive Kostenschätzungen sowohl für die drei S/S-Gebiete Owerri, Aba und Umuahia, als auch einer Reihe von unterschiedlichen Haustypen. Weitere Vertragsbestandteile waren:

- die Ausarbeitung von Strategien und städtebaulichen Lösungsvorschlägen zur Sanierung des alten Ortskerns von Owerri,
 - detaillierte Empfehlungen zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Bestimmung der Zielgruppe,
 - Vorschläge zum organisatorischen Aufbau des Durchführungsträgers.
- Der flächenmäßige Umfang der S/S-Gebiete war vorgegeben. Er betrug je 150 ha in Owerri und Aba und 50 ha in Umuahia.

Bestandsaufnahme und Analyse

Einwohnerzahlen und Bestandspläne waren in Owerri und Umuahia aus

einem kurz vorher fertiggestellten (Owerri) bzw. in Ausarbeitung befindlichem Masterplan (Umuahia) zu entnehmen. Für Aba lagen wenig brauchbare Unterlagen vor. Die zeitliche Begrenzung der Aufenthalte vor Ort erschwerte das Zusammentragen der Daten und Kartenunterlagen enorm. Wie sich zeigen sollte, gibt es darüber hinaus bestimmte Informationen, auf die man als Ortsfremder nur durch Zufall stößt, oder die man nur mit genauerer Orts- und Landeskenntnis richtig bewerten kann. Letzteres trifft insbesondere auf die Einschätzung von Bevölkerungszahlen sowie Preis- und Einkommensangaben zu.

Eine im Umfang vorgegebene Haushaltsumfrage sollte Wohnvorstellungen und finanzielle Belastbarkeit der Zielgruppe ermitteln. Die Interviews wurden anhand standardisierter Fragebögen von einem Team nigerianischer Studenten durchgeführt, nachdem sie durch die Consultants während einiger gemeinsamer Hausbesuche eingewiesen worden waren. Die hautnahe Konfrontation mit dem Wohnungselend und die Einblicke, die wir Planer im Gespräch zwischen den Fragen bekamen, zeigten Lebensweise, Existenzschwierigkeiten und Prioritäten der Familien weitaus plastischer, als die gesamte, zu Tabellen geronnene EDV-Auswertung der Fragebögen.

Die Wohnungsbedarfsanalyse ergab in allen drei untersuchten Städten einen eklatanten Mangel an Wohnraum:

- in Owerri war dieses Defizit vor allem durch die Tatsache bedingt, daß durch die neu gewonnene Landes-Hauptstadt-Funktion und die damit

eingerrichteten Ministerien und Ämter viele Beamte und Dienstleistungspersonal zuzogen, die dringend Wohnraum brauchten.

- in Umuahia und vor allem in Aba waren die mit den großen Märkten und zahlreichen Handelsniederlassungen verbundenen Arbeitsmarktchancen Anreiz für die Zuwanderung aus den umliegenden ländlichen Gebieten.

Die Schätzungen für den Bedarf an zusätzlichem Wohnraum beliefen sich auf ca. 19.700 Räume oder 6.570 Häuser mit 3 Räumen in Owerri, 20.500 Räume bzw. 6.830 Häuser in Aba sowie 3.150 Räume oder 1.050 Häuser mit durchschnittlich 3 Räumen in Umuahia.

Die wesentlich kleinere, auf den Bausektor beschränkte Kleingewerbeumfrage machte noch deutlicher, wie inadäquat Erhebungsmethoden sind, die von geordneten, genormten Vorstellungen ausgehen. Welche Angaben über Lieferkapazität, Mechanisierungsgrad, Expansionsrestriktionen etc. will man vom „informellen“ Kleingewerbe denn erwarten? Und wie haben dann die geforderten Maßnahmenvorschläge zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen innerhalb eines Stadtentwicklungsprojekts auszusehen?

Standortwahl

Aus Kostengründen sollte die vorgegebene Fläche der S/S Gebiete zusammenhängend erschlossen werden, in der Nähe von Arbeitsplätzen und in nicht allzu großer Entfernung vom Zentrum liegen. Bodenpreise wurden als unerheblich eingeschätzt, da laut „Land Use Decree“ Grund und Boden, der im öffentlichen Interesse gebraucht wird, nur für den Gegenwert der sich darauf befindlichen Feldfrüchte abgetreten werden muß. ¹²⁾

Die Erfahrung in Bauchi und anderen Projekten hat gezeigt, daß Grundstücksquisitionen trotz des Land Use Decree eine sehr schwierige und teure Angelegenheit bleiben. Die Autoren der Studie empfehlen eine genaue Festlegung des Standorts mit präzisen Flächenangaben und eine ausreichende Bereitstellung finanzieller Mittel im Vorfeld von Landerwerb, sowie die Erstellung eines legalen Katasters zur Vermeidung von späteren Konfu-

sionen, Enttäuschungen und zusätzlichen Kosten. ¹³⁾

In Owerri und Umuahia ließen sich die Standortentscheidungen mit Hilfe existierender Master-Pläne (Stadtentwicklungspläne von der Art detaillierter Flächennutzungspläne) treffen und waren relativ problemlos. In Ermanglung einer wie auch immer gearteten Planung in Aba einigte man sich zunächst mit der Stadtverwaltung Aba auf ein zwischen einer Ausfallstraße und einem Gewerbegebiet liegendes Gelände mit sehr spärlicher Bebauung, die in die Planung integriert werden sollte. Erst als ein knappes Jahr später während der Vermessungsarbeiten ein Demonstrationszug von etwa achtzig Frauen gegen die Bebauung protestierte stellte sich heraus, daß das Gebiet im Zuständigkeitsbereich einer Nachbargemeinde lag und die *local chiefs* schon anderes damit vorhatten. Das MLSUD bestand trotzdem auf der Nutzung als S/S-Gebiet und die Vermessungsarbeiten wurden unter Polizeischutz weitergeführt.

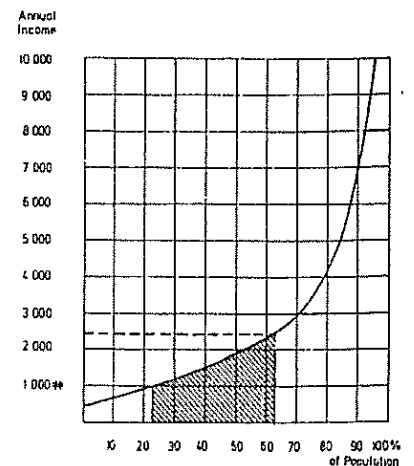
Zielgruppe

Um die Durchführungsmodalitäten des Projekts gegenüber bankinternen Entscheidungsträgern (dem *Board of Directors*) besser rechtfertigen zu können, war den Weltbankvertretern sehr daran gelegen, die Zielgruppe für das S/S-Programm zwischen dem 20. und 60. Einkommensperzentil anzusiedeln. Mit anderen Worten, sollten die untersten 20 % und die obersten 40 % der Haushalte auf der Einkommensskala für das Projekt nicht in Frage kommen, da sie entweder zu wenig oder zu viel verdienten. Die folgende Lorenz-Kurve der nigerianischen Einkommensstruktur weist einen, für sog. Entwicklungsländer typisch hohen Prozentsatz von Niedrigverdienern aus: ca. 70 % der Bevölkerung verfügt über ein Jahreseinkommen von weniger als 3000 (= Naira, nig. Landeswährung).

Das Einkommen der anvisierten Zielgruppe sollte somit zwischen N 800 und N 2400 im Jahr liegen. Obwohl diese Eingrenzung noch keine Aussage über das Existenzminimum zuläßt, wurden zumutbare Belastungen für Zins und Tilgung von Wohnungsbaukrediten von bis zu 20 % des monatlichen Verdienstes angenommen. ¹⁴⁾ Bei 15-jähriger Laufzeit, 6% Zins und

4 % Bearbeitungskosten ergab sich eine finanzierbare Kredithöhe von mindestens N 1500 für Haus- und Grundstückskosten.

Target Population



— median of Owerri income distribution (1979 estimates) and Umuahia household survey income levels
 ■ target population

Die ursprünglich veranschlagten Bau- und Erschließungskosten hätten weit aus höhere Kredite erforderlich gemacht und wären nur für Einkommen von über N 1600 (ab dem 50. Perzentil) finanzierbar gewesen. Da die Kosten durch Verringerung der Standards nicht beliebig zu senken waren, die Weltbank-Mitarbeiter aber unbedingt auf niedrigere Kosten kommen wollten, um zumindest auf dem Papier die Erschwinglichkeit für untere Einkommensschichten nachzuweisen, wurden Abstriche bei den Kostennahmen gemacht.

Von den Lohnkosten wurde ein erheblicher Anteil für in Selbsthilfe erbrachte Leistungen abgezogen. Die Darlehenshöhe sollte nur Baumaterialien und absolut unverzichtbare Lohnkosten für ein Kernhaus (1 Raum plus Küche und Toilette), sowie 75 % der Erschließungskosten abdecken. ¹⁵⁾ Nach verschiedenen Rechenricks kam man dann zu einer Kostenschätzung und somit erforderlichen Darlehenshöhen für unterschiedliche Grundstücksgrößen und Haustypen, die für die Bevölkerung zwischen dem 23. und 63. Perzentil erschwinglich sein sollten.

In Bauchi hat sich gezeigt, daß die Kreditnehmer nur zu knapp 50 % der anvisierten Einkommensschicht entsprechen und der Rest über ein höheres Einkommen verfügt, und als Folge davon der überwiegende Teil der Bau-

herrn (ca. 90 %) Häuser baute, deren Standard - und damit Kosten - weit über den angebotenen Krediten lagen.

Die Idee zunächst nur ein Kernhaus zu bauen und bei späterer Verfügbarkeit zusätzlicher Mittel dieses zu erweitern setzte sich weder in Bauchi noch in den Hausbau-Projekten der Shagari-Ära (Shehu Shagari, nigerianischer Staatspräsident von 1979-1983) durch. 16)

Die Standards ergaben sich nicht allein durch Berücksichtigung der Finanzierbarkeit, sondern waren Gegenstand langer Verhandlungen und kontroverser Diskussionen zwischen den Weltbankexperten und den Consultants einerseits, und den Vertretern der Imo-State-Ministerien andererseits. Während die ersteren für eine anfängliche Minimierung der Standards mit späteren Ausbaumöglichkeiten plädierten (incremental standards), drängten die letzteren darauf, das von ihnen mitfinanzierte Projekt so vorzeigbar wie möglich zu gestalten. Traditionelle, lokale Baumaterialien und bescheidene Infrastrukturstandards wurden von den Nigerianern entrüsted abgelehnt und die Gefahr einer frühzeitigen Verslummung beschworen. Stattdessen wäre ein höherer Subventionsanteil auf Rechnung der Landesregierung in Kauf genommen worden, was allerdings den Weltbankvorgaben widersprach, durch weitgehende Kostendeckung einen Präzedenzfall für weitere Niedrigkostenprojekte auf der Grundlage eines revolving fund zu schaffen, d. h. die einmal gezahlten Kredite nach Rückzahlung in neue Projekte zu investieren.

Hautypen und Baumaterialien

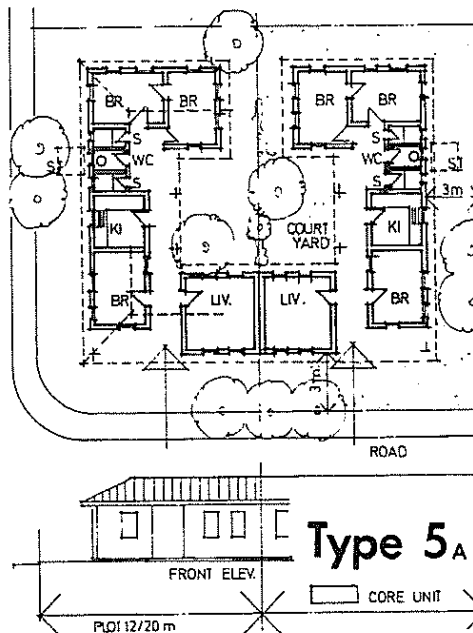
Um Bauplanungs- und Genehmigungskosten für die späteren Bauherrn zu sparen wurden zehn Haustypen für unterschiedliche Parzellengrößen entworfen. Je nach Größe des Grundstücks waren 3 bis 4 Grundrißvarianten realisierbar.

Die Verbesserungsvorschläge der Consultants für die ortsüblichen, in vielen Fällen nicht klimagerechten „modernen“ Baumaterialien blieben ohne großen Erfolg. Tonziegel anstelle der allerorts mit kleinen Pressmaschinen hergestellten Zementziegel wurden als Alternative zwar akzeptiert, dürften sich aber trotz fast gleicher Preise

nicht durchsetzen, da mit Lieferengpässen der beiden nächstgelegenen, ca. 50 km entfernten Fabriken zu rechnen ist. Luftgetrocknete Erdziegel oder gar Lehmbauweise standen nicht zur Diskussion, weil sie als traditionelle Bauweisen nicht dem heutigen Stand der Technik entsprächen.

Selbst wenn es einen praktikablen Ersatz für die überall verbreitete Wellblechdachdeckung gäbe, wäre er nicht durchsetzbar gewesen. Ein mit Wellblech gedecktes Haus ist noch heute ein Statussymbol. Eine kollektive Baumaterial-Beschaffungsstelle wurde vom MLSUD wegen des erforderlichen organisatorischen Aufwands abgelehnt.

Auch die Bauherrn in Bauchi haben sich nicht für den Einsatz lokaler Baumaterialien entschieden, sondern konventionelle „moderne“ Baumaterialien und -methoden übernommen. 17)



Erschließung

Vorausgesetzt die vorgesehene Zielgruppe wird tatsächlich zum Nutznießer des S/S-Projekts, so wird der Motorisierungsgrad der Bewohner auf lange Zeit relativ gering bleiben. Dessen ungeachtet bestanden die Vertreter des MLSUD auf einer internen Erschließung der Nachbarschaften durch Wege von 5 m Breite während sie aus Kostengründen zustimmten, daß nur die Haupteerschließungsstraßen eine Teerdecke bekommen sollten.

Heiße Diskussionen löste auch des Für und Wider eines individuellen Wasseranschlusses pro Haushalt aus, der

den nigerianischen Entscheidungsträgern unverzichtbar erschien, in dem die Weltbankvertreter und Consultants jedoch einen erheblichen Kostenfaktor sahen, abgesehen von dem zusätzlichen Mehraufwand für die dann notwendig werdende erweiterte Abwasserentsorgung.

Die Haus- und Infrastrukturstandards und damit die Projektkosten - sowohl Bau- als auch Unterhaltskosten - stehen in engem Zusammenhang mit der Zielgruppenstrategie und der Höhe des Subventionsanteils. Wenn das Einkommen der Zielgruppe zu niedrig angesetzt ist, entsteht das Dilemma in-adequater, weil scheinbar kostengünstiger technischer Lösungen. Laut Information des Bauleiters hatte die Weltbank in der Durchführungsphase auf unbefestigte Regenwasserdrainage bestanden mit der Folge, daß nach dem 1. tropischen Regenguß alle Oberflächenentwässerungsgräben mit Erdreich zugeschwemmt waren.

Ähnliche Erosionsprobleme bringen unbefestigte Straßen mit sich, so daß die anfangs billigere Ausführung schon mittelfristig beträchtlich höhere Folgekosten nach sich zieht, die dann ebenso zu Lasten der Projektteilnehmer gehen.

Es zeigt sich, daß die Erfahrungen und Einschätzungen der einheimischen Planer ernstgenommen, und eher die Wahl der Zielgruppe überprüft werden sollte.

Ein realistischerer Ansatz bei der Festlegung der Zielgruppe könnte die Anzahl der säumigen Kreditnehmer reduzieren, die in Bauchi bereits 1989 zu einem Ausstand von nahezu einer 1/2 Mill. N geführt hat.

Darüber hinaus haben andere Kostenfaktoren, die bei der engagierten Standard-Diskussion überhaupt nicht zur Sprache kamen, in Bauchi weitaus drastischer zu Buche geschlagen: in erster Linie der starke Kursverfall des Naira und der hohe Anteil an ausländischer Expertise.

„Zum Zeitpunkt der Planung stand der Wechselkurs N zu US \$ 1 : 1,5 und die Berechnungen der erschwinglichen Rückzahlungsraten und Kreditsummen basierten auf diesem Kurs. 1987/88, nach ca. 10 Jahren, also kurz vor Abschluß der Bauphase und in dem Moment, an dem die Beteiligten mit der Tilgung ihrer Hypotheken



Foto: M. Meßmer

beginnen sollten, war der Wert des N auf 0.20 bis 0.25 US \$ gesunken, d. h. für jeden N den die Kreditnehmer der Projekts zurückzahlten, mußte die nigerianische Bundesregierung zwischen N 3,50 und N 4,00 dazulegen, um den von der Weltbank aufgenommenen Kreditanteil zu tilgen." ¹⁸⁾ Damit erhöhte sich der Subventionsanteil um ein vielfaches und wird von der Autoren der Studie unter der optimistischen Annahme, daß alle Zins- und Tilgungsraten auch tatsächlich bezahlt werden, und 2/3 aller Nutznießer die Wasser- und Stromgebühren begleichen, auf mindestens 84 % geschätzt.

Als zusätzlichen wichtigen Grund für das finanzielle Fiasko des Projekts nennen Onibokun et al. den ungewöhnlich hohen Anteil ausländischer Experten. 32 % des Weltbank-Darlehns wurde für Feasibility-Studien und „Technische Unterstützung“ durch ausländische Experten ausgegeben. Nach ihrer Einschätzung hätten durch den Einsatz einheimischer Fachleute, von denen in Nigeria ausreichend zur Verfügung stünden, über 2/3 der externen Personalkosten eingespart, und die Studien weitaus günstiger erstellt werden können. ¹⁹⁾

Zusammenarbeit

Der Einsatz nigerianischer Experten hätte unter Umständen eine bessere Kommunikation mit dem MLSUD und anderen beteiligten Ämtern gewährleistet, die sich in unserem Fall etwas schwierig gestaltete. Über die Standard-Diskussion und die Beschaffung von Planungsunterlagen hinaus

gab es kaum eine direkte Zusammenarbeit mit den Stadtplanern des MLSUD, mit Ausnahme des Leiters der Urban Development-Abteilung. Er war unser Ansprechpartner und seine Aufgabe war die inhaltliche Überwachung der Studie, bei der er seine Vorstellungen und Erfahrungen mit einbrachte.

Die Kommunikation und Koordination mit anderen Ministerien beschränkte sich auf das mehr oder weniger erfolgreiche Abrufen von Informationen sowie eine, der Abgabe jedes Reports folgende, interministerielle Versammlung mit relativ unverbindlichem Charakter. Obwohl die Zwischenberichte der Studie in großer Auflage abgegeben werden mußten, war ihre Verbreitung gering und das Projekt in anderen Ministerien und städtischen Ämtern weitgehend unbekannt.

Institutioneller Aufbau

Als Außenstehende hatten es die Consultants schwer, sich in den jeweiligen Zuständigkeitsbereichen der Ministerien zurechtzufinden, und gleichzeitig das Erfahrungsspektrum und die Qualifikation der Mitarbeiter sowie die Kompetenz und Kapazität der vom Projekt tangierten Behörden und ihrer Abteilungen zu beurteilen. Die Vorschläge zum institutionellen Aufbau des Durchführungsträgers fielen deshalb nur sehr schematisch aus und blieben so für die Interessen des auftraggebenden Ministeriums auslegbar.

Die Bauchi-Studie macht keine genauen Angaben zu den durchführenden Institutionen, sondern unterstreicht le-

diglich die Wichtigkeit langfristiger Mitarbeiter für die erfolgreiche Projektabwicklung.

Kosten-Nutzen-Analyse

Bestandteil der Kreditvergabebedingungen und somit der Vorstudie war eine Wirtschaftlichkeitsberechnung. Bei den S/S-Gebieten wurde der voraussichtliche Mietwert der Häuser, im Sanierungsgebiet der Mietwertzuwachs den jeweiligen Kosten gegenübergestellt. Volkswirtschaftlicher Nutzen wie bessere Wohnverhältnisse, günstigere gesundheitliche Voraussetzungen, Integration verschiedener Einkommensschichten und Schaffung von Arbeitsplätzen wurde mangels Quantifizierbarkeit nur verbal beschrieben. Die Schätzungen beliefen sich auf ca. 60.000 Personen, die durch das Projekt mit Wohnraum versorgt werden sollten, ca. 70 % davon aus unteren Einkommensschichten. Es wurde erwartet, daß die vom Projekt induzierten Wertsteigerungen sich zumindest teilweise in einer Erhöhung der städtischen Grundsteuereinnahmen niederschlagen werde.

Während in Bauchi die erhoffte indirekte Kostenrückgewinnung für die öffentliche Hand über höhere Steuer- und Abgabeneinnahmen nicht funktionierte, gingen die Bodenpreise in der Nachbarschaft der S/S-Gebiete um 400 bis 500 % sprunghaft in die Höhe! Mangels steuerlicher Abschöpfungsmechanismen dieses Wertzuwachses waren die privaten Grundstückseigentümer die eigentlichen Gewinner. ²⁰⁾

Die Diskrepanz zwischen Projektzielen, Planungsmethoden und - der Wirklichkeit.

Schon nach der ersten Planungsphase des Projekts wurden eklatante Widersprüche zwischen den gesteckten Zielen einerseits und den Planungsvorgaben und -methoden auf der anderen Seite deutlich. Das Hauptziel der S/S-Projekte der Weltbank, die Reduzierung der städtischen Probleme durch die Erschließung von Wohngebieten mit funktionierender - wenn auch bescheidener - Infrastruktur wird in der Praxis durch ungeeignete organisatorische Vorgaben zur Projektvorbereitung, akademisch abgehobene Kosten-Nutzen-Analysen mit fragwürdigem Realitätsbezug und restriktive Vergabekriterien unterlaufen.

Ebenso fragwürdig sind die Methoden bei der Verfolgung der weiteren Ziele:

- Die Schaffung von Arbeitsplätzen
Diese beschränkt sich nicht auf die nationale Wirtschaft. Die Weltbank stellt zur Bedingung, daß alle größeren Tiefbauarbeiten (Straßenbau, Wasserver- und Entsorgung etc.) international ausgeschrieben werden müssen. Grundsätzliche Überlegungen zur Imports substitution von Know-how und Baumaterialien, um die nigerianische Binnenwirtschaft zu stärken, waren nicht Bestandteil der Planungsvorgaben.

- Investitionskostendeckung
Bisher wurden städtische Infrastrukturkosten mehr schlecht als recht über Grundsteuer und Abgaben (z.B. für Müllabfuhr sind das gerade 1/5 der Kosten), sowie einem minimalen Pachtzins in staatlichen Wohnbaugebieten finanziert, d.h. den Löwenanteil der Kosten übernimmt die öffentliche Hand. Nun soll gerade in dem Weltbank-Wohnungsbauprojekt, dessen Zielgruppen untere Einkommenschichten sind, 75 % der Erschließungskosten von den Nutznießern selbst getragen werden.

An diesem Punkt wird ganz besonders deutlich, wie stark eine isolierte Betrachtung des Projekts die Verhältnismäßigkeit verzerrt. Gerade in Nigeria, wo die städtischen Behörden nur einen Bruchteil der ihnen zustehenden Einnahmen tatsächlich eintreiben können, sind stärkere rechtliche Grundlagen für eine flächendeckend bessere Investitionskostendeckung nötig.

Onibokun et. al schlagen eine Grundsteuergesetzgebung vor, die Bodenwertsteigerungen in die Bemessungsgrundlage mit einbezieht. 21)

- Die Definition finanzierbarer Standards...

wird nicht den Betroffenen selbst überlassen, die ja am besten wissen müßten was sie sich leisten können. In komplizierten Rechenvorgängen und mit entwerflichen Tricks werden vom Planer Kostenschätzungen gemacht, die kaum durch Erfahrungswerte vor Ort abgesichert sind und dem Bauherrn keinen finanziellen Spielraum lassen.

Onibokun et al. schlagen vor, Art und Höhe des Einkommens als Richtwert dafür anzunehmen, welcher Haustyp gebaut werden darf, da sich gezeigt hat, daß nicht wenige Bauherrn über ihre Verhältnisse gebaut haben. Darüber hinaus empfehlen sie eine Art Solvenz-Test weit vor der eigentlichen Bauphase. 22)

- Die Kontrolle wirtschaftlicher Auswirkungen ...

kann in einem Land mit überwiegend informellen Wirtschaftsbeziehungen nur vage bleiben.

- Die Stärkung institutioneller Rahmenbedingungen...

beschränkt sich im wesentlichen auf eine, für die Projektdurchführung neu etablierte Abteilung, die „Project-Implementation-Unit“ (PIU), und ein ihr übergeordnetes Exekutiv-Komitee. Das Prozedere der Projektabwicklung erlaubt kaum eine sinnvolle Stärkung

der örtlichen Planungs- und Durchführungsbehörden, sondern verstärkt durch die Arbeitsweise der „Appraisal Mission“ und der herangezogenen beratenden Ingenieure nur den Mangel an Koordination sektor- bzw. ressortzentrierter Stadtentwicklungsmaßnahmen. Dadurch ist nicht nur die angestrebte Katalysatorwirkung der Demonstrationsprojekte in Frage gestellt, sondern auch ein kontinuierlicher Aufbau planungsrelevanter Informationsnetze sowie das Engagement der lokalen Planer und Betroffenen erheblich erschwert. Letzteres liegt mit an den Vergabebedingungen der Weltbank, die für die Rechtfertigung und Planung der S/S Programme derartig aufwendige Vorstudien verlangt, wie sie nur von großen Planungsbüros zu leisten sind. Gerade der Charakter dieser Studien ist es aber, der die Projekte verzögert, verplant und unflexibel macht.

Resümee

Partielle Planungen wie die beschriebene berücksichtigen in der Regel zu wenig Ursachenzusammenhänge, bzw. nehmen diese nur scheinbar in die Programmformulierung mit auf (z.B. die Schaffung von Arbeitsplätzen). Projekte dieser Art haben zwar den Vorteil, sich auf ein überschaubares Problemfeld zu konzentrieren, sind aber von ihrem Ansatz her nicht ausreichend in die kommunale Planung und Abwicklung städtischer Aufgaben integriert.

Darüber hinaus gerät der eigentliche Zweck einer Feasibility Study, die Machbarkeit bzw. Umsetzbarkeit, leicht in Vergessenheit. Der Plan verselbstständigt sich, bekommt seine Eigendynamik, und mit zunehmendem Abstraktionsgrad geht die Rückkopplung zur beplanten Realität verloren. Im vorliegenden Fall diene das ganze Verfahren der Bestandsaufnahme, Bewertung und Planung nur zur Erfüllung der Vergabekriterien der Weltbank. Die weitgehenden Planungsvorgaben machten es unmöglich, ein zukunftsträchtiges Konzept zu finden, das sich in der Praxis bewähren und zur Nachahmung anregen könnte.

Ist die Verbesserung städtischer Wohn- und Umweltbedingungen nur ein Vorwand, ein Mittel zum Zweck einer Bank, neue Kreditnehmer zu verpflichten? Die Haushaltsumfrage hat klar ergeben, daß kaum ein Familien-



Foto: M. Meßmer

vorstand an eine Kreditaufnahme bei einer Bank gedacht hat, um einen Hausbau zu finanzieren. In Nigeria ist es naheliegender, sich das Geld bei einem wohlhabenderen Verwandten zu leihen, der es mit der Zins- und Rückzahlung auch nicht so genau nimmt wie ein Kreditinstitut.

Angenommen, das Projektziel wäre tatsächlich die Verbesserung und Erweiterung des Wohnungsangebots, müßte man mit den Lösungsstrategien dann nicht flexibler auf die ortsspezifische Situation reagieren, anstatt ein pauschal erarbeitetes Konzept wie S/S-Gebiete in Imo-State, Nigeria, fast unverändert anwenden zu wollen wie im Senegal oder in Ecuador?

Ganz so pessimistisch sehen Onibokun et al. die Ergebnisse des Bauchi Projekts nicht: sie verzeichnen spürbare Erfolge in Bezug auf die Wohnwert- und Lebensqualitätsverbesserung der Nutznießer des Projekts sowie hinsichtlich der Qualifikation der am Projekt beteiligten Mitarbeiter in den verschiedenen Bundes- und Landesbehörden.

Nur teilweise erreicht scheint ihnen die Bestimmung finanzierbarer Standards für Wohnungsbau und Infrastruktur. Zwar konnten sich die Kreditnehmer die in Bauchi vorgegebenen Standards leisten, aber diese können wegen ihres hohen Subventionsanteils nicht beibehalten werden. Der Nachweis kostengünstiger Wohnungsbauverfahren wurde nicht erbracht. Unter den gegebenen Bedingungen war eine Rückgewinnung der Investitionskosten nicht möglich und eine Neuauflage des Projekts ist somit kaum realisierbar. Andere nigerianische Staaten, die bereits Interesse an den Weltbank S/S-Projekten gezeigt hatten, zogen ihre Anträge deshalb wieder zurück.

Trotzdem raten Onibokun und seine Kollegen nicht grundsätzlich vom S/S-Projekten ab. Unter Berücksichtigung der hohen Auslandsverschuldung und der verheerenden Auswirkungen von Wechselkursschwankungen auf die Tilgungsmodalitäten fordern sie, ausländische Kredite auf im Lande nicht erhältliche Ausrüstungsgegenstände und Maschinen zu beschränken, und stattdessen eine Strategie der Eigen-

verantwortung (self-reliance) mit dem Einsatz von Inlandskapital und einheimischen Fachleuten zu entwickeln. Sie empfehlen folgende Schritte:

- Es sollte akzeptiert werden, daß nicht alle Familien mit niedrigem Einkommen Hauseigentümer werden können sondern Mieter bleiben. Ein Teil der S/S-Grundstücke sollte deshalb für eine Art sozialer Wohnungs- bzw. Hausbau reserviert werden.

- Ein Teil des Kredits sollte in Form von Baumaterialien vergeben werden, die zu Großhandelspreisen eingekauft und entsprechend preisgünstig weitergegeben werden sollten.

Arbeitgeber wie halbstaatliche Institutionen, Banken und private Industriebetriebe sollten ermuntert werden, auf Teilen der S/S-Gebiete Häuser für ihre Mitarbeiter zu bauen, wobei der Eigentumstitel solange beim Arbeitgeber verbleiben sollte, bis das Darlehn in Form von Lohnabzügen abgetragen ist.

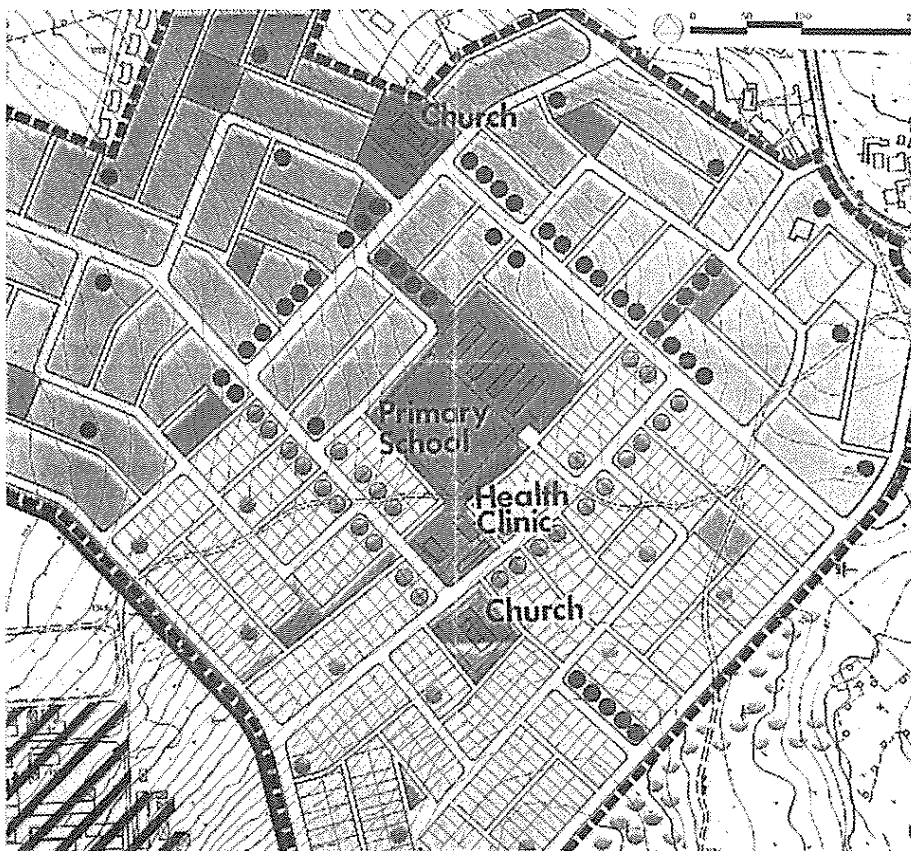
- Es sollten durchgreifende rechtliche Bedingungen für die Grundwert- Besteuerung geschaffen werden, um Bodenwertsteigerungen zumindest partiell abschöpfbar zu machen und so städtische Einnahmen zu verbessern. Dies zielt auf ein flächendeckendes Konzept von Kosten-Rückgewinnung für Infrastruktur-Investitionen. ²³⁾

Ähnliche Lösungsansätze waren das Resultat der Überlegungen auf Grund der Erfahrungen während der Planungsphase des Imo-State Projekts:

Unsere Voruntersuchungen hatten einen eklatanten Mangel an erschlossenen Baugebieten, eine rege, ungeplante Bautätigkeit, Konzentration der Mittel auf kleine, gut ausgestattete Wohngebiete bei hohem Subventionsgrad, Informationsstau in den Ämtern, wenig Koordination von Stadtentwicklungsmaßnahmen etc. ergeben.

Ein adäquates Problemlösungsprogramm würde eher so aussehen:

- Ausarbeitung von flexiblen Rahmenplänen für die Erschließung von Bauland in enger Verbindung mit den vorgesehenen gesamtstädtischen Infrastrukturmaßnahmen, wie beispielsweise im Anschluß an die Trassierung einer neuen Straße, die Verlegung einer Hauptwasserleitung etc.;



- weitgehend kostendeckende Vergabe aller Baugrundstücke auf der Basis eines, dem Standard entsprechendem Pachtzinses, also eine möglichst gleichmäßige Verteilung der Erschließungskosten;
- stärkere Dezentralisierung von Planungs- und Entscheidungsinstanzen auf die lokale Ebene, Mitbestimmungsrecht der traditionellen Chiefs;
- Aufbau von Bauhöfen zur Unterstützung der Selbstbauer und gleichzeitige Ausbildung von Bauhandwerkern;
- Einsatz einheimischer Planer und Weiterbildungsmöglichkeiten bzw. on the job training für Verwaltungsangestellte und sonstige Mitarbeiter anstelle von technical assistance durch ausländische Experten.

Eine problemorientierte, situationsgerechte Planung verlangt weniger ehrgeizige Stadtentwicklungspläne und elaborierte Projektpläne, sondern ein kontinuierliches Ausrichten von Erfordernissen und Kapazitäten an langfristigen Zielen. Solange „Know-how“ eingeflogen wird und den Ort der Handlung wieder verläßt, sobald es - mit den Verhältnissen besser vertraut - effizienter einsetzbar wäre, solange bleiben Informationsnetz und Lösungsansätze bruchstückhaft und der Planungsapparat weitgehend Selbstzweck.

Anmerkungen:

- 1) Im internen Weltbank-Papier „Sites and Services Projects, Survey and Analysis of Urbanisation, Standards and On-Site Infrastructure“ vom August 1974, wird der Begriff folgendermaßen definiert: „Sites and Services (S/S) ist die Parzellierung von städtischem Land (Sites) und seine Erschließung mit unterschiedlichen Kombinationen technischer und sozialer Infrastruktur (Services) für Wohn- und Gewerbenutzung.“ S. 5
- 2) Upgrading: wörtlich Aufwertung, d.h. Sanierung bzw. Modernisierung von Stadtteilen v. a. in Bezug auf technische Infrastruktur
- 3) siehe: World Bank, „Housing - Sector Policy Paper“, Mai 1975, sowie verschiedene Projekt-Evaluierungsberichte zu Stadtentwicklungsmaßnahmen: Manila, Philippinen; Guayaquil, Ecuador; Imo State, Nigeria;

4) Onibokun, A. G.; Agbola, T.; Labeodan, O., „World Bank Assisted Sites-and-Services Projects: Evaluation of Nigeria's Experiment“ in: Habitat International, Vol. 13, No. 3 pp. 51-64, 1989.

5) Federal Republik of Nigeria, The Central Planning Office, Federal Ministry of Economic Development, Third National Development Plan 1975 - 1980, 1975: S. 307 „In den 7 größten Städten des Landes müssen zwischen 50 und 70 % der Haushalte mit einem Wohnraum auskommen.“

6) Federal Republik of Nigeria, Federal Ministry of Economic Development, First National Development Plan 1965-1970 und Second National Development Plan 1970 - 1975

7) 1976 wurden die größten und bevölkerungsreichsten der 12 Bundesstaaten geteilt. Es entstanden dadurch 7 weitere Staaten.

8) Third National Development Plan 1975 - 1980. Mit der Durchführung wurden die 1973 gegründete 'National Housing Authority' und ihre regionalen Unterorganisationen, die 'State Housing Corporations' beauftragt. Zielgruppe dieser Institutionen ist die mittlere Beamten- und Angestellten-Schicht, auf die die Standards und Kosten zugeschnitten sind. Der staatliche Subventionsanteil sollte im wesentlichen die Erschließungskosten abdecken, die Baukosten mußten in voller Höhe vom Nutznießer übernommen werden.

Als flankierende Maßnahme wurde die 'Federal Mortgage Bank of Nigeria' (FMBN) neu strukturiert und ihr Kreditvolumen aufgestockt, um mit zinsgünstigen Darlehen private und öffentliche Wohnungsbauträger zu unterstützen.

9) The Master Plan for die Imo State Capital, Owerri, Fingerhuth and Partners Ltd., Mai 1977

10) Alle zum Planungszeitpunkt verfügbaren Bevölkerungsberechnungen auf nationaler und regionaler Ebene bezogen sich auf Zensus-Daten von 1953! Die Ergebnisse der Volkszählung von 1963 und 1973 waren derart unglaubwürdig, daß man sie annullieren ließ um innenpolitischen Zwist zu vermeiden.

Für Aba war zwar eine Master-Plan Studie in Auftrag gegeben, aus verschiedenen Gründen (schlechte Vorstudie, Kompetenzstreitigkeiten) aber gestoppt worden, sodaß mangels genauer Erhebungen über die tatsächliche Einwohnerzahl wilde Schätzungen kursierten. Darüber hinaus waren in dieser Stadt alle Straßen sowie

Ver- und Entsorgungsleitungen in einem katastrophalen Zustand, da seit Beginn des Biafra-Kriegs von der Bundesregierung keinerlei Mittel für Unterhaltung und Neuinvestitionen zur Verfügung gestellt worden waren.

11) Umuahia Master Plan, Phase I Report, G + G International (Nigeria) Ltd., Enugu, Mai 1979

12) Decree No. 6, Land Use Decree, 1978, Federal Ministry of Information, Lagos.

Von einer Enteignung in unserem rechtlichen Sinne kann man nicht sprechen, da es kaum Eigentumstitel sondern lediglich Nutzungsrechte gibt. Dies ändert jedoch nichts an der Tatsache, daß den Bauern dadurch ihre Existenzgrundlage entzogen werden kann, ohne daß sie Anspruch auf eine entsprechende Entschädigung hätten.

13) Onibokun et al.:S. 61

14) Berücksichtigt man, daß für eine nigerianische Familie Ausgaben für die Wohnung im Verhältnis zur Ausbildung der Kinder, Unterstützung von Verwandten, Nahrung, Kleidung und sonstigen Konsumgütern einen relativ geringen Stellenwert haben, so erscheint dieser Prozentsatz sehr hoch gegriffen.

15) Den Weltbank-Vertretern war es sehr wichtig, mit der hohen Beteiligung der Nutznießer an den Erschließungskosten einen Präzedenzfall für nachfolgende Projekte zu schaffen. Unberücksichtigt dabei blieb die Tatsache, daß bei vorhergehenden Wohnungsbauprojekten für Beamte mittleren Einkommens nahezu 100 % der Erschließungskosten aus staatlichen Mitteln finanziert wurden.

16) Onibokun et al.

17) Onibokun et al.

18) Onibokun et al.

19) Onibokun et al.

20) Onibokun et al.

21) Onibokun et al.

22) Onibokun et al.

23) Onibokun et al.

Physical Planning and the Rural Communities: the Eastern Nigeria Example

Okechukwu C. Agukoronye

Social Organization in the Rural Areas

„Rural areas”, in this context, refer to all the geographical landmass outside the designated townships or cities. Their main feature in the Imo and Anambra States of Nigeria is their spatial organization based on kinship structure.

The largest rural organizational unit, often referred to as „town”, is, in fact, a village group made up of people believed to have descended from one mythical grand parents who traditionally had many children. The descendants of each of such children, (an „umunna” group i.e. children of one father) usually founded a village and named it after their father.¹⁾ Consequently, the names of most Igbo villages are prefixed with „umu” i.e., „children of”.

Small groups or villages formed subgroups of „umunne” i.e., children of the same mother. Each of such subgroups is said to be more closely related within the „umunna” loose grouping. This dual grouping pattern into „umunna” and „umunne” is repeated from the town to the family level and forms the basis of community structure.

For instance, each village is divided into kindreds (an umunna grouping) and the kindred is subsequently grouped into wards (an umunne grouping). In a similar way, the kindred is divided into „compounds” and the compound into

families. Finally, the family is divided into households or „obi” (Fig. 1, next page).

While variations in local dialects make it difficult to arrive at any universally acceptable terminology for each of these kinship groupings, it is generally agreed that they greatly influence the moral, social and economic life of rural people. For instance, marriage among „umunne” groups is forbidden.

Secondly, relationships determine locality. Relatives with greater affinity and solidarity live together while dispersion suggest tension and disagreement among relatives.

Thirdly, relationship and locality determine governance and authority pattern. Broad based norms and sanctions bind members of contiguous communities. Family members observe these social codes in order to preserve family image. Projection and enhancement of family image compel family members to seek honour and high visibility in the community by belonging to age grade associations, local social clubs, improvement unions and decision-making organizations. These expect one to contribute „generously” towards the building of community

facilities that help one's village or community to excel.²⁾ Hence, spatial organization, which centres around civic institutions like the market square, schools, churches etc., is closely related to the social organization of the rural community.

The rest of this paper investigates how physical planning can build on this inter-relationship.

Spatial Organization of the Community Units

1. The village

This is perhaps the most convenient and most important organizational unit in the rural areas. Its spatial arrangement with the consequent social ramifications constitutes an index of the people's perspective of physical planning.

The focal point of villages is the market square. Its size varies and conveys the status of the village where it is situated. Size also determines the goods bought and sold in it and therefore its sphere of influence. Consequently, every village makes efforts to enlarge,

Zusammenfassung

Gegenüber den vielen Problemen und Mängeln der Städte der Entwicklungsländer heute bieten ländliche Siedlungen bestimmte sozialräumliche Eigenschaften wie räumliche Distanz, Sicherheit für Leben und Eigentum, Beibehaltung von Werten und Bindungen der Gemeinschaft usw., die für das Wohnen allgemein in Zukunft eine größere Rolle spielen sollten.

Der Autor untersucht, wie sich diese Eigenschaften in den Igbo-Gebieten ausprägen und regt an, sie in der Siedlungsplanung allgemein in Zukunft mehr zu berücksichtigen.

Dr. Okechukwu C. Agukoronye, Dept. of urban and regional planning, Anambra State University of Technology, Enugu, Nigeria

Essay written for The international conference on „Sustainable habitat on an urbanized planet: A challenge to decision makers and students in urban planning”; organized by the Council of European municipalities & regions (RGRE) and Research Association for planning and building in developing countries (TRIALOG), Berlin, West Germany.

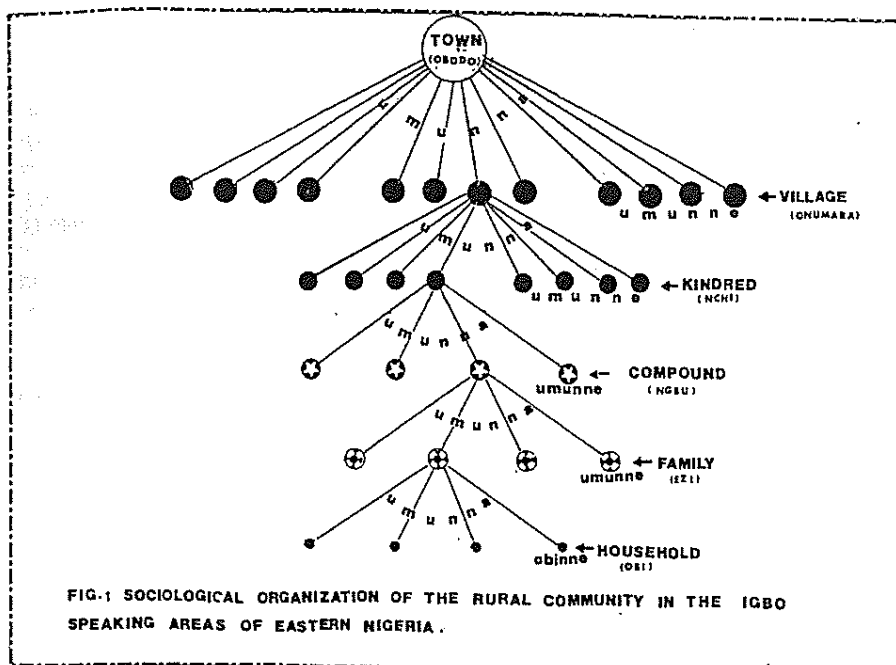


Fig. 1

sustain and modernize its market through fines and laws on mandatory attendance, sanctions and encouragement.

The market is usually located at the centre of the village thereby enhancing its utility as a communal institution. The planning implication of such a centrality of a location is that all major access routes to the rural communities. Residential locations are concentrated along both sides of the main access routes and over time these routes have become too narrow for the automobile age. Roadway expansion, improvement and the provision of infrastructure like drainage, electric, telephone and water pipe lines become increasingly difficult and expensive as these may involve dislocation of existing structures.

2. The Kindred

Most kindreds consist of four „compounds” each of which occupies a distinct contiguous location characteristic of an „umunne” grouping. The most visible feature of the kindred is the kindred square whose size is proportional to the population of the kindred and the activities, like wrestling matches, dances, masquerades, cultural rites and other open air ceremonies, that take place on it. The kindred square is also the place where the people gather to settle disputes, plan activities, disseminate information, collect tributes, taxes and levies as well as share booties. The square is also characterized by the presence of large trees whose over-arching branches provide shade under which all the businesses are

transacted. (Plate 1) It is, therefore, common to name each square after the dominant shade tree. Modern civic halls are gradually displacing or supplementing the landscape of the kindred squares.

Unfortunately the squares are gradually being worn by trucks and cars thereby making them susceptible to serious gully erosion which renders them impassable at most seasons. Despite this handicap, response to calls for gathering at the square is swift, reflecting both an effective indigenous administrative communication and social solidarity.

3. The family

This social unit is perhaps the most complicated because the significance of the location of each house in the spatial organization differs from community to community.

Such variations notwithstanding, each traditional family occupies one residential location, often fenced round and only accessible by only one entrance which signifies ancestral unity. Such an entrance ushers visitors into the family common room or the western equivalent of a sitting room or parlour. The traditional common room has a fire-place for roasting shared food items like yams, maize, black pears, palm nuts and seeds of various types. It also serves as a meeting place, a forum for inter- and intra-family arbitration, dissemination of information, and telling of folk stories and jokes.

Within the family courtyard, the different households build their respective houses. This means that each

family is expected to occupy a single location with ample land for the houses of all its members. This was previously made possible by the small size of the traditional huts.³⁾ Today, modern houses present a challenge to the traditional spatial organization of the family.

A significant social implication of the family spatial structure is the closeness and cohesion of the rural family and the consequent controversial „extended family” phenomenon where all children in a polygamous family regard themselves as „brothers” and „sisters”. Such a relationship carries with it a high sense of family obligations, expectations and responsibilities. These in turn determine interactions, roles, loyalties and exchanges which enhance individual survival in a harsh environment.

In retrospect, the orthogenic⁴⁾ nature of the organization of the rural communities tends to exclude strangers and makes each unit homogenous in its population. It leads to intimate knowledge of one another among the members thereby strengthening harmony, cooperation and close-knit kinship networks. These social ties help to uphold community roles and statuses, shape interactions and regulate morality thereby making rural life peaceful and congenial.

The Role of Physical Planning

The inevitable fate of the rural areas without systematic physical planning is evident from the condition of the unplanned rural areas close to the urban centres. The characteristic features of these areas include scattering or leapfrogging development, unpaved, gully-ridden streets that lead to nowhere, residential structures without access, overcrowding of buildings, lack of public utilities especially water, electricity and drainage, lack of social infrastructure like education and health facilities, and paucity of open spaces and recreational facilities.

Physical planning can create functionally efficient and aesthetically pleasing physical environment⁵⁾ through a rational allocation of the various land uses.

Allocation of land for residential uses should aim at preserving the cohesion of the social units. To do this, standard measurements of land subdivisions for city blocks and plots should not be adopted in the rural areas. Instead,

each social unit should be assisted to occupy residential space unique to its size despite the fragmented nature of the land tenure system.

The circulation network should be planned to reinforce the social organization. Physical planning should strive to eliminate the current practice in which every family fronts the only access route to the market or kindred square. This can be achieved by developing major and secondary access routes radial or tangent to the existing ones. In this way, each family can now front different routes and accessible through several gates convenient to different family buildings without disrupting family cohesion. Circulation is also enhanced as these additional local routes act as boundaries for kindreds, compounds and families. Catchment pits or ponds may be experimented as a device for providing drainage. Pits of 5 - 6 feet in diameter and some 20 feet or more deep could be sunk at regularly staggered intervals along the major and secondary routes and safely constructed and covered to drain storm water especially during the rainy seasons. To accelerate percolation, the bottom of the pits need not to be paved and the residue of fine sand and mud can be dredged during the dry season.

The rural open spaces in the form of the village, compound and family squares, courtyards and shrines need to be upgraded and their uses intensified. For instance, the kindred squares could incorporate children's playgrounds and pre-school day care centres run by senior citizens. Physical planning can maximize the agricultural potentials of the rural areas through „best use“ land allocation.

Small scale agricultural occupations which use small landholdings and cheap labour are to be targeted as a means of stabilizing the price of farm products and making rural living affordable.

This paper does not advocate rapid industrialization of the rural areas because of its potential to attract alien labour force which would disrupt the social structure of the rural communities. However, the siting of small scale industries here is already in vogue. Through zoning, physical planning can harmonize the location of these activities with the socio-spatial organization of the traditional society.

Perhaps the greatest obstacle to improving the quality of rural life is lack of public utilities particularly water and electricity. One successful experiment to provide them is to encourage the villages to finance the projects (often through self-help efforts) with the understanding that the state government refunds them an agreed percentage of the cost.⁶⁾

This community and government cooperation approach has worked because the state and federal government parastatals and directorates charged with the provision of these utilities to the rural areas have been slow and sometimes ineffective.

An alternative approach would be to transfer these functions and resources to the local governments which are accessible to the local community leaders. It may, however, be argued that the local governments do not possess adequate trained manpower and the organizational set-up for physical planning and implementation of public works programmes.

It is, however, the contention of this

paper that the local governments must be encouraged and assisted to incorporate physical planning in their budget and action programmes. They should be made to begin the recruitment of competent staff, even if on contract terms. The Imo state government three-tier (regional, subregional and local) Master Plan⁷⁾ offers a good experiment for local government involvement in physical planning. The popularization of the Master Plan would be a step forward, in the right direction.

Conclusion

As the physical environment in the few urban centres in the developing countries deteriorates, some socio-spatial organizational features of the rural areas based on kinship affiliation offer these communities as a more attractive alternative for habitation. The rural areas provide ample open air environment, offer security to life and property, uphold traditional values and loyalties. They strengthen social network ties, regulate morality and enhance mutual and economic support in a harsh environment. This congenial situation is not likely to last too long if what is happening to the rural communities near urban centres is an index of the future of the rural areas.

Physical planning can save the rural areas by seeking to preserve what is good and wholesome in the traditional society. It can do this by improving and providing avenues for social cohesion of the family, the compound, the kindred and the village. It can provide amenities and facilities which would improve and support those traditional institutions that have sustained the rural communities over time. Careful coordination and utilization of land uses based on the socio-spatial organization of the rural communities is a challenging objective of physical planning.

References

1. Green, M.M.; Igbo Village Affairs; London: Sidgwick and Johnson Ltd., 1947, chp.2.
2. Uchendu, V.C.; The Igbo of Southeast Nigeria; New York: Holt, Rinehart and Winston, 1965, chp. 3.
3. Basden, G.T; Among the Ibos of Nigeria; Lagos: University Publishing Company, 1983
4. Redford, R. and M. Singer; The Cultural Role of Cities; in: Economic Development and Cultural Change 3, October 1954, pp. 56 - 57.
5. Obateru, O.I; Land Subdivision Guide; Ibadan: Evans Brothers, 1986, p. 1
6. Based on the comments of community, Leaders of Awo Mbieri, in Imo State.
7. Government of Imo State of Nigeria, Ministry of Works and Transport, Dept. of Lands, Survey and Urban Development; Planning Studies in Imo State: Regional Physical Master Plan, 1984.



Foto: M. Meßmer

Gwari Traditional Architecture

A case study in the Federal Capital Territory of Abuja

Bature Tagwai GARBA, Ahmadu Bello University, Zaria

1. The Gbagyi (Gwari) People

The „Gwari“ people, as commonly referred to by the outside society call themselves „Gbagyi“ which is the designation of both the language and the people. The geographical spread or, rather, the dispersal of the members of this people over a wide area of Central Nigeria (see Fig.1) has accounted for

2. Some cultural characteristics

Farming has a special significance for the Gwaris. They consider other basic occupations as subsidiary and tend to regard non-farmers as lazy and without culture. The notable crops cultivated are yam, millet, sorghum, rice and soya beans. The Gbagyi are nonetheless noted for their crafts. Pot-

tery by Gbagyi women is even a major industry and the late Dr. Ladi Kwali has made Nigeria known as one of the world leaders in earthenware fabrication.

to the other. For example, the practice of Gbagyi women carrying loads on their shoulders rather than on their heads is explained by the ancestors' myth that the head already carries too much load in form of intelligence, problems and solutions. Another reason could lay in the Gwaris living on the hill tops. Going up- or down-hill, it was easier to look around while carrying things on the shoulder.

Marriage is one of the major institutions that has a proud place in Gwari culture. He who is not married may be treated as a child, no matter how old one is, and be excluded from many religious and cultural practices. During pregnancy, a woman stays in her husband's compound until the time of her first delivery is near. Then she goes to her parents' house. If it is not her first child, either her mother or her mother-in-law is invited to her house to look after her.

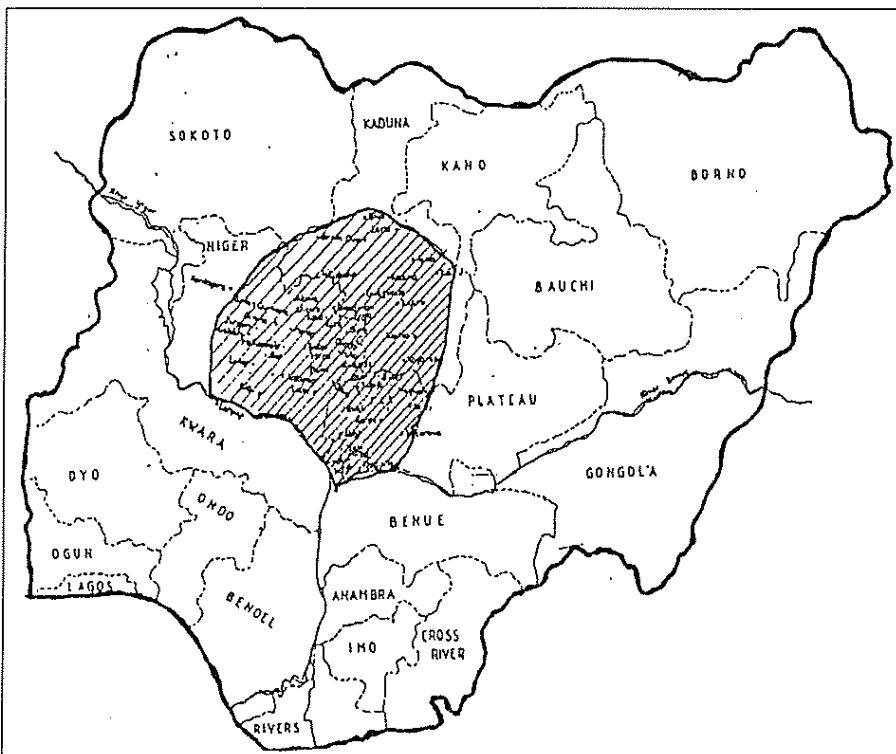


Fig. 1: Map of Nigeria showing locations of the Gwari people

the absence of a distinctive „Gbagyi Territory“. Their most notable settlements are found in Niger State and within the Federal Capital Territory (Abuja). Here the Gwaris - altogether about four million, according to the National Union of Gbagyi Students who conducted their own census of the Gwari people and settlements in 1983 - constitute some 75 % of the indigeous population.

tery by Gbagyi women is even a major industry and the late Dr. Ladi Kwali has made Nigeria known as one of the world leaders in earthenware fabrication.

Gwari language and culture have survived both domestic and foreign influences because of the people's stubborn adherence to tradition and values transmitted orally from one generation

Zusammenfassung

Für die ethnische Gruppe der Gwari, die im Umkreis der neuen Hauptstadt Abuja beheimatet ist, beschreibt der Autor neben einigen kulturellen Eigenarten, aus denen das Volk seine Identität bestimmt, vor allem seine Bautradition. Für diese ist weniger das Endergebnis entscheidend, als der Prozess des Bauens und des Gebrauches in einem umfassenden Lebenszusammenhang. Diese Tradition, die eine geschickte Anpassung an die ökologischen Gegebenheiten darstellt, müßte nach Meinung des Autors als kulturelles Erbe höher geachtet, umfassender dokumentiert und respektvoller beibehalten werden.

There are many festivals that take place annually within the Gwari communities. The most renowned one is „Ajibaje”, named after a traditional drink, which takes place during the rainy season when the people have finished planting their crops. At this ceremony in the market square each and everybody will participate. Drums are beaten and later a he-goat, donated by the chief, is taken to the bush with some elderly people from the village where they will stay for nine days drinking Ajibaje. On the ninth day the goat is killed and brought to the chief who will then share the meat out to the elders of the village.

Land is a vital asset for the Gbagy people. The compound head holds the land and cultivates it jointly with his sons, brothers and servants. Land is usually passed on by heritage from the father to the elder son, who then will support the other members of the family. Yet, with the advent of modern civilization most landownership has been shifted on to the district heads and local government authorities.

3. Traditional Gwari Construction

Before the arrival of the missionaries in the 20th century, most of the Gwari people lived in nucleated settlements on hill tops. Movement to the plains was for farming only and temporary. With the increase in population and the lack of sufficient farmland on the hills, people started to move down to the plains settling in loosely knit fragmented villages. In most Gbagyi settlements today the basic planning concept is a radial pattern where the public and administrative functions like the village head compound, market or village square are located in the middle of the village.(Fig.2)

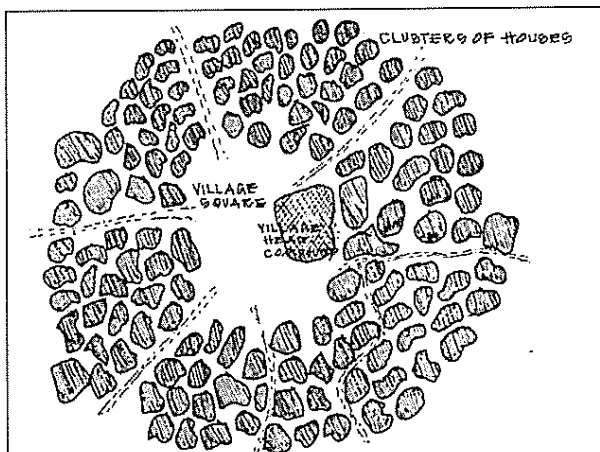


Fig. 2: Concept of nucleated settlement

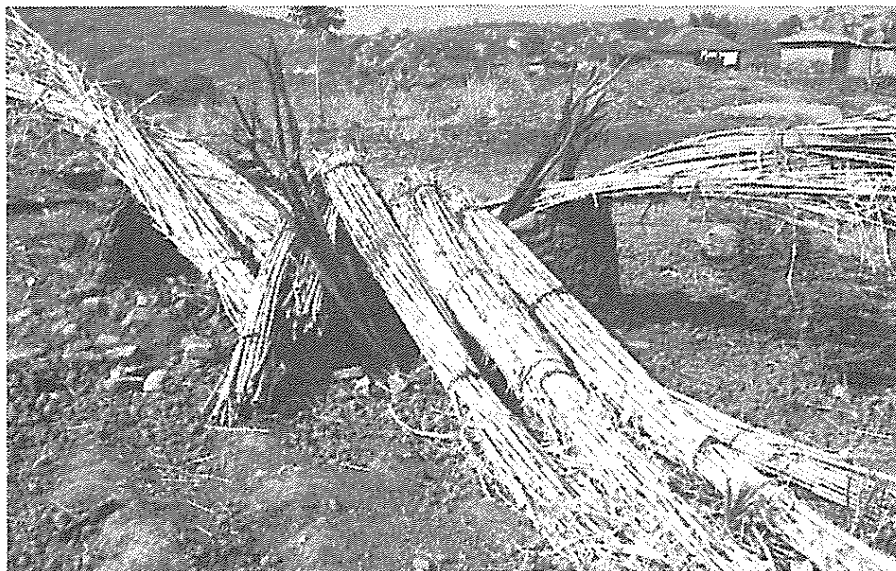


Fig. 3: Cornstalk at Site

Foto: B.T. Garba

The traditional houseform of the Gwaris is the round hut with conical thatch roof. The author could not get a reasonable answer as to the reason for the broad use of circular forms during his field survey. All the respondents could say was that they inherited the concept from their forefathers. With the colonial rule, however, the rectangular house-form also became popular among the Gbagyi people.

The use of building materials depends basically on the type of buildings to be erected. The materials are obtained in their natural state on or near the building site and transformed for construction purposes like mud (clay), thatch (grass), timber (tree branches), ropes (climbers), corn stalks etc. (Fig.3)

Building is carried out in the dry season from October to March when no rain will disturb the construction process. The villagers are their own architects, engineers and builders as every male possesses some construc-

tional ability. They discuss the construction techniques at each stage in the order the steps are carried out, as has been passed down from one generation to the next.

The site for the construction is cleared and levelled. The exact position of the hut is then ascertained. A wooden peg is fixed to the ground at the centre of the future hut. A rope is tied to a man's leg. The man then moves around to draw a perfect circle with his foot. (Fig. 5)

The foundation trench will then be excavated along this circle. The depth of it will vary according to the soil. The foundations will either be laid by building-in-place (mud reinforced by stones) or by bricks up to about 15 cm above the ground. A circular platform is formed which is allowed to dry before construction continues. If mud bricks are used, the wall may be tackled immediately.

The in-place method means to prepare wet earth and mould it into long

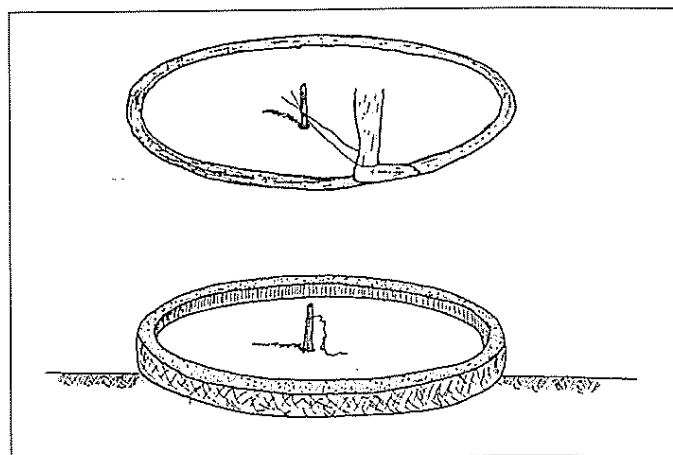


Fig. 4 Foundation and wall construction

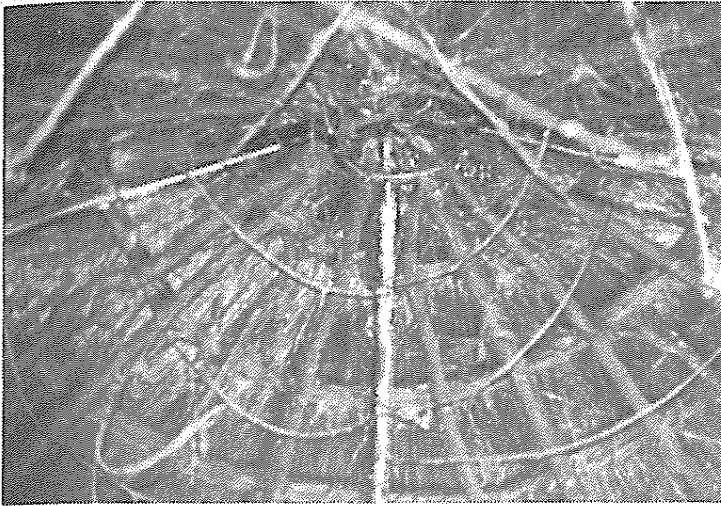


Fig. 5: In-view of a traditional hut

Foto: G.T. Garba

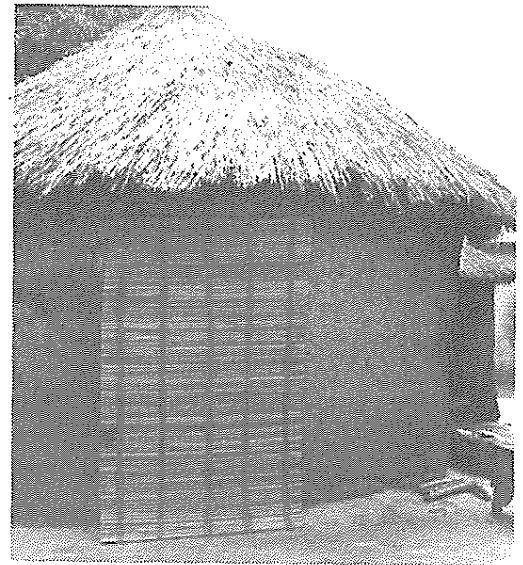


Fig. 6: Hanging traditional door

yam shape to put on the wall using hands without shuttering. The construction is done in one or two courses a day to be blended with the previous course before further construction is continued. The lintel is constructed by the use of flanges of bamboo stalks and the wall brought to an end after about two or three courses about the lintel. The disadvantage of this method of construction is the shrinkage as the wet earth dries out and develops cracks. It requires a lot of time for drying so that the entire process takes about fourteen days to complete. Wall construction with mud bricks means that the greater part of shrinkage has taken place before wall construction.

In Gwari architecture, roof construction appears to be the most delicate part of the construction. Either the roof is constructed on the ground before lifting it on the walls, or it is constructed in place. To start roofing, a ring is made using ropes or climbers, then the first set of six or eight rafters are fixed inside the ring at equal spacing. The rafters are held in their positions by ropes and supported by some form work in the centre. The purlins, usually cornstalks, are tied to the rafters all round at intervals of 40 - 50 centimeters with the last purlins at the eave. (Fig. 5) The eaves overhang the walls sufficiently deep so as to protect the mud walls against the driving rain. Also a corridor could be created round the circular hut or only at the entrance.

The roofing material, thatch, is normally stocked in bundles at the building site. Thatching starts at the eaves and ends at the apex. It is sufficiently thick with overlaps of 50 cm, so as to prevent sun rays and water penetration.

At the apex thatching has to be most carefully handled and needs special skills.

For floor construction the soil from the foundation excavation is levelled evenly inside the building. A lot of water is then poured on it and left for three or four days to dry. The floor will then be beaten with wooden beaters especially carved for this purpose.

Termite soil obtained from river valleys is pounded and applied to make the surface smooth and dustfree. The floor will then be rendered with „makuba”, a special liquid made from some particular tree bark and epicarp of locust bean fruit. Such a floor lasts for a very long time. However, it is becoming more and more limited in Gbagyi settlements.

Palm kernel shells and shear butter shells are used as tiles in some compounds so as to smoothen the floor surface and to prevent eroding it.

4. Finishing and Maintenance of Gwari Buildings

Finishing and fittings are not given special priority. Plastering is normally carried out immediately after the wall construction. Earthworm moulds are grounded and mixed with water and

applied to the inner portion of the rooms and the part of the huts facing the compound. The applied plaster is rendered rainproof with „makuba”, being applied hot.

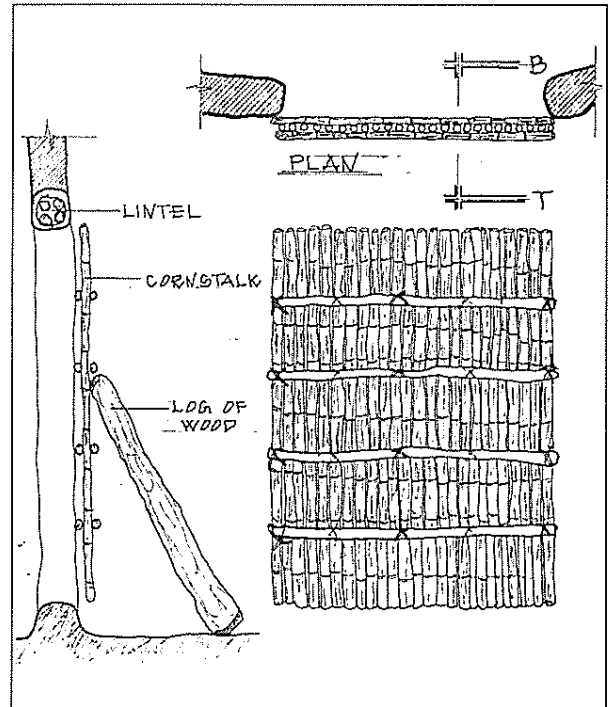


Fig. 7: Example of a traditional door

The typical Gbagyi traditional hut has no windows, lest evil spirits roaming at night enter the house through windows and harm its inhabitants. Where they are provided by now, they are either wooden with slit shutters or corrugated iron sheets on wooden frames.

Various types of doors are locally produced. (Fig. 6 and 7) Cornstalk doors are used for kitchen and animal sheds. Modern technology has brought innovations like corrugated iron doors on wooden frames etc.

Housing and Health in Olaleye-Iponri, Lagos

by Tade Akin Aina

Low-Income Community

Olaleye-Iponri originally consisted of two independent communities lying next to each other on a site of 35,3 hectares. They are located within the jurisdiction of the Lagos Mainland Local Government.

Although considered one settlement, they were originally separate. Olaleye is believed to have been founded some 150 years ago when the (then) Oloto of Oto (a major land owning Lagos chief) gave the parcel of land to a certain Ajao Olaleye for use as farmland. Olaleye's initial growth began with the construction of various phases of the railway line during the 1940s and early 1950s. Estimates suggest approximately 2,500 persons in Olaleye village by 1967. The settlement has grown rapidly during the end of the Nigerian Civil War in 1970 and the beginning of the economic boom caused by the rise in petroleum oil earnings. This period has been identified as a second phase of rapid urbanization in Nigeria and there was a major influx of migrants from the eastern parts of the country to Olaleye Village. In September 1983, the population was estimated to be 16,590.

Iponri Village is believed to have been founded by a certain Abegundoko

who came from Niger State in 1878. Abegundoko must have acquired the land from the Oloto family, too. He was joined by many other settlers creating adjoining settlements. Most of these have disappeared as separate settlements. Iponri's community has grown in response to the same conditions that account for the expansion of Olaleye. But it has been greatly affected by government land acquisitions for various projects ranging from the building of roads and bridges to

the construction of offices, and housing and shopping estates. Iponri is clearly the smaller of the two communities.

Official planning estimates for January 1984, suggest a total population of 20,090 with 2,979 adult males, 2,995 adult females and 14,116 children. Large households are the norm. In Olaleye, households of between five to eight constitute just less than half of the respondents, while households with



Fig. 1

Foto: M. Meßner

Dr. Tade Akin Aina, Senior Lecturer, Department of Sociology, University of Lagos, Akoka, Lagos. The paper is the abridged version of Ch. 3 of Hardoy, J.E./Cairncross, S./Satterthwaite, D., eds. (1990): *The Poor Die Young*; London (Earthscan). Trialog gratefully acknowledges gratefully the permission of reprint.

between nine to eleven persons account for another one-fifth. For Iponri, half the sample are from households of between five to eight persons, while about 13 per cent are in households of between nine to eleven persons. Three-fifth of all respondents have three or more children in their household while a third have six or more children.

Most of the work force are employees of the civil service, private-sector enterprises or parastatals. Of these, the civil service is most important in Olaleye employing a third of all respondents. A considerable proportion are also self-employed, especially in Iponri. Here the categories are: petty trading, artisans/craftworkers and contractor/business representative with a lower proportion in factor/general work and office work/clerks.

Zusammenfassung

Es handelt sich hier um ein typisches Quartier der unteren Einkommensschichten im westlichen Stadtgebiet von Lagos, in welchem Kernfamilien mit hoher Kinderzahl sich jeweils nur einem Raum leisten können, was eine Wohndichte von wenig mehr als 1 qm pro Kopf ergibt.

Oft außerhalb wohnende Bodeneigentümer haben den Grund und Boden an Hauseigentümer verpachtet, die in der Regel selbst in ihrem Haus leben und zimmerweise untervermieten. Die Gebäude sind eingeschossig, die Räume an den Fluren aufgereiht. Kochen und andere Wohnfunktionen müssen auf den Flur oder nach außen ausweichen. Neben fehlendem Brandschutz und ungesicherter Stromversorgung ist die Wasserversorgung völlig unzulänglich. Die vielfältigen Gesundheitsgefahren senken die Lebenserwartung. Der Autor beschreibt die Krankheiten und Todesursachen, welche besonders die Kinder betreffen.

Most of those interviewed had very low incomes; more than 85 per cent earned less than 300 Naira per month (at the time of the study a Naira was worth around US\$ 1.-; by June 1989 the exchange rate was N 7.5 to \$ 1.-) Further evidence, that the settlement is predominantly one of low-income dwellers is provided by an unpublished official survey in 1984 which established that 82 per cent of the population earn less than N 2.000 per annum, while only 18 per cent earns between N 2,000 and N 6,000 per annum.

Overcrowding

Olaleye-Iponri covers about 35.3 hectares. At every point in the settlement, structures combine commercial, residential, religious, educational and even small-scale industrial use. In each case, the particular function is dependent on what owners and users of the structures see fit. At the same time, shops and market stalls double as sleeping quarters and dwelling places. The most form of building is a one-storey bungalow type structure with a central corridor. Most buildings have nine or more rooms. Nearly half the sample had between 9 and 15 rooms while 21 per cent in Olaleye and just over 25 per cent in Iponri had 16 and more rooms. Most inhabitants are tenants who live within a household sharing one small room, while most other inhabitants are small-scale landlords who have built the dwellings they rent out on land they have rented themselves from absent landowners. Traditionally in Nigeria one of the main ways in which people acquired shelter was in a family compound or communal house with the right to live there deriving from descent. But only four per cent of respondents stated this was the basis for their housing tenure. Evidence from this study points to the intense commercialization of both housing and land and the replacement of customary tenure by commercial transactions and relationships.

Most land-users lease their land on relatively short leases; over half of the landlords in the survey have leases of less than five years. One reason is the extensive practice of subletting. A second reason is that some landowners avoid investing in buildings for fear of government expropriation but at the same time, they dare not leave their land vacant for fear that squatters will occupy it illegally.



Fig. 2: Benin City

Foto: M. Meßmer

There is very serious over-crowding in Olaleye-Iponri. The predominance of large households and the small sizes of rooms means that many households must live with less than one square metre per person in their rooms and less than two square metres per person for the whole plot. More than half of all households live in one room. The most common room size is between 2.4 by 1,8 metres and 2.4 by 2.4 metres.

Fire Hazard

In regard to cooking facilities, over half of all respondents cook in their corridors; only a small percentage cook in their rooms. Most houses have places specifically designated as kitchens. These tend to be either outhouse or makeshift structures in the compound where many families live. Only eight per cent of Olaleye and 19 per cent of Iponri have exclusive use of a kitchen. Residents often do not use them because there is little space, they are outside the main house and difficult to use during the rains, late at night or the very early morning.

The type of equipment used for cooking and the fuel used also has major implications for safety and fire hazard. The passages and corridors are often built of inflammable materials such as wood boards. Over 90 per cent of the respondents cook on kerosene stoves. Residents told of a few major fires - for instance in 1970/71, in 1982, and 1983. They also told of countless cases of „minor“ fire mishaps in which a whole house or some rooms burned down. They are said to be caused usually through carelessness during the preparation of meals or use of candles as the main source of lighting.

Poor Services

In regard to sources of water, only a small portion of residents have water piped to their living quarters. In Olaleye, 36 per cent of respondents have water piped directly into the building in which they live but only 21 per cent have it piped into their own living quarters. Another 15 per cent rely mainly on water wells in their buildings, while nearly 33 per cent purchase their water from water-hawkers who obtain the water either from wells or piped sources. For Iponri, about 71 per cent of respondents claim they use piped water but only 36 per cent have piped it into their living quarters; about 15 per cent purchase water from private hawkers.

In regard to electricity, virtually all houses have direct, legal supplies, even though a public supply only became available for the first time in 1975. But the residents of Olaleye-Iponri, like other residents of Lagos, suffer regular power cuts and loss of power since 1979. Most residents have learnt to rely on kerosene lamps and candles for lighting.

Provision for drainage and for removal of solid and liquid wastes is very inadequate. The assessments show that almost three-fifths of the sample have house frontages that are dirty. The presence of human and/or animal waste around dwelling is not widespread on Olaleye. However, in Iponri, almost 40 per cent of the houses studied have evidence of human or animal waste in their surroundings. Over a quarter of all houses had what the interviewers described as a foul smell arising from open drains, human waste, dead animals and overflowing garbage dumps. This is not surprising as most gutters and

drains were blocked and not cleaned, and there is no systematic form of public waste disposal.

In conclusion, there are serious deficiencies in virtually all forms of basic infrastructure and services; water, facilities for cooking, washing and personal hygiene, sanitation and drainage. The fieldwork and the survey also showed that the settlement was poorly served by roads both access and internal roads. Provision for the collection of solid waste was very inadequate.

Poor Health

For both Olaleye and Iponri, in three-quarters of the sample either the respondents or other members of their households have experienced illness warranting some treatment. Malaria is the most common illness, followed by measles. After measles comes dysentery and diarrhoea, which more than one-tenth of the sample in both Olaleye and Iponri identify as the third most common illness. Other ailments include „coughs” (which are a manifestation of other ailments), colds, chicken pox, back pain and rheumatism.

Of the 21 cases of death (in the past six months) that respondents could recall, ten are attributed to measles - all victims were children. Clearly this is an avoidable killer that, with public education and the necessary action, can be prevented. Malaria comes next, accounting for seven deaths (five adults and two children), with diarrhoea/

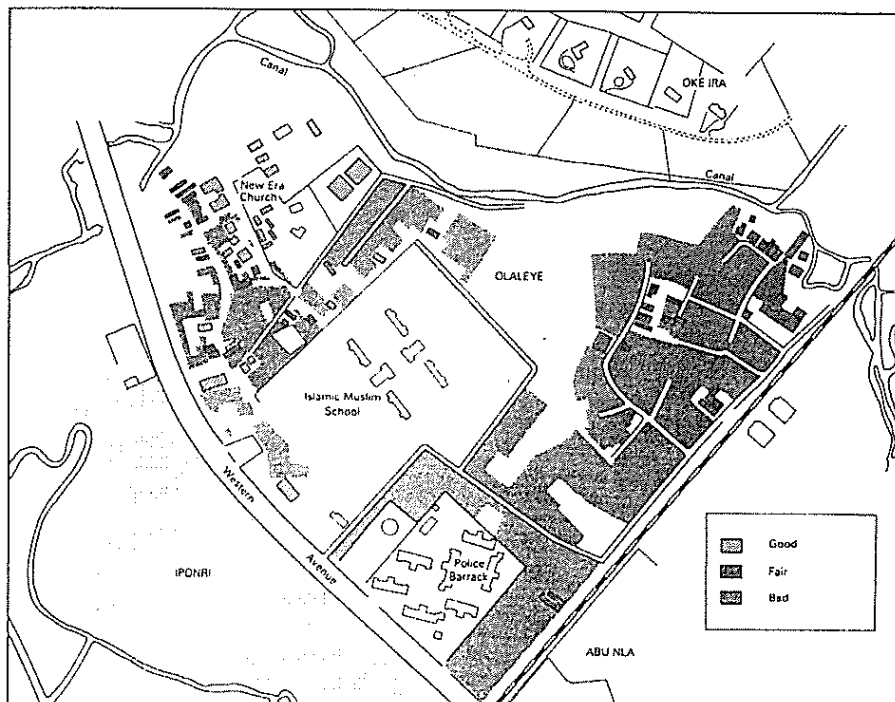


Fig. 3: Plan of Olaleye-Iponri

dysentery identified as the cause for the remaining two deaths (both children). It should be noted that respondents do not mention deaths caused by traffic accidents, fire and such other mishaps. They admit that regular domestic accidents do occur with children such as accidents with boiling water and hot cooked substances. But these have not caused deaths as far as they could remember.

The inhabitants of Olaleye-Iponri do possess some elementary knowledge of what their health conditions and needs are. They know their prevalent ailments and diseases, and although

they cannot always specify the causes, they are aware of the basic improvements that should be made. The survey suggests that the main health problems in Olaleye-Iponri as prevented by the people are environment-related problems. The diseases - malaria, measles, dysentery and diarrhoea - all have a strong relationship with the degree of environmental and social deprivation.

On mortality, the information presents concrete evidence about the extent of infant and child mortality in various households. At least six of the ten households for which profiles were done have suffered one or more infant or child dying. A lot of deaths that respondents claim occur from convulsions, malaria, dysentery, diarrhoea and cholera are preventable in the light of current medical knowledge and health technology.

The greatest awareness of medical services is of the presence of pharmacists and chemists in the settlement. The profiles confirm that they are often used as the first line of defense in cases of illness, accidents and other ailments. This suggests perhaps the most important lesson that public authorities need to learning the provision of health care. That is: it must be accessible, available, close-by and have minimal overheads. This final point raises the question of public response and initiatives, and community efforts as they pertain health and habitat issues.



Fig. 4

Communicating Urban Environmental Sanitation: A study of the public relations strategies of Nigeria's Anambra State Environmental Sanitation Authority

Anthony A. Ezenweze Onyisi

INTRODUCTION

The Problem

Concern with environmental quality has had a checkered history in many African countries. During the colonial administration concern with the environment in the cities, and even in rural areas, was such that meticulous attention was paid to the provision of basic infrastructures for refuse removal and disposal, provision of basic amenities such as adequate water supply, parks, planting of trees, flowers, etc., in the cities. With the end of the colonial era in the late 1950s and early 1960s there appeared to have been a neglect of the environment as can be seen in the near chaotic conditions of most of the layouts developed after independence and the near total collapse of the basic infrastructure left behind by the colonial administration. Recently, however, there appears to be a renewed interest in environmental issues in developing countries and their governments are attempting various strategies to improve their urban environments and make them more habitable.

The study reported below is on the attempts being made in a developing country to tackle one aspect of urban environmental problem — sanitation. The study examines the attempts being made in the Anambra State of Nigeria by the state's environmental agency, the Anambra State Environmental Sanitation Authority, ASESA, to wean the people away from their habits in order to make their cities clean and habitable. Although the study examines the operations of the ASESA in its entirety, the central focus is on the communications aspect of its operations, which it carries out through its public relations unit.

Background

Why are developing countries renewing their interest in urban environmental issues, especially sanitation? The reasons for this interest are many and varied. For some of the countries the awareness that there is a correlation between development and the environment was created by international bodies such as the United Nations Environmental Program, UNEP. For some others, the awareness was

homegrown and borne out by, among other things, the realization that there is a linkage between the state of the health of their citizens and the quality of their environment. Whereas in the years immediately following independence, some of the leaders scoffed at environmental matters as „colonial mentality”, it has now become clear that, in fact, environmental quality is as necessary as building dams.¹⁾

Nigeria went through a similar experience. During the colonial period there was a strict observance of regulations concerning sanitation. Sanitation norms were so internalized that the governments did not need draconian laws to enforce them. After independence things apparently „fell apart” in most of the nation's cities as municipal services, such as basic sanitation, abysmally deteriorated. In most Nigerian towns garbage piled up for months in the streets, the primitive open sewers were blocked with the attendant stench, odor, and disease, while the sanitation departments of the Ministry of Health stood helpless as the cities literally decayed. It was not uncommon to find people relieving themselves in the streets out of sheer habit and/or lack of public conveniences. The situation was so appalling that Nigerian's urban areas became known as very unhealthy and dirty. Its capital city, Lagos, acquired a notoriety as one of the dirtiest and

Zusammenfassung

Der Autor zeigt die Gründe der mangelnden Wirksamkeit der ASESA, einer spezialgeschaffenen behördlichen Eingreifgruppe zur Verbesserung des Wohnumfeldes mit den Aufgaben Abfallentsorgung, Straßenreinigung, Freihalten der Straßen von irregulär geparkten Autos, Unterhaltung der Bedürfnisanstalten, und Sicherung der öffentlichen Hygiene. Die öffentlichen Medien erweisen sich als wenig hilfreich. Das Einfluß nehmende „Publikum” ist die politische Führungsgruppe, welche eigene Interessen mit wechselnden Schwerpunkten folgt und die Neigung hat, spontan in das Verwaltungshandeln einzugreifen. Das breite Publikum dagegen wird wegen der paternalistischen und autoritären Einstellung der Funktionäre nur „informiert”. Damit sind Mißerfolge vorprogrammiert auf einem Gebiet, auf dem es wegen des erforderlichen Wandels von Werten und Verhaltensweisen bei der Bevölkerung insgesamt auf langfristige Kontinuität, Beteiligung und Motivierung der Bevölkerung ankommt.

Anthony A. Ezenweze Onyisi, Ph.D., is affiliated to the Department of Mass Communication, Anambra State University of Technology, Enugu, Nigeria. He obtained a M.A. degree from Annenberg School of Communication, University of Pennsylvania, U.S.A., and also a Ph.D. in International Relations from the same university. His research interests include Rural Environment and Communication and International Political Communication.

unhealthiest capital cities in the world.²⁾ After the military coup that overthrew the second civilian government in December 1983, the government that took over embarked on a massive plan to clean up all Nigeria's urban areas. Operating on the principle that dirty environments basically result from an undisciplined way of life and bad habits, the regime took measures bordering on the draconian to curb the indiscipline and break the bad habits of the Nigerians.

The Anambra State Environmental Sanitation Authority was established by Anambra State Edict No. 15 of 1985 and it was broadly empowered to:

- (i.) organize and carry out the collection, removal and disposal of refuse in the major towns of the state — Enugu, Onitsha, Nsukka, Awka, Abakaliki, and any other towns or places;
- (ii.) organize and carry out street cleaning, and,
- (iii.) promote, encourage and foster the maintenance of a clean and healthy environment in the towns and other places.

Specifically the Authority was charged with the responsibility of:

- (i.) maintaining a clean and healthy environment in the towns;
- (ii.) removing and disposing of any vehicles abandoned or cannibalized on any highway or impounding any vehicles that are improperly kept or parked along the highway;
- (iii.) controlling and supervising night soil services in places where bucket or pit latrines are in use;
- (iv.) establishing, maintaining, and cleaning public conveniences;
- (v.) carrying out inspection of such buildings and premises for purposes of ensuring that sanitary conditions are maintained in such places;
- (vi.) apprehending any person selling goods and other articles of trade in places not authorized for that purpose and seizing all such goods of other arti-

cle of trade for eventual disposal in such manner as the Authority deems fit;

- (vii.) developing and maintaining open spaces;
- (viii.) establishing and maintaining a laboratory for the control and analysis of food and other edible products sold or exhibited in a market or other public place;
- (ix.) controlling of pests;
- (x.) removing and burying of dead bodies left abandoned on a highway or in any other public place; and
- (xi.) controlling or removing of lunatics, drunks, beggars, and other wandering persons on a highway or in any other public place.

The departments of the Authority, according to the edict, are Administration and Personnel, Legal, Accounts, Audit, Engineering, Maintenance and Field Operations. At its inception a public relations department was not considered necessary and even today, five years after, it is still not an autonomous department. Yet the Authority, by and large, deals extensively with the public. In fact its *raison d'être* is the public. The obvious neglect has had serious repercussions on the operations of the Authority as will be seen below.

Funds for the Authority come mainly from the government although it is also empowered to raise funds through endowments, charges, fees, etc. This has affected its operations in several ways.

THE SETTING

The Ecosystem

The Anambra State of Nigeria was created out of the former East Central State of Nigeria in February 1976. The East Central State before its creation in 1967 at the onset of the three-year Nigeria-Biafra war, was a part of Eastern Nigeria, the area known as Biafra. It is situated on the eastern

plains of the River Niger and it shares boundaries with four other states — Cross River, Bendel, Imo, and Benue. The northern and southern segments of the state represent different ecological zones. The south is semi-tropical rain forest, which has its origins in the tropical rain forest beginning from the Atlantic Ocean further south.

Enugu, the capital of Anambra State, served as the capital of Eastern Nigeria during and after the British rule as well as Biafra and East Central State. Located at the north-eastern portion of southern Nigeria, Enugu owed its initial development in the early part of this country to the discovery and exploitation of large deposits of coal in the Udi Hills surrounding the city. From a modest settlement of a few thousands, including the indigenous population, it has grown into a town of nearly two million inhabitants.³⁾

Communication Infrastructure

The development of mass communication infrastructure in Anambra has not kept pace with developments in the educational sector or the literacy level. Enugu, as the capital of the former Eastern Nigeria, lags behind the two other regional capitals of Nigeria — Ibadan and Kaduna — in the number of mass media institutions located in it. For instance at least three impressive daily newspapers are published in Kaduna, the capital of the former Northern Nigeria, while Ibadan, the capital of the former Western Nigeria, has at least two daily newspapers. Enugu has only one.⁴⁾

Anambra State is served by four radio stations managed by the Anambra Broadcasting Service (ABS), wholly owned by the Anambra State Government, and the Federal Radio Corporation of Nigeria (FRCN), wholly owned by the Federal Government of Nigeria. The only daily newspaper published in

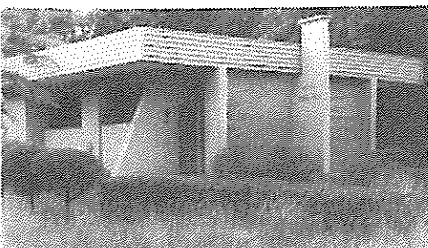


Fig 1 Scarcely used public pay toilet in Enugu, capital of Anambra State, Nigeria. The weeds on the premises are evidence that the facility is rarely used - out of sheer ignorance.



Fig 2 A typical refuse transfer depot. By the left is a market where uncovered foodstuff such as meat, rice etc. is on sale. Garbage pickups are irregular and the bins frequently overflow.



Fig 3 A typical refuse transfer depot. At times, especially in the poorer sections of the city, dwellers simply ignore the depots and deposit garbage in the open sewers along the streets.

Enugu is the Daily Star, which is wholly owned by the Anambra State Government. Its average daily circulation is less than 25,000 and its reach is very superficial. Its Sunday edition, the Weekly Star, has an important insert, the Rural Star, which is devoted to the coverage of news of interest to rural areas. Through this vehicle developmental news, of which environmental concerns are an integral part, are reported, discussed, and interpreted.

Policy Implementation: the Public and ASESAs

To assess how the ASESAs have been able to carry out their responsibilities since their formation, I shall discuss some of the most important aspects of their operations. First, Refuse Disposal. In the removal and disposal of refuse, the result has been mixed. In certain sections of the cities the experiment has been successful, but most others, after the initial burst of activity in 1985, the Authority virtually ceased to operate.⁵⁾

Among the few areas where refuse disposal is more or less regular are in pockets of low density areas of the major townships of the cities known as the Governmental Residential Areas (GRAs). The GRAs have been exclusive areas reserved initially for European administrators and later taken over by Nigerians after independence. The houses are generally family houses with one family living in each. Blocks of flats containing more than one family constitute less than 20% of all the houses in the GRAs at Enugu, Onitsha, and Nsukka.

That the GRAs are relatively cleaner than the rest of the cities cannot be entirely attributed to the ASESAs operations for several reasons. First, as noted, the population density is lower than in the rest of the cities, so the volume of refuse is less. Secondly,

because the residents are affluent and politically powerful, they can arrange for their own refuse disposal or use their official positions and resources to have their areas regularly taken care of.

As a resident observed, „We are relatively refuse-free not because of ASESAs but because we don't want a dirty environment; many of us dispose of our refuse ourselves.”⁶⁾

In the other areas of the cities, the situation is abysmal. For example, Abakpa (a sprawling suburb of Enugu where more than 30% of the population resides) has only three refuse transfer depots. At the beginning of the environmental campaign ASESAs trucks cleared these depots at least twice a week in addition to clearing garbage bins deposited in front of residents' premises. Now refuse removal has been erratic and unreliable and it is not unusual for these depots to remain uncleared for upwards of a month. ASESAs authorities claim lack of finance as the primary reason why they cannot maintain regular refuse disposal.⁷⁾

Street cleaning. Initially this task was meant to be accomplished through two broad strategies. One strategy was to clear the streets — at least the major ones — on a daily basis through the labor of ASESAs staff. The other strategy was to supplement the efforts of the ASESAs staff through the nationwide once-a-month Environmental Day clean-up exercise. While the former was meant to be public, the latter was to be a private affair although enforced through sanctions of fine or imprisonments by Environment Sanitation officials. The Environmental Day clean-up routine has continued but the initial enthusiasm has waned both in Anambra State and elsewhere in the federation because of what the citizens perceive as selective administration of punishment on offenders and because

the Authority itself has not been able to carry out its own shares of the assignment. ASESAs's inability to pick up the refuse after each Environmental Day had been seen as an example of its inability to live up to its responsibilities.⁸⁾

The other strategy of day-to-day cleaning of the streets has worked only partially in some of the cities. It is partially successful in the sense that the activities of the ASESAs are selective. In Enugu, for instance, the concentration appears to be on a few major roads and in selected sections of the city. Thus in the exclusive GRA and Independent Layout sections of the city, daily street cleaning (along the major roads only) is the practice. By contrast, in the high density areas of Achalla Layout and Abakpa, street cleaning is sporadic and spasmodic.

Improper parking. The fourth issue the ASESAs has placed a lot of emphasis on has been the issue of impounding vehicles improperly parked along the highway and in certain areas of the big towns. The need for this arose because Nigerian drivers, both professional and amateur, have had a notoriety for disorderly driving and parking. Some of the traffic tie-ups in the cities have actually been linked to careless and improper parking of vehicles. The ASESAs has tried to stop this behaviour by punishing offending drivers mainly through fines.

Attempts to enforce this aspect of ASESAs's objectives have generated a lot of controversy because of a number of reasons. First there are not enough road signs to indicate which areas are for parking or not, or even to drop or pick up passengers. Thus ASESAs officials tend to use their power — at times in a most arbitrary manner — to designate „no parking” or „no stopping” areas. Secondly, there is no guideline on what constitutes „im-

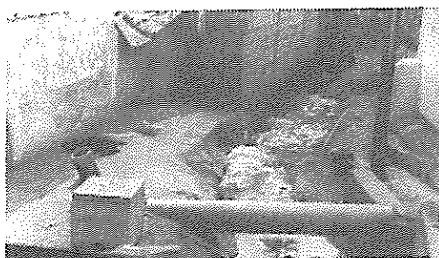


Fig 4
A clogged and open sewer in a poor and densely populated Obiagu road section. The poor, the „urban villagers”, rarely make the distinction between open sewer and refuse transfer depot.



Fig. 5
Garbage illegally thrown into the street in Abakpa, a densely populated, but poor section of Enugu. By the garbage is an ASESAs sign that reads „Dumping of refuse is prohibited”.



Fig 6
A street in Abakpa, Enugu. Efforts by the ASESAs to clear the area of garbage and filth is not helped by the presence of residents who are ignorant of urban sanitation.

proper parking" and so ASESAs officials tend to define the offense inconsistently. Finally, enforcement of the "no" or "improper parking" order has been, at times, arbitrary, with some offenders, especially well-placed in the society, defying ASESAs officials without retribution. Because they have a lot of power to define the nature of the offense, ASESAs officials have been accused of needlessly entrapping motorists in order to extort payoffs and bribes; hence the erroneous but popular image of ASESAs field operatives as a "bunch of thugs running around deflating peoples'tires and impounding vehicles in order to get bribes."⁹

Public conveniences. One of the aims of the ASESAs and other environmental sanitation authorities in the country is to make Nigerians quit the primitive habit of urinating and defecating along the streets, along the highways, and, in fact, anywhere they find convenient. Aside from the health hazards, the embarrassment this has caused Nigerians, especially those who have lived abroad and foreign visitors to Nigeria, reached a point that something had to be done to stop it. The ASESAs wanted to tackle this problem by providing public conveniences and punishment for contravening this rule was arrest, prosecution, and fine or imprisonment. This has not been successful for several reasons. In the first place, the conveniences are insufficient. Enugu, for instance, has just about a dozen such conveniences. This number is hopelessly inadequate for a country that until recently did not require even petrol stations to provide conveniences¹⁰. In addition, the few conveniences available are not properly kept and people who would normally use them routinely avoid them. Furthermore to charge a token fee for the use of such conveniences as the ASESAs

does, means that those who are marginally inclined to use them because of their cultural level do not see any sense in paying for such an activity. Enforcement has also been difficult because of the enormous manpower required to do so.

Promoting a Healthy Environment.

Perhaps one of the most important assignments of the ASESAs, at least considering its long term consequences, is the task of promoting, encouraging, and fostering the maintenance of a clean and healthy environment. This involves not only providing the infrastructure for this purpose but also basically changing people's attitudes and behaviour so that sanitation issues become a part and parcel of their lives. In other words, this part of ASESAs's task is aimed at mobilizing them for a new way of life that recognizes a healthy urban environment as necessary and desirable. So far the ASESAs does not appear to have been successful in this regard. ASESAs's mobilization strategies — especially communication — seem faulty, as will be discussed below.

COMMUNICATION STRATEGIES

Communication is an essentially social interaction through messages. It is the glue that holds the society together and one cannot imagine a society that can exist without this interaction. Messages are constantly being exchanged between and amongst different individuals and segments of a society in a continuous stream of action and reaction. In trying to affect the behaviors of actors in any social system an influencer may adopt the strategy of the "stick" (force) or the "carrot" (persuasion) or a mixture of both. Whichever strategy one adopts depends on the issue at hand or on the

long term objectives of the influencer. These categories are also associated with certain types of organizations. The "stick" strategy tends to be associated with authoritarian regimes, while the "carrot" or persuasion strategy tends to be associated with democratic systems, but none is entirely "stick" dependent and none is entirely "carrot" dependent.

The latter situation means that the putative influences are as much involved in the process as the influencer. Thus the influencer is being influenced as much as he is influencing. This is the essence of democracy — governance based on consent — and one of the reasons why democracies are more enduring than dictatorships. The public relations department of any organization, to all intents and purposes, endeavors to favorably influence its defined publics in the directions desired by its organization through communication. This communication must be reciprocal if it is to succeed and have long-term effects.

The ASESAs is a government agency which gets most, if not all, its funds from the Anambra State government. It could withhold some or all of its subventions and even, if it liked, abolish the entire agency, as happened in the neighboring Imo State. By the government is meant the governor and his close aides, the Ministry of Finance and the Office of the Commissioner for Special Duties. These three offices in the Anambra State government constitute the critical public of ASESAs. The Ministry for Special Duties is the supervisory ministry for ASESAs. It reports directly to the governor about the organization and also pleads its case during cabinet meetings. Also critical to ASESAs is the Budget department of the Ministry of Finance. It is in charge of monetary allocation to all government departments and it can have important

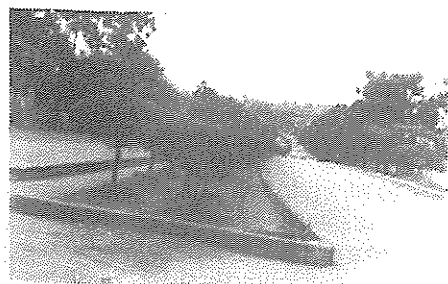


Fig 7 A street in Independence Layout, one of the elite sections of Enugu. Most of its streets are clean because of the care by the sanitation authorities and the residents themselves.



Fig 8 Part of Ndwo Park in the Uwani Section of Enugu converted into a cassava farm by the "urban villagers", who simply recreate the village world views in the town.



Fig 9 Part of Ngwo Park, designed for recreation but partially converted into farm strips. These farms are potential sources of malaria-carrying mosquitoes and other harmful insects.

influence on the amount of money the agency gets from the government. Because of the centrality of these three sections of the government, the ASESAs make special efforts to cultivate them. A good portion of the public relations efforts of the agency is thus aimed at playing the bureaucratic politics of bringing the activities of the agency to their attention and presenting the image of a dedicated, hard-working, and accountable agency. Placement of new stories in the newspapers, radio, and television in the hope that the appropriate authorities will be impressed by the activities of the agency is thus given a top priority. This is supplemented by interpersonal contacts between ASESAs's top officials and these sections of the government. Communication at this level is continuous.

The general public constitutes the other half of ASESAs's external publics, although less critical than the governmental public as ASESAs's officials, unfortunately, perceive it. The basic communication aim for this group is to present the organization in as good a light as possible.¹¹⁾ Whether there is a correlation between the media image and the actual operations and effectiveness of the organization is a moot point. Unlike communication with the government public, communication with an undifferentiated mass public has a different process. The process is simply to issue press releases in order to inform the public on the activities of ASESAs. Thus if it wanted to pull down certain structures it considered environmental hazards, it would issue press announcements detailing its plans. If it wanted to show how good a job it was doing, it would get the television stations to incorporate some shots of selected activities in its news programs. There is a weekly radio program in FRCN in which environmental sanitation issues are discussed. The contents are entirely determined by the presenter who works under the auspices of the Authority.



Fig. 10

How does the Authority know about what the public feels about its activities? In the case of ASESAs, ascertaining public opinion is done through a simple technique of going through the mass media to find favorable and unfavorable comments. If, for instance, in the „letters-to-the-editor“ page of the newspaper there is a critical article on the operations of the agency, the PR department takes this as evidence of public disapproval of its activities. If, on the other hand, there are favorable comments or no comments at all, it takes this to mean that the public approves of its activities or that the public has not seen anything wrong with what it is doing. Silence is thus also interpreted as „approval.“ This strategy might be simple and might have served some useful purposes for ASESAs. However it seems too crude and unsophisticated to capture the complexities of public opinion. First, the public in question is undifferentiated and one does not know exactly the type of public opinion ASESAs authorities have as their focus. Although sanitation is a problem that confronts all segments of the society, it is among the poor that resistance to sanitation regulations is most prevalent. Lack of knowledge of basic sanitation principles and the consequences of poor environmental conditions is more prevalent among this poor, but more numerous, segment of the population. This category of urban dwellers is not only poor, it is also less educated and less inclined to write „letters to the editor“ to complain about the inefficiencies of ASESAs or any other government department for that matter. They constitute what might be called the „urban silent majority.“ Thus to regard the number of letters in the „public opinion“ pages of newspapers as an index of the public's favorable or unfavorable attitude to ASESAs is to misinterpret and misread public opinion. This probably accounts for the discrepancy in the perception of the work of the Authority



Fig 11

between the general public and the ASESAs public relations department.¹²⁾ Furthermore the model of communication adopted by ASESAs is more or less authoritarian. It „communicates to“ rather than „communicates with“ the public. It informs rather than communicates and it talks rather than listens. The communication between ASESAs and the general public is unidirectional, nonreciprocal, and unbalanced with the general public at the short end of the exchange. This is a major failing of the public relations efforts of ASESAs and explains to a large extent, the present lukewarm attitude of many people in the state — the urban poor in particular — to sanitation activities.

Most of the urban poor live in two worlds that tend to put conflicting pressures on them. Since most of them have just migrated from the villages, they still have a predominance of their village ways of life and codes of social interaction. In this circumstance it becomes the task of communication not just to alert them about new programs and upcoming events but also to pull them out of their urban villages, at least psychically, in order to change their attitudes and perceptions about what ought to obtain in an urban setting. In other words, they have to be mobilized to accept new modes of behavior.

Mobilization through communication is not a very easy process since it involves changing and modifying deeply held beliefs and attitudes. It is not a one-shot communications affair and it involves much more than an authoritarian unidirectional pattern of communication. It involves continuous communication that makes the desired public(s) a part and parcel of the entire process. Whereas they should be „communicated to“ they also have the right, and should be encouraged, to „communicate back“.

It also involves a multi-media approach rather than the uni-media approach which the ASESAs has been using. By uni-media approach is meant that ASESAs has tended to depend almost exclusively on the mass media, particularly the radio/television and newspaper. Multi-media means that, in addition to these organs, others such as interpersonal contacts, public lectures, flyers, newsletters, plays, videos, and photo murals, especially when created either exclusively by, or in close collaboration with, the target group, should be employed. When the programs are created by the members

of the target group — in this case the urban poor — there will be a tendency for them to be more involved than when the programs are created for them. The process of creating the programs itself stimulates dialogue among the creators (the grassroots), as well as between the grassroots and policy initiators. It also generates a sense of responsibility, involvement and self-esteem. The present ASESAs communication strategy does not take these crucial factors into consideration; hence the present near indifference to its programs.

Footnotes

1. For example, the governor of Anambra State of Nigeria in his 1990 Budget speech said that his „Government regards the pursuit of clean environment as part of its preventive health care programmes“. See the Daily Star, Enugu, Nigeria, Saturday, January 7, 1990, p. 11. Nigeria has an Environmental Protection Agency but it took the dumping of toxic waste from Italy in a coastal town in Bendel State in 1988 for the Nigerian government to wake up to the realities of modern environmental problems. Before then an agency that purportedly monitored environmental problems occupied an obscure position in the Federal Ministry of Works and Housing Lagos.

2. There is evidence that Lagos still has its sanitation problems despite the genuine efforts made by the military government since 1984 to clean up the city. A popular Nigerian columnist wrote on January 7, 1990 in the „Sunday Champion“, that the national environmental day observed on the last Saturday of every month has not solved the problem of refuse disposal in Lagos. „Of late and for some unfathomable reasons, the waste disposal board of Lagos State has become dispirited and lost all interest in its work. Citizens dutifully send their household of garbage to central collection points, from where men of the board refuse or neglect to collect them to be buried or incinerated. Mountains of garbage could be observed at various central locations in metropolitan Lagos. In a matter of days, poor men and women, stray domestic animals, soon scatter uncollected garbage from the central location designated by the waste disposal board and we are back to where we started“.

3. The population growth has been accentuated by a steady migration of rural dwellers into the city in search of jobs, education, and a better standard of living, and, also, by the influx of Ibos from other parts of the country when the civil war started in 1967. Many of the refugees refused to return to their former places of residence after the civil war ended in 1970. The commercial centre of Anambra State is Onitsha, which is a much bigger town (and more disorganized as well) than Enugu. The sanitation problem in Onitsha was so acute that the World Bank had to come in to help.

4. Kaduna has the New Nigerian, The Democrat, and The Reporter. There is also a weekly, Today. Ibadan has The Sketch and The Tribune.

5. The Sunday Champion wrote: „Some Nigerian cities take environmental sanitation seriously. Those known to me include Enugu whose streets are not only swept but are perhaps washed and polished“. Enugu

residents disagree in this characterization of their city. In a survey conducted for this study close to 70 % of respondents disagreed with the suggestion that their city is a clean city.

6. Interview by author.

7. ASESAs has not been able to get people to pay for its services because apart from general resistance to taxes of all types, people are not fully convinced that the Authority handles its assets well nor are they convinced and aware that ASESAs is really theirs. There is a general apathy towards the Authority.

8. See Sunday Champion, Ibid.

9. Own Interview.

10. In one of the universities located in Enugu, the entire student population has less than six functioning toilets. The students relieve themselves in the adjoining farms and in convenient corners.

11. The ASESAs runs a football team, the ASESAs Warriors, which it uses as a public relations tool to build its image.

12. Two quotes, one from an ASESAs official and the other from a member of the public, will illustrate this point. ASESAs official: „Before the establishment of this organization, garbage had been indiscriminately littered everywhere, especially in urban areas. Some of the garbage has grown as high as hills while some were used to block drainages, roads and even to cause nauseating stench around most homes. Since we came on the scene, we have cleared all these things, cleared drainages, constructed better ones, and all these have made air breathing in these places free from much pollution. Again we have been able to construct roundabouts where road junctions exist, expanded some, erected beautiful monuments at these roundabouts or junctions and planted beautiful flowers in some places“. A resident of Enugu: „For the past two years we've not seen much of ASESAs ... we hear about their football team, of course, ... Enugu as far as I know is no cleaner now than before ASESAs. (Forget all about the mad days of the Second Republic, 1979 - 1983). The activities of ASESAs are selective and confined to certain well-to-do sections of the city and there is too much effort expended on gimmicks rather than on making our cities really clean and liveable“. Interview by author.



**ZWISCHEN ROSTOCK
UND DRESDEN**
2/3-WELTGRUPPEN
EIN HANDBUCH

NEUERSCHEINUNG
SELBSTDARSTELLUNGEN
ADRESSREGISTER
UND
TEXTE DER
2/3 WELT-BEWEGUNG DER
EHEMALIGEN DDR

112 Seiten

ZU BEZIEHEN ÜBER: iz3w · POSTFACH 53 28 · 7800 FREIBURG
FÜR DEN BUCHHANDEL: PROLIT, POSTFACH 11 10 08 · 6300 GIessen

FORSCHUNGSBERICHTE
DES
BUNDESMINISTERIUMS FÜR WIRTSCHAFTLICHE
ZUSAMMENARBEIT

Ländliche Entwicklung und Selbsthilfeförderung

Beobachtungen und Überlegungen mit Blick
auf die staatliche Entwicklungszusammenarbeit
am Beispiel des Senegal

Jürgen Oestereich

unter Mitarbeit von
ENDA T.M. Taoufik Ben Abdallah, Malick Mbaye
und Omar Wane

Weltforum Verlag
München · Köln · London



An Evaluation of Urban Landscape Improvement Strategy in Yola, Nigeria

J. B. Falade and B. B. Kaigama

INTRODUCTION

The current rates of urbanisation in the country have many untold consequences on the landscapes of many Nigerian cities. The major urban areas continue to grow at the expense of rural population with the attendant landscape planning problems including unplanned peripheral development, destruction of natural landscape, open space shortages, poor environmental sanitation and general abuse of open spaces and amenity (Falade, 1985; Lerner, 1986; Falade, 1988). This problem is due to the low premium placed on landscape issues in urban planning and partly due to lack of organisational set up coupled with the absence of administrative frameworks due to lack of government charged with landscape issues (Duckworth, 1950; Adeniyi, 1975; Popoola, 1981; Falade, 1985; 1988ab) The concern of many is how to stem the tide of degraded urban landscape consequent upon the nation.

However, dating from 1984, the different State Governments in Nigeria

decided to combat the enormous landscape planning problems as well as other social ills in the country by embarking on a programme tagged War Against Indiscipline (WAI). The aspects of WAI, which border on landscape improvement, include passing of Environmental Sanitation Edicts by State governments and the establishment of National Tree Planting Days and Environmental Days. Over the years, some of these programmes have received shades of support by the different State governments of Nigeria. Moreover some of the good intentions of these programmes have either become compromised or completely abandoned. In a handful of states like Gongola, Plateau and Benue, some local action groups have been set up to implement the aims of WAI (Falade, 1990). In particular, the Gongola State Government, being one of the 21 states in the federation of Nigeria, set up the Yola Landscape Task Force (YLTF).

The main aim of this paper is to evaluate the worthwhile contribution of YLTF to the improvement of Yola and to draw upon important lessons of the

experiment for landscape planning and management.

The method of study comprises interviewing the officials connected with YLTF, field survey to validate the improvement landscape schemes. It also involved a random questionnaire survey which was undertaken to sample the opinions of the town people regarding the landscape improvements undertaken by the Task Force. 300 questionnaires were distributed randomly among the people living in the city. 267 of the questionnaires were duly completed and returned. In the questionnaire, respondents were asked to express their feelings about the city's general landscape conditions and in particular, their impressions of the newly landscaped areas by YLTF, their patronage of the parks improved landscapes, their willingness to pay to enjoy some of these facilities and suggestions for improving the city's landscape.

BACKGROUND TO YLTF

History

The YLTF was established in November 1986 by the then Military Governor. Yola, the focus of the operation of the Task Force for Township Landscaping, is the State headquarter of Gogonla State. According to Hamman (1976), the creation of State in the Country in 1976, brought Yola into the limelight as it was upgraded from a provincial to a state headquarter.

Zusammenfassung

Von den Arbeitsgruppen für Wohnumfeldverbesserung in den einzelnen Hauptstädten der Bundesstaaten ist die von Yola vergleichsweise erfolgreich vor allem dadurch, daß eine Reihe von Stadtbildverbesserungen durchgeführt wurden. Die Untersuchung belegt die positive Reaktion der Bevölkerung. Dennoch erscheint es notwendig, diese Arbeitsgruppe institutionell besser abzusichern um sie in die Lage zu versetzen, langfristige Planung zu verbinden mit mehr Partizipation und Ausbildung von lokalen Fähigkeiten zur Problemlösung.

Dr. J. B. Falade, Senior Lecturer, Department of Urban and Regional Planning, Obafemi Awolowo University, Ile-Ife, Nigeria.
B. B. Kaigama, Department of Urban and Regional Planning, Obafemi Awolowo University, Ile-Ife, Nigeria

Now Yola has emerged as a nerve centre of administration, commerce and education and a city whose inhabitants are demanding attractive and evocative landscapes (Falade, 1990).

The establishment of the Task Force was in fulfillment of the Fifth Chapter of WAI, which is primarily concerned with city beautification. Although, the idea of WAI has been abolished by the present military administration, the retention of the Task Force by Gongola State Government, no doubt, is an indication of its going relevance and invaluable contribution to the city's landscape improvement.



Foto: M. Meßmer

Roles of YLTF

The roles of YLTF include the following:

- i) to beautify the state capital;
- ii) to develop public arenas; and
- iii) to develop parks and gardens.

Organisation of YLTF

The YLTF is organised as an ad hoc resource group, which is attached to the State Ministry of Works and Transport.

From an initial member of 4, the membership of the YLTF has now risen to 30 and comprises administrators, engineers, an architect, a builder, gardeners, foresters and a planner. Most of these were drawn from the Ministry of Works and Transport and the Ministry of Agriculture and Natural Resources.

The Committee undertakes all its works which embrace landscape design, construction and post construction maintenance. The different professionals are used to the best advantage by drawing on their experience and professional leaning. However, it goes without saying that there is a conspicuous omission of landscape architect in the team, a situation which reflects manpower shortage in the profession.

Funding

An initial budgetary allocation is made to the Committee for works envisaged each year and channeled through the Ministry of Works and Transport. The YLTF is set up partly to eliminate contractual problems especially fund mismanagement, which either leads to

poorly executed jobs or abandoned projects. The concern in setting up the Task Force was, in essence, to ensure realistic cost-effective projects which are completed within the stipulated times.

Although the details of the expenses of the YLTF have not been made public, the money so far expended on the landscape projects undertaken in Yola has been put at N 4 million (US\$ 0.57 m). Since all the members of top management team of YLTF have been seconded from various ministries, they do not have to receive paid salaries from its financial covers. This in effect means substantial savings in running the programme.

Achievements of the YLTF

For the three years running, YLTF has successfully prosecuted a number of landscape projects in Yola which include the following:

- i) landscaping of three rotaries;
- ii) building of city gates;
- iii) development of both Mahmed and Government House Parks;
- iv) construction of sculptures as important landmarks in strategic points of the city;
- v) landscaping of government residential areas; and
- vi) landscaping of Jimeta Town Centre.

The achievements of the above over a short period of time is perhaps commendable and are subjected to public evaluation as shown in the following section.

EVALUATION OF THE CONTRIBUTION OF YLTF TO YOLA'S LANDSCAPE

Rating of Yola's Landscape

First and foremost the respondents were asked to rate Yola's landscape in terms of its beauty. Analysis of the responses to this question shows that 22.5 percent of the total respondents said that city's landscape is good; another 51.3 percent said that the landscape was of fair quality; while the remaining 26.2 percent are of the opinion that the town's landscape is poor. The general impression one gathers from such a response is that on average the landscape of Yola can be regarded as fair.

Appreciation of Improved Landscapes

As much as 70.8 percent of the 267 respondents said that they appreciated the current face-lift of the city's landscape; while the remaining 29.2 percent felt dissatisfied with the cities landscape.

Generally, landscape appreciation is a function of education among other factors. The higher the level of education, the better the appreciation of landscape quality among Nigerian urban populace (Falade, 1985). By comparing this analysis with that shown in Table 1 (showing the educational background of respondents), the proportion of the respondents who felt dissatisfied are more likely to be those with little or no education both of which amounted to some 36.6 percent of the total sample.

Recalling the image of Yola

The analysis of the responses to this question is shown in Table 2. 35. 6 percent of the respondents said that the traffic islands or rotaries easily came to their mind when recalling Yola's image; 24.7 percent remember the twin nature of the town; 17.6 percent said the major roads in town; another 7.5 percent admire the tree planting; while the remaining 14.6 percent are of the opinion that there is nothing special about Yola. On the whole, as much as 60.7 percent of the respondents appreciate some of the recent landscape improvements to the city's landscape. Indeed, the respondents appreciate the improved landscapes as contribution to the city's image.

Willingness to patronise developed Parks and Gardens

The respondents were asked to express their willingness to patronise the developed landscapes and if necessary their willingness to pay to enjoy the developed parks and gardens. Some 65.2 percent of the total respondents (267) said they are willing to pay to enjoy the improved landscapes; while the remaining 34.8 percent shun the idea of paying to enjoy these facilities. Those who are not willing to pay are probably those in the low income bracket. The survey shows that as much as 31.5 percent of the respondents earned below N 1,200 per annum; some 34.8 percent earned between N 1,201 and N 2,400; another 13.5 percent earned between N 2,401 and N 3,600 per annum; 9.0 percent earn between N 3,601 and N 4,800; some 4.5 percent earned between N 4,801 and N 6,000; while as little as 6.7 percent earned above N 6,000 per annum.

The respondents were asked to suggest how much they were willing to pay. The responses to this question vary from those willing to pay 20k (17.2%) to those willing to pay N 1 (19.0%). As much as 59 percent are willing to pay 50k; while some 5.2k are willing to pay 30k. It therefore seems reasonable to assume that 50k is about the average price that the respondents are willing to pay to enjoy parks and gardens (Table 3).

Financing Landscape Projects

Suggestions were made by the respondents as to whose responsibility

to finance landscape improvement projects. 32.6 percent of the respondents are of the opinion that landscape improvement programmes should be financed by the government; 9.0 percent suggested that it should be the responsibility of private investors; while a large percentage of the respondents deem it the responsibilities of both government and private investors. Even though opinions about this question differ, they are indeed complementary. These range of responses attest to the fact that landscape improvement in the city, and perhaps any other city country for that matter, should be the responsibility of both the government, the private investors and general public for whom the landscapes are developed.

DISCUSSIONS AND SUGGESTIONS

The above analyses have shown that Gongola State has gone a step ahead of most Nigerian State Governments by establishing the YLTF as local resource town improvement group for promoting urban landscape improvement. Indeed, the activities of YLTF for the period of its establishment have been rewarded by relative success considering the range of landscape improvement schemes undertaken. However, there are a few organisational, conceptual and procedural problems areas as well as ethical issues to be resolved in the present endeavour. In theory, the setting up of YLTF, though commendable, amounts to duplication of effort. This is because issues related to landscape planning and improvement come within the purview of Planning Authorities. However, as most Planning authorities in Nigeria have yet to set a new department devoted to landscape issues, YLTF

has therefore emerged in Yola to fill an identified gap. It is only in this regard that one can easily appreciate the worthwhile contributions of YLTF. Therefore, the establishment of YLTF seems to serve a short term measure, to stimulate interest in landscape improvement. On the long run, there will come a time when conflicts will arise between the functions of YLTF and that of Planning Authorities as already identified for the Environmental Task Forces set up by most state governments in Nigeria, whose functions also overlapped with that of Planning Authorities and Public Health Department (Mrakpor, 1988; Falade, 1989). One can anticipate a merging of the functions of YLTF with those of the more stable and all pervading statutory bodies like the Planning Authorities.

On the grounds of equity, one can perhaps question the rationale for setting up of landscape improvement task force for Yola only among the many towns in the state. By so doing, the present concern for urban landscape improvement is only too parochial and inequitable. Ideally, the present set of YLTF can only be regarded and should be regarded as an experiment which perhaps began at Yola but which is capable of being broadened and improved upon to embrace other towns in Gongola State. Progressively, this experiment should be extended to the Local government headquarters and other urban centres as shown in Fig. 1.

Further, as this experiment becomes more successful, each urban centre/settlement should diversify its approach and concept of landscape improvement to cover both public participation, area based approach and the need to build this concern into an on going planning and administrative framework. The need for public in-

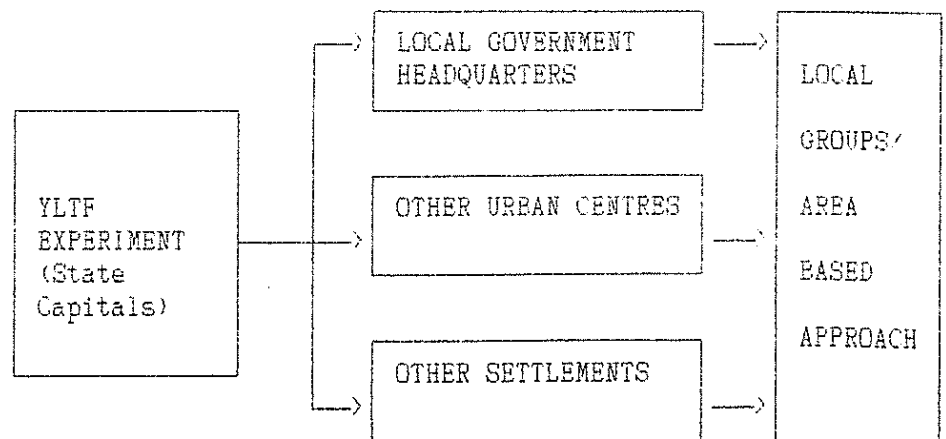


Fig. 1: Possible expansion and crystallisation of YLTF experiment

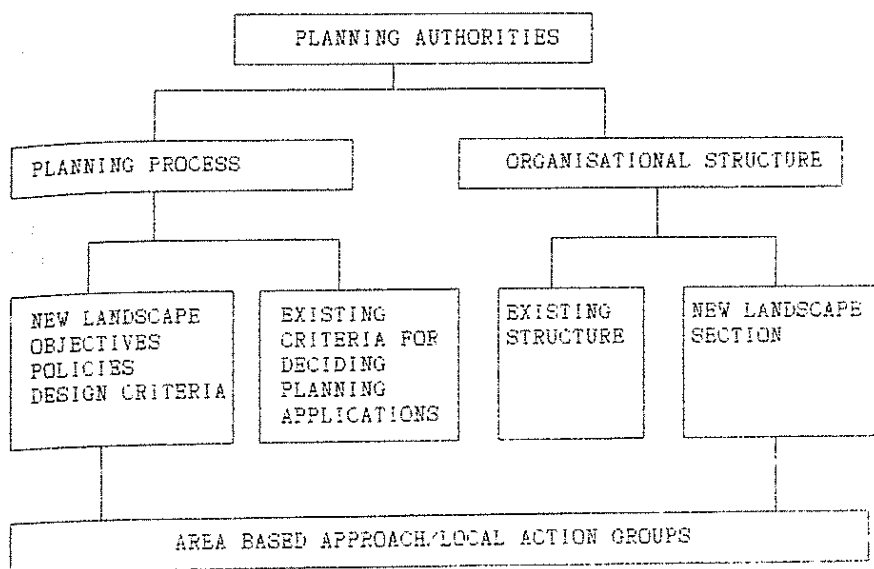


Fig. 2: Framework for landscape planning and administration incorporation YLTF's roles

involvement in the process and the use of area based approach to comprehensive landscape improvement in Nigeria cannot be over emphasized. This is because the bulk of open spaces with poor landscapes in most cities are privately owned.

Like all programmes which started with good intentions, the future of YLTF may still be short-lived. By lacking as statutory base and the appointment of permanent staff, YLTF is still prone to the scrapping off which may arise from the whims and caprices of the politicians and military leaders. The crux of the matter is how to sustain YLTF as permanent government agency not only for landscape improvement but landscape planning and management. The present set up of YLTF as non-statutory body means that it cannot really bid for funds in the legal budget. The only panacea is to find ways of legalising the establishment of YLTF.

The YLTF experiment has necessitated finding a lasting solution to the problem of landscape planning and management in the country. Definitely, something more than mere invitation of ad hoc landscape improvement measures and passing of environmental sanitation laws are required if urban landscape problems are to be tackled realistically and comprehensively. In addition, the emergent actions, it is imperative that most of the existing government agencies land use planning functions chart new directions for continual landscape planning and management. This suggestion requires that both the existing planning administrative and procedural frameworks should be strengthened to in-

corporate landscape objectives, design, policies and management concerns. To this end new sections dealing with landscape issues should be set up as arm of the Planning Authorities. Also Urban development plans should embrace landscape issues and advance landscape planning goals, objectives and policies. Planning applications for development should be decided on judicious landscape development criteria alongside other planning criteria (Fig. 2).

The roles of the newly created Landscape Section is to formulate, coordinate and implement landscape decisions. This section will have to liaise with bodies like YLTF and other landscape improvement action groups. By so doing, it is possible, to internalise landscape development goals into the urban planning processes and administration. If YLTF is merged with the Planning Authority, other non-statutory landscape improvement action/pressure group(s) should be formed in urban areas to foster public interest in the subject matter. Moreover, efforts should be geared towards training urban masses in the art of landscape improvement. In particular, the experts in the field should initiate programmes for training and working with local people regarding improvement and in the general area of landscape planning and design to offset the current manpower shortage.

CONCLUSION

The current drive towards landscape improvement in Nigeria is only in

trickles as seen in the setting up of YLTF. The present concern demands more passionate commitment and makes demands on public participation, manpower training, reorganisation of planning administration, preparation of local and site plans and introduction of an area based approach to landscape planning, improvement and management. The existing administrative structure should be strengthened and more opportunities should be provided for training people in the area of landscape improvement in the existing institutions.

REFERENCES

- Adeniyi, E. O. (1975): 'Administrative Framework for physical Planning in Nigeria'; *Journal of Overseas Development*; Vol. 14 (3) pp 159-171.
- Duckworth, H. E. (1950): 'On making Towns beautiful'; *Nigeria Magazine*; Vol. 35; pp 291-295.
- Falade, J. B. (1985): *Nigeria's Urban Open Spaces: An Inquiry into their Evolution, Planning and Landscape Qualities*, Ph. D. Department of Architecture, Edinburgh University, Edinburgh; pp 442-453.
- Falade, J. B. (1988a): *The History of Park Development in Nigeria*, A Commissioned Paper Presented at the First National Public Lecture of the Lagos Horticultural Society, Lagos, Nigeria.
- Falade, J. B. (1988b): *Amenity and Open Space Planning in Nigeria*; *Land Use Policy (UK)*; Vol.6(2); pp 162-171.
- Falade, J. B. (1989): 'Administrative and Legal frameworks for Landscape Planning: A Third World Contribution', *Landscape Research*, Vol. 14; pp 7-15.
- Falade, J. B. (1990): 'An Agenda for Managing Urban Landscape Improvement and Planning in Nigeria', A Paper Presented at the International Congress on Sustainable Habitat on an Urbanized Planet; held at Berlin (West), March 19-16, 1990.
- Hamman, M. (1977): 'The City of Yola' in Ashiwaju, G. (ed) (1977): *Cities of the Savannah*; *Nigeria Magazine*; Lagos; pp 97-101.
- Lerner, J. (1986): 'A Preservation Policy of Green Areas in Fast Growing Cities: The Example of Guritaba in International Green Forum Organising Committee (1986): *International Green Forum Report*; Osaka, Japan pp 90-95.
- Mrakpor, C. O. (1988): 'Individual Rights and the Environmental Sanitation Task Forces', in P. O. Sada and F. O. Odemerho (eds.) (1988): *Environmental Issues in Nigerian Development*, Evans Publishers; Ibadan; pp 367-373.

Städtische Infrastruktur - Städtisches Wohnen

Bedeutung und Perspektiven im Rahmen der finanziellen Zusammenarbeit

N. Kliver und W. Thomi

Bis in die 80er Jahre hinein wurden Städte in der allgemeinen entwicklungspolitischen Diskussion und Strategie häufig als parasitäre ressourcenverschlingende Strukturen mit nur geringen Entwicklungspotential eingeschätzt. Im Gegenteil dazu sah man die Entwicklung des ländlichen Raumes als adäquaten Lösungs- und Entwicklungsansatz an, um damit auch gleichzeitig die den Urbanisierungsprozeß in früheren Jahren tragenden Migrationsbewegungen abzuschwächen.

Spätestens mit der Diskussion der globaleren Umweltzusammenhänge (Klima) verstärkte sich nun die Einsicht, daß die letzten noch für Aufsiedlungs- und Kolonisierungsaktivitäten zur Verfügung stehenden Naturräume nicht mehr unbedingt dem Menschen erschlossen werden sollten und von daher eine Expansion des landwirtschaftlich oder sonstwie genutzten Raumes an Grenzen gestoßen war. Obwohl Städte und die mit ihnen verbundenen Lebensformen in nicht unerheblichem Ausmaß selber zunehmend ökologische und soziale Probleme generieren, erfahren sie doch vor dem Hintergrund

der globalen Umweltproblematik eine Aufwertung in der entwicklungspolitischen Diskussion. Die Entwicklungszusammenarbeit wird sich vor diesem Hintergrund in den 90er Jahren auch in ihren konzeptionellen Bezügen dem Thema der städtischen Entwicklung verstärkt zuwenden müssen.

Wesentliche Grundlagen der bisherigen Förderungsaktivitäten im Bereich der städtischen Entwicklung bilden für die Deutsche Entwicklungszusammenarbeit die Sektorkonzepte „Stadtentwicklung“ und „Wohnungsversorgung“ sowie auch die sektorübergreifenden Konzepte „Förderung der Frauen in Entwicklungsländern“ und „Armutsbekämpfung durch Hilfe zur Selbsthilfe“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ). Weitere Hinweise für die Einschätzung von Fördermaßnahmen im Bereich der sozialen und wirtschaftli-

chen Infrastruktur*) ergeben sich aus den z.T. in Sektorpapieren festgehaltenen sektoralen Grundsätzen des BMZ (z.B. „Wasserversorgung und Sanitärmaßnahmen in Entwicklungsländern, Verkehrswesen, Gesundheit, Bildung etc.).

Städtische Systeme - räumliche Differenzierung

Wie das Siedlungssystem insgesamt, so sind auch die Städte Ausdruck der territorialen Organisation einer Volkswirtschaft auf dem dazugehörigen Staatsgebiet, wobei sowohl die wirtschaftliche Integration als auch die regionale Segmentierung der Wirtschaft jeweils spezifische „Spuren“ im System der Städte eines Landes hinterläßt. Städte sind damit Ausdruck und Voraussetzung von Entwicklung und darin liegt ihre prinzipielle entwicklungspolitische Bedeutung.

Insbesondere den Klein- und Mittelstädten - sozusagen an der Nahtstelle zwischen Stadt und Land kommt eine entscheidende Rolle bei der Förderung und Integration des regionalen Wirtschaftswachstums zu. Sie bilden die Standorte für die Vermarktungs- und Versorgungseinrichtungen, die den ländlichen Entwicklungsprozeß stimulieren sollen.

Diese Bedeutung verstärkt sich noch angesichts der Tatsache, daß in vielen

*) In der Finanziellen Zusammenarbeit werden unter dem Begriff soziale Infrastruktur die Sektoren Wohnen, Bildung, Gesundheit, Wasser, Abwasser und Müllentsorgung subsumiert, da die Förderungswürdigkeit sehr stark von der Grundbedürfnisorientierung eines Projektes abhängt, also sozial orientiert ist. Zur wirtschaftlichen Infrastruktur werden die Sektoren Energie, Verkehr und Kommunikation gerechnet, da hier ökonomische Kriterien über die Förderungswürdigkeit im Vordergrund stehen.

Summary

In development co-operation today, towns are no longer considered merely as parasitic structures, but rather as sites for social and economic processes which may for example assume important functions in the development of rural areas. By providing non-agricultural employment, regional centres may attract rural excess population and thus ease ecological pressure on the remaining natural environment.

However, not every town qualifies for promotion. Any promotion presupposes careful regional analysis. The authors introduce the policy of the German agency for Government-based Financial Co-operation, Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), in this field, which is mainly promoting regional centres, housing, water supply, sewerage and economic infrastructure. They discuss topics like criteria for selection, project design, public participation, self-sustained systems, cost-efficiency etc.

Die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW)

Die Aufgabenstellung der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in Frankfurt am Main hat sich seit ihrer Gründung im Jahre 1948 erheblich gewandelt. Mit Krediten und Bürgschaften hat die KfW an dem Wiederaufbau der deutschen Wirtschaft mitgewirkt.

Die Förderung der deutschen Wirtschaft ist eine wichtige Aufgabe geblieben. Die Bank unterstützt durch langfristige Kredite private und öffentliche Investitionen im Inland, vor allem kleiner und mittlerer Unternehmen und im Umweltschutz. Daneben finanziert sie den Export deutscher Anlagen.

Seit Anfang der sechziger Jahre fördert die KfW im Auftrag der Bundesregierung als *die deutsche Entwicklungsbank* Länder der Dritten Welt mit vergünstigten Krediten und Zuschüssen sowie mit fachlicher Expertise.

Investitionsförderung und andere Hilfen für die Dritte Welt

Die Finanzielle Zusammenarbeit der Bundesrepublik Deutschland mit den Entwicklungsländern spielt vom Umfang her die wichtigste Rolle in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit. Rund 59 Milliarden DM sind es, die seit Anfang der sechziger Jahre über die KfW den Entwicklungsländern als Projekt- oder Programmhilfe zugeflossen sind. Dieser Betrag stammt aus Haushaltsmitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit; er macht etwa ein Drittel der gesamten deutschen Entwicklungshilfe aus. Bei der KfW sind zur Zeit über 1.600 Entwicklungsvorhaben in mehr als 90 Ländern der Dritten Welt in Bearbeitung, über 1.600 Projekte sind abgeschlossen.

Hilfeformen und Konditionen

Die im Bundeshaushalt für die Finanzielle Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern bereitgestellten Mittel setzt die KfW ein

- für *Investitionsvorhaben* in den Bereichen Landwirtschaft, Gewerbe sowie wirtschaftliche und soziale Infrastruktur; *kleine und mittlere (Privat-) Unternehmen* werden über die Refinanzierung von regionalen und örtlichen Entwicklungsbanken gefördert;
- für die *Ausarbeitung von Studien* zur Unterstützung des Partners im Entwicklungsland bei der Vorbereitung, Durchführung und Inbetriebnahme mitfinanzierter Investitionsvorhaben sowie für die *Aus- und Fortbildung* des einheimischen Betriebspersonals;
- in Form der *Allgemeinen Warenhilfe* zur Deckung des Einfuhrbedarfs (nicht für militärische, umweltgefährdende und Luxusgüter);
- in Form von *Strukturhilfen*, mit denen Reformen der gesamtwirtschaftlichen oder sektoralen Rahmenbedingungen im Entwicklungsland unterstützt werden.

Seit 1989 werden für neue Finanzierungszusagen im Rahmen der Finanziellen Zusammenarbeit drei Konditionsgruppen unterschieden; wobei der Entwicklungsstand der Empfängerländer eine wesentliche Rolle spielt:

- Nichtrückzahlbare Finanzierungsbeiträge.
- FZ-Kreditkonditionen mit einer Laufzeit von 40 Jahren (davon 10 tilgungsfreie Jahre) und 0,75 % Zinsen.
- FZ-Kredite mit einer Laufzeit von 30 Jahren einschließlich 10 Freijahren und 2 % Zinsen.

Außerdem werden auch in Ländern, die nicht zu den LDC zählen, für selbsthilfeorientierte Maßnahmen der Armutsbekämpfung sowie für Vorhaben der sozialen Infrastruktur und des Umweltschutzes nichtrückzahlbare Finanzierungsbeiträge gewährt.

Entwicklungsländern infolge einer unzureichenden volkswirtschaftlichen Integration das Wachstum sich auf eine bzw. wenige Städte (Metropolen) beschränkt und dadurch Migrationsprozesse in Gang gesetzt werden, die eine polarisierende Raumentwicklung fördern und zu einer Verstärkung der räumlichen Disparitäten führen. Mittelstädten kann in diesem Zusammenhang eine wichtige Integrations- und Entlastungsaufgabe zukommen.

Weder wird jedoch z.B. durch Mittelstadtförderung automatisch der Teufelskreis stagnierender Regionalentwicklung unterbrochen, noch ist jede Stadt, gleich welcher Hierarchiestufe, als Entwicklungsträger geeignet. Nur die konkrete Analyse eines nationalen städtischen Systems kann Aufschluß über Entwicklungspotentiale einzelner Städte geben, die wiederum in ihrem jeweiligen regionalen Kontext noch einer weiteren Analyse unterzogen werden müssen (regionales Entwicklungspotential). Erst auf Basis dieser Analysen sollte eine Förderstrategie insgesamt festgelegt sowie die Identifizierung einzelner Maßnahmen vorgenommen werden.

In der deutschen finanziellen Zusammenarbeit mit Entwicklungsländern werden auch im Rahmen von Programmen zur Mittelstadtförderung in der Regel Einzelobjekte der sozialen Infrastruktur und der wirtschaftlichen Infrastruktur gefördert. Allerdings werden diese Einzelmaßnahmen stets auch nach sektoralen Kriterien auf ihre Förderungswürdigkeit hinsichtlich Auslegung, Wirtschaftlichkeit etc. überprüft. Darüber hinaus sind die Fragen z.B. der Akzeptanz durch die Betroffenen, der Auslegung der Anlagen (Planungshorizont) und ihrer Wirtschaftlichkeit (Tarife etc.), aber auch übersektorale Fragen wie z.B. Umweltverträglichkeit, Betroffenheit von Frauen oder Partizipation der Nutzer von wichtiger Bedeutung für eine Entscheidung über die Förderungswürdigkeit eines Projektes.

Außerdem bestehen massive Defizite im Bereich kommunaler Planungs- und Managementkapazitäten. Der Aufbau solcher Kapazitäten muß mehr noch als bisher die institutionelle Situation der Kommunen und ihrer Vertreter adäquat erfassen, um nicht Ausbildungsprogramme weit jenseits der realen Bedürfnisse, Fähigkeiten, Kapazitäten und Machtverhältnisse der Kommunen zu konzipieren.

Malawi **Ausbau von Sekundärzentren**

Die Förderung von Mittelstädten in Malawi soll den Prozeß der Bevölkerungskonzentration in den Primärzentren (Lilongwe, Blantyre) mit seinen negativen sozialen und ökonomischen Folgen durch die Entwicklung alternativer urbaner Migrationsziele abschwächen. Gleichzeitig soll die wirtschaftliche Entwicklung des ländlichen Umlandes dieser Städte positiv beeinflusst werden, damit die Abwanderung aus den ländlichen Räumen insgesamt vermindert wird. Ergänzt werden diese Aktivitäten durch ein Programm zur Förderung von ländlichen Entwicklungszentren.

Die KfW unterstützt seit 1983 mit bislang ca. 22 Mio DM den Ausbau der Mittelstädte Karonga, Mzuzu, Kasungu, Luchenza. Die einzelnen Fördermaßnahmen reichen vom Bau von Gewerbe-, Verwaltungs- und Gemeindezentren, Märkten, Busbahnhöfen bis hin zu Infrastrukturmaßnahmen zur Erschließung und Verbesserung von traditionellen Wohngebieten. Begleitend zu den physischen Maßnahmen werden die Städte vor allem im Bereich des „Financial Management“ der Anlagen und beim Aufbau eines „Secondary Centres Development Funds“ unterstützt.

Während die bisherige Betrachtung Städte im System- oder übergeordneten Zusammenhang thematisierte, wird im nachfolgenden auf Problemstellungen von einzelnen Förderaktivitäten innerhalb der Städte selbst eingegangen.

Stadt als Lebensraum

Die Migration aus dem ruralen Umfeld in die urbanen Zentren und das mittlerweile nicht zu unterschätzende natürliche Wachstum der Stadtbevölkerung - bei einigen Großstädten in Entwicklungsländern ist das interne Wachstum schon höher als der Zuzug von außen - sorgen für ein ständiges und zunehmendes Versorgungsdefizit hinsichtlich der vorhandenen Unterkunfts- und Arbeitsmöglichkeiten sowie der zur Versorgung notwendigen städtischen Infrastruktur.

Wohnen

Diese Problematik gilt insbesondere für die städtische Wohnraumversorgung. Neben einer qualitativen Verschlechterung des Bestandes reicht der vorhandene Wohnraum häufig nicht mehr aus, um die ständig wachsende Nachfrage zu befriedigen. Eine wichtige Kompensationsstrategie insbesondere bei den städtischen Armen ist die Steigerung der Belegungsdichte des vorhandenen Wohnraumes.

Ist die Belegungsdichte nicht mehr zu steigern, bleibt nur noch die Flucht nach außen durch Gründung von Spontansiedlungen an den Stadträndern oder aber an Standorten, die von der offiziellen Bebauung ausgespart wurden (Überschwemmungsgebiete an Flußufern oder innerhalb der Bebauungsgrenzen von Verkehrswegen etc.). Seit einigen Jahren sind Bewohner dieser Siedlungen ebenfalls Ziel staatlicher Hilfe, da menschenwürdiger Wohnraum ein Grundrecht ist, auf das städtische Bewohner mit niedrigen Einkommen genauso einen Anspruch haben wie die Landbevölkerung.

Das natürliche Einwohnerwachstum und die Zuwanderung aus dem ländlichen Umland, aber auch die geringen Einkommensmöglichkeiten in der Stadt haben in unterschiedlichem Maße zu Veränderungen des baulichen Charakters großer Teile der Städte geführt. Während die städtische Bevölkerung in der Regel mehrgeschossige Bauweisen zumindest akzeptiert, wenn nicht sogar bevorzugt, versuchen die Zuwanderer aus Gründen der Ernährungssicherung größere Grundstücke zu erhalten. Kleintierhaltung und Gartenwirtschaft bilden wo immer möglich unerläßliche Bestandteile der Überlebenssicherung.

Der Flächenbedarf einer solchen mehr ländlichen Siedlungsweise ist groß, so daß dieses Konzept verfolgende Neuplanungen meist nur noch an der städtischen Peripherie realisiert werden können, mit meist großen Nachteilen, infolge unzureichenden Beschäftigungsmöglichkeiten für die Zielgruppe infolge einer nicht akzeptablen Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsplatz kann die angestrebte Zielgruppe mit Stadtrandsiedlungen nur schwer oder überhaupt nicht mehr erreicht werden. Flankierende Maßnahmen zur Schaffung von Einkommen in abgelegenen Randgebieten haben selten zu dem gewünschten Erfolg geführt.

Wasserversorgung **Eldoret - Kenia**

Eldoret gehört mit ca. 93.000 Einwohnern (1990) zu den Sekundärstädten in Kenia, die das exzessive Wachstum des Großraums Nairobi abschwächen und einen Beitrag zu einer ausgeglicheneren Regionalentwicklung des Landes leisten sollen. Bevölkerung und Wirtschaft der Stadt haben sich in den vergangenen Jahren im Vergleich zu den anderen Städten Kenias überdurchschnittlich entwickelt. Der Ausbau der siedlungswasserwirtschaftlichen Infrastruktur Eldorets konnte mit diesen Entwicklungen nicht Schritt halten. Die vorhandenen Ver- und Entsorgungssysteme stoßen, trotz zum Teil erheblicher Erweiterungen, bereits heute an ihre Auslastungsgrenzen. Die periodisch auftretende Wasserknappheit in Eldoret trifft in besonderem Maße die lokale Industrie (Holzverarbeitung, Agro- und Textilindustrie). Die Ansiedlung von neuen Industriebetrieben wird dadurch erschwert.

52 % der verkauften Wassermengen geht an private Haushalte. Etwa 42 % der Bevölkerung werden über Hausanschlüsse, 14 % über Hofanschlüsse und 27 % über Zapfstellen versorgt; 17 % der gegenwärtigen Bevölkerung sind nicht an das öffentliche Versorgungsnetz angeschlossen. Der durchschnittliche tägliche Verbrauch beträgt 87 l/Kopf. Ca. 5 % der Bevölkerung liegen mit einem Durchschnittsverbrauch von 300 l/Kopf erheblich über den als förderungswürdig angesehenen Verbrauchsmengen, was mit den niedrigen Tarifen in Zusammenhang stehen dürfte. Um die tarifären Voraussetzungen für eine stärkere finanzielle Belastung für Haushalte mit exzessivem Wasserverbrauch zu schaffen, muß die Tarifstruktur so geändert werden, daß die erste Progressionsstufe bereits nach der Abdeckung des Grundbedarfs der privaten Haushalte einsetzt. Die KfW unterstützte die Entwicklung von Eldoret in den 70er Jahren mit einem Projekt zur Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung in den 70er Jahren und prüft gegenwärtig die Förderung eines entsprechenden Erweiterungsprojektes.

Wohnungsbau und Selbsthilfe in San Salvador

In El Salvador, dem mit 21 Tausend Quadratkilometern und 5,3 Millionen Einwohnern kleinsten, aber am dichtesten besiedelten Land Mittelamerikas, hat sich die chronische Wohnungsnot durch die seit 1979 andauernden bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen, die damit verbundene Wirtschaftskrise sowie durch immer wiederkehrende schwere Naturkatastrophen verstärkt. Etwa die Hälfte bis Dreiviertel der städtischen Bevölkerung El Salvadors leben in unzureichenden Wohnverhältnissen.

Die 1970 gegründete Salvadorianische Stiftung für Entwicklung und sozialen Wohnbau FUNDASAL (Fundacin Salvadoreña de Desarrollo y Vivienda Minima), vom katholischen Hilfswerk Misereor beraten, hat ein Konzept entwickelt, das gerade sozial schwachen Gruppen den Zugang zu akzeptablem Wohnraum ermöglicht. Oberstes Gebot für die Arbeit von FUNDASAL ist die Selbsthilfe: Die Betroffenen schließen sich zusammen und versuchen gemeinsam, ihre Probleme zu lösen. Die Familien wirken bereits in der Planung aktiv mit und bauen dann ihre Häuser selbst. Auch der Betrieb und die Unterhaltung der Siedlungen werden später von den Bewohnern weitgehend autonom gestaltet.

Für die dringend benötigte Wohnraumbeschaffung am Rande der Hauptstadt San Salvador wurden von der KiW 17,5 Millionen DM der deutschen Finanzellen Zusammenarbeit zur Verfügung gestellt.

Das Projekt Popotlan II (in der Nähe der Stadt Apopa, 13 Kilometer nördlich der Hauptstadt San Salvador gelegen) umfaßt die Errichtung von rund 1.500 Einfamilienhäusern einschließlich aller infrastrukturellen Einrichtungen sowie den Bau einer Schule und eines Kindergartens. Die vorbereitenden Arbeiten (Terrassierung des Geländes, Bau der Wasserver-/Abwasserentsorgung, Straßen, Schulen und der Hausfundamente) werden durch die FUNDASAL oder durch Bauunternehmen durchgeführt.

Die Finanzierung erfolgt über Mietkaufverträge mit einer Laufzeit von 20 Jahren. Sie ist so kalkuliert, daß die damit verbundene finanzielle Belastung für die Bewohner tragbar ist. Nach der Fertigstellung der Kernhäuser mit 14 Quadratmetern Wohnfläche einschließlich Sanitäreinheit haben die Familien die Möglichkeit, bei FUNDASAL einen zusätzlichen Materialkredit aufzunehmen um ihre Häuser auf maximal 46 Quadratmeter Wohnfläche auszubauen.

Neben der Standortfrage bildet die Erreichbarkeit ärmerer Bevölkerungsgruppen ein weiteres zentrales Problem von städtischen Wohnungsfragen.

Möglichkeiten zur Kostenreduzierung bestehen in der Erhöhung der Eigenleistungen der Zielgruppe. Allerdings reicht die Notwendigkeit der Partizipation der Zielgruppen weit über das ökonomische Kalkül hinaus. Die Verbesserung des Wohnens und des Wohnumfeldes kann längerfristig gesehen nur dann erfolgreich sein, wenn die unterstützenden Maßnahmen nicht über die Zielgruppe gestülpt werden, sondern wenn die betroffenen Menschen frühzeitig an allen Schritten teilnehmen. Insbesondere ist es erforderlich, die Frauen, die in der Regel die Hauptlast der Verantwortung in den Haushalten für Wohnen, Versorgung der Familie mit Wasser und Brennstoff sowie Krankenpflege tragen, rechtzeitig und umfassend in die Planungen mit einzubeziehen.

Im Verlauf eines Projektes sind der Umfang und die Intensität der Partizipationsmöglichkeiten - d.h. der späteren Bewohner wie auch der Träger - je nach Durchführungsstand unterschiedlich.

Es darf nicht davon ausgegangen werden, daß unterbeschäftigte oder arbeitslose Familienmitglieder automatisch die ganze Woche über zur Verfügung stehen. Der größte Teil der Arbeiten muß häufig auf die Wochenenden verlegt werden. Es ist leicht vorstellbar, was das für die Durchführungszeit bedeutet. Eine frühzeitige Evaluierung der Verfügbarkeit der Arbeitskräfte und das Einhalten der Vereinbarungen von seiten der zukünftigen Bewohner sind unabdingbar für eine planmäßige Abwicklung eines Projektes.

Ist das „Funktionieren einer Gruppe“ schon während der Bauphase eine wichtige Erfolgsbedingung, so ist sie es in noch höherem Maße für die Nachhaltigkeit eines Projektes. Die Gruppe bildet die Keimzelle der späteren Nachbarschaft, die nach der Fertigstellung eine ganze Reihe von Aufgaben, wie z.B. Unterhaltung der Häuser und Einrichtungen, Organisation der Müllbeseitigung, Verhandlungen mit staatlichen Dienststellen über den Bau und Betrieb von Gemeindeeinrichtungen, Einzug der Tilgungsbeiträge, Einrichtung von Buslinien, usw. im

Einzelfall übernehmen kann und dadurch neben dem eigentlichen Wohnungsbau einen entscheidenden Einfluß auf die Gestaltung ihrer Umwelt ausübt.

Eine entscheidende Rolle spielen in diesem Zusammenhang die Nichtregierungsorganisationen, z.B. kirchliche Gruppen, die häufig bereits sehr eng mit den Zielgruppen zusammenarbeiten und diesen helfen können sich selbst zu organisieren und gegenüber den staatlichen Instanzen zu artikulieren.

Die Partizipation wirft aber auch Probleme auf. Für den Träger heißt es, auf die Zielgruppe zugehen, deren Bedürfnisse und Lösungsvorstellungen erkennen, akzeptieren und im Rahmen der technischen und finanziellen Möglichkeiten umsetzen zu lernen. Dies fällt dann besonders schwer, wenn das planerische Denken des Trägers sich auf die technische Abwicklung konzentriert. Es muß aber sowohl dem lokalen Projektträger als auch den ausländischen Förderinstitutionen klar werden, daß partizipative Vorhaben nicht nach rein technischen Gesichtspunkten abgewickelt werden können, sondern die Betroffenen ihr eigenes Zeitregime entwickeln und auch brauchen. Bei parallelem Verlauf der Einzelaktivitäten kann das gegenseitige Feed-back sogar zur Änderung ganzer Planungsabschnitte führen. Festgefügte Zeitvorgaben werden schwerer möglich. Für die Zielgruppe bedeutet Partizipation mehr Mitsprache- und Gestaltungsrechte, aber auch höhere Mitverantwortung und Mehrarbeit. Für das Projekt bedeutet sie Erhöhung der Eigenverantwortlichkeit und Gestaltungskraft der Betroffenen. Darüber hinaus erhöht sie durch Kostensenkung die Möglichkeiten auch die unteren 20 % der städtischen Armen zu erreichen.

Soziale Infrastruktur

In der deutschen finanziellen Zusammenarbeit kommt dem Bau der unterstützenden Infrastruktur (Straßen, Trinkwasserversorgung, Abwasser- und Müllentsorgung, Schulen, Gesundheitseinrichtungen) in neuen oder bestehenden Siedlungen eine wesentlich größere Bedeutung zu als dem eigentlichen Wohnungsbau. Während bei bestehenden Siedlungen meist einzelne Infrastrukturvorhaben gefördert werden, ist bei neu geplanten Wohnungs-

bauvorhaben von vornherein ein integrierter Ansatz anzustreben, um sektor-spezifische Eigenschaften besser aufeinander abzustimmen, was letztendlich zu Investitions- und Betriebskostensparnissen und damit zur finanziellen Entlastung der Zielgruppe führt.

In bezug auf die Höhe der Investitionskosten für Infrastrukturmaßnahmen steht die Trinkwasserver- und Abwasserentsorgung an erster Stelle vor den Erschließungsstraßen und -wegen.

Sowohl betriebs- als auch investitionskosten erhöhend wirkt sich z.B. bei „site and service schemes“ wegen der häufig relativ geringen Besiedlungsdichte die Länge der Rohrleitungen und Wegenetze aus. Flächensparnisse bei Straßen und Wegen erlauben die Unterbringung von mehr Häusern und reduzieren die Höhe der umlagefähigen Investitionskosten. Zusätzlich kostenerhöhend wirken Ausbaustandards, insbesondere der Trinkwasserversorgung, aber auch der Erschließungsstraßen, die die Entwicklungsländer oft von Europa oder den USA übernommen haben. Eine Anpassung der Entwurfskriterien an den realen Bedarf muß erreicht werden. Falls dies nicht möglich ist, sollte die Förderung eines Vorhabens im Einzelfall durchaus abgelehnt werden. Für die Entwicklungszusammenarbeit sind hier die sektoralen Förderkriterien des BMZ maßgebend.

Die Finanzierung von Abwasserentsorgung wird in der Entwicklungszusammenarbeit eine immer größere Bedeutung erlangen. Insbesondere in den Ballungsräumen wird der Bau neuer und leistungsfähiger Netze und Kläranlagen oder die Rehabilitierung und Verbesserung bestehender Systeme wegen der zunehmenden Umweltbelastungen immer dringender. Da die bestehenden Trägerorganisationen häufig schwach sind, müssen sie durch technische und Managementberatung unterstützt werden. Im Zusammenhang mit der Abwasserentsorgung von Stadtteilentwicklungsprojekten oder Slumsanierungen stellt sich fast immer die Frage, ob und wie weit für eine Reinigung der Abwässer gesorgt werden muß, bevor sie in den nächsten Vorfluter eingeleitet werden dürfen. Die meisten Städte in den Entwicklungsländern verfügen über keine oder nur begrenzt leistungsfähige Kläranlagen; eine Einleitung der Abwässer aus neuen Siedlungsprojekten in diese Kläranlagen ist häufig aus

technischen (Entfernung, Topographie) oder Kapazitätsgründen ausgeschlossen. Soll und kann man also verlangen, daß im Rahmen der Siedlungsprojekte für Familien mit niedrigen Einkommen eigene Kläranlagen gebaut werden, wenn dies selbst bei Wohnsiedlungen mit gehobenem Standard nicht üblich ist? Andererseits darf man die negativen ökologischen Folgen einer konzentrierten Einleitung von ungeklärten Hausabwässern in die Vorfluter nicht übersehen. Eine schrittweise Verbesserung durch Kleinkläranlagen ist hier möglicherweise ein geeigneter Weg.

Eine ebenfalls nicht zu unterschätzende Bedeutung hat bei Einfachwohnsiedlungen die Abfall- und Müllbeseitigung. Leider wird dies von den Durchführungsinstitutionen nicht immer so gesehen. Wenn man sich die Mühe macht, traditionelle und soziale Zusammenhänge und Strukturen zu berücksichtigen, sind technisch einfache und kostengünstige Lösungsansätze zumindest auf der Quartiersebene möglich. Auf ein Haus-zu-Haus-sammeln sollte - auch aus Gründen der Zugänglichkeit - verzichtet werden. Bewährt haben sich dagegen Sammelstellen mit geregelter Abholung der Abfälle an besonders ausgewiesenen Standorten.

Hält man sich die oben geschilderten Rahmenbedingungen und die entwicklungspolitisch angestrebte Zielgruppe der städtischen Armen vor Augen, ist die Problematik leicht zu erkennen: Die Kosten für hohen Flächenbedarf und aufwendige materielle Infrastruktur schränken die Erreichbarkeit der Familien mit niedrigen Einkommen stark ein, weil die finanziellen Belastungen zu hoch werden. Neben der Inkaufnahme von hohen Subventionsanteilen sollten hier die Möglichkeiten des Cross-Subsidizing (z.B. Subventionierung des grundbedürfnisorientierten Verbrauchs durch progressive Tarife) ausgenutzt werden.

Die Versorgung mit eigenen Gesundheitseinrichtungen und Schulen im Rahmen eines Siedlungsprogrammes ist nur ab einer gewissen Projektgröße sinnvoll, da häufig bestehende benachbarte Einrichtungen entweder die Leistungen erbringen oder durch einfache Erweiterungen übernehmen können. Problematisch sind selten die Investitionskosten; vielmehr hat es sich immer wieder als schwierig erwiesen, den Betrieb aufzunehmen und die Un-

terhaltung zu sichern. Die zuständigen Ministerien (Gesundheit, Bildung) leiden erfahrungsgemäß am meisten an Geldmangel, da sie bei der jährlichen Verteilung des Staatshaushaltes nur eine geringe Priorität genießen.

Städtische Ökonomie - wirtschaftliche Infrastruktur

Wirtschaftliche Entwicklung bedeutet stets auch eine Spezialisierung und Intensivierung von Produktion. Beide Aspekte induzieren verstärkte Austausch- und/oder Kommunikationsprozesse auf allen Ebenen des wirtschaftlichen Handelns und setzen damit auch gewisse Mindestanforderungen an die diese Prozesse vermittelnde Infrastruktur. Als Entwicklungsbank fördert die KfW neben den mehr grundbedürfnisorientierten Vorhaben der sozialen Infrastruktur vor allem auch Infrastrukturprojekte die Voraussetzungen für wirtschaftliches und damit letztlich auch soziales Wachstum schaffen. Das Spektrum der Förderung von Projekten der wirtschaftlichen Infrastruktur reicht von Straßenbau, Verkehrsbetrieben, öffentlichen Verkehrssystemen über Häfen, Flughäfen, Märkten, *Industrial Estates* und Energieprojekten bis hin zum Fernmeldewesen. Städtisch sind diese Projekte häufig durch ihre spezifischen Standortanforderungen bzw. durch den städtischen Charakter der zu unterstützenden Wirtschaftsaktivitäten.

Für diese Projekte sind die Zielgruppenbezüge und damit auch die Partizipationsmöglichkeiten nur abstrakt gegeben. Sie setzen in der Regel professionelle, spezialisierte Institutionen voraus, um nachhaltig erfolgreich sein zu können. Allerdings sind aufgrund der besonderen sozio-kulturellen und politischen Verhältnisse viele Projektträger in Entwicklungsländern heute nicht in der Lage ihre Aufgaben adäquat wahrzunehmen. Häufig werden ihre Dienstleistungen aus politischen Gründen zu billig angeboten. Keine leistungsbezogene Bezahlung, eine über den Staat gesicherte Haushaltsführung sowie die 'politische' Besetzung des Managements führen oft zu einer mangelhaften Verankerung des ökonomischen Kalküls in diesen Institutionen. Als Folge sind sie auch kaum in der Lage, fachliche Kompetenzen dauerhaft zu halten und damit auch einen auf nachhaltige Nutzung ausgerichteten Umgang mit den vorhandenen

Die Förderung von Projekten der sozialen Infrastruktur durch die KfW im Überblick

Wohnungsbau und Siedlungswesen

Bislang wurden 44 Projekte in den Bereichen Einfachwohnungsbau, Stadtteilentwicklung, Slumsanierung sowie Site and Service Schemes mit einem Finanzierungsvolumen in Höhe von 1,15 Mrd DM in Afrika, Asien und Lateinamerika gefördert. Bis auf einige wenige Ausnahmen (Einfachwohnungsbau auf dem Lande) handelte es sich in der Regel um städtische Projekte.

Trinkwasserversorgung

Mit 288 Projekten und einem Finanzierungsvolumen von 3,34 Mrd DM bildet die Trinkwasserversorgung einen der Förderschwerpunkte innerhalb der sozialen Infrastruktur. Circa 50 % der Projekte beziehen sich auf städtische Zentralversorgungssysteme unterschiedlichster Größenordnungen.

Abwasser und Müllentsorgung

Als Abwasserprojekte wurden bislang 4 Maßnahmen mit einem Finanzvolumen von insgesamt 73,05 Mio DM gefördert. Bei der Müllentsorgung gibt es 6 Projekte (39,1 Mio DM) in städtischen Bereichen. Eine Vielzahl von Aktivitäten sowohl im Sanitärbereich als auch bei der Abwasser- und Müllentsorgung werden als Teilkomponenten im Rahmen von Wasserversorgungsprojekten mitfinanziert.

Gesundheitswesen

Im Gesundheitswesen sind 45 Projekte mit einem Zusagevolumen von insgesamt ca. 600 Mio DM gefördert worden. Bei ca. 1/3 dieser Projekte handelt es sich um die Rehabilitierung, Ausrüstung, Neubau oder Erweiterung von Krankenhäusern, die in der Regel städtische Standorte aufweisen. Ein weiteres Drittel der Programme bezieht sich auf integrierte Ansätze, bei denen auch städtische Standorte für einen Teil der Maßnahmen vorkommen (z.B. Distriktkrankenhäuser).

Bildung

Mit nur 12 expliziten Fördermaßnahmen nimmt der Bildungssektor (Finanzierungsvolumen 194 Mio DM) eine eher bescheidene Position im Spektrum der Förderungsaktivitäten der Bank ein. Die Projekte umfassen die Förderung von Universitäten (z.B. durch Laborausrüstung), Ausbau und Ausrüstungsprogramme im Grundschulbereich sowie der gewerblichen Berufsbildung. Eine Differenzierung nach städt. und ländl. Regionen erscheint hier schwer möglich. Es ist jedoch insgesamt von einer mehr städtischen Orientierung der Fördermaßnahmen auszugehen.

Installationen durchzusetzen. Hier liegt eine der Ursachen, warum in der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit von einer zunehmenden Anzahl von Rehabilitierungsprojekten auszugehen ist.

Neben Problemen der Wartung und Unterhaltung, sowie der betriebswirtschaftlichen Problematik (Kostendeckung) sind es auch hier die auf die entwicklungspolitisch relevante Nachfrage bezogenen, häufig viel zu hoch einzuschätzenden Ausbaustandards vieler Projektträger, welche die Probleme verursachen. Infolge der weiter oben angesprochenen Subventionsmentalität vieler öffentlicher Projektträger werden Investitionsentscheidun-

gen oft mehr unter den Gesichtspunkten von Prestige und persönlicher Wertbarkeit als unter dem der Rentabilität beurteilt. 'Affordability' sollte deshalb mehr noch als bisher ein Kriterium nicht nur für Zielgruppen, sondern auch für Projektträger werden.

Vorhaben der wirtschaftlichen Infrastruktur werden zwar primär aufgrund der Nachfrage instrumenteller Zielgruppen (z.B. Wirtschaftsunternehmen) gefördert, jedoch ist bei vielen Maßnahmen gleichzeitig auch eine direkte Nachfrage der Bevölkerung gegeben. Die Bereitstellung von Strom z.B. dient entwicklungspolitisch primär der Förderung der Wirtschaft, jedoch ist nicht zu verkennen, daß auch die

städt. Bevölkerung einen bedeutenden Nachfragefaktor bildet. Hier ist im Einzelfall zu entscheiden unter, welchen Gesichtspunkten ein Projekt als entwicklungspolitisch noch förderungswürdig einzustufen ist.

Investitionen in diesem Bereich sind u.a. auch deshalb sehr sensibel bzw. weitreichend in ihren Auswirkungen, als daß es sich hier in der Regel um sogenannte infrastrukturelle Leitinvestitionen handelt. D.h. mit der Anlage eines Hafens, dem Ausbau einer Straße, dem Standort einer Markthalle werden zukünftige wirtschaftliche Entwicklungen festgeschrieben. Es sind aber nicht nur die Standortentscheidungen selbst, sondern auch die ökonomische Dimensionen eines Projektes die fatale Fehlentwicklungen nach sich ziehen können. Die Bereitstellung von zu billigem d.h. subventionierten Strom kann Industriestrukturen hervorbringen, die volkswirtschaftlich unrentabel sind und die ohne Subventionierung nicht lebensfähig wären (z.B. Aluminiumindustrie). Die Kumulation derartiger Strukturen bildet eines der Ursachen der Verschuldungsproblematik in vielen Entwicklungsländern.

Wirtschaftliche Sinnhaftigkeit, und soziale Ausgewogenheit bilden für viele Projektträger in der Dritten Welt Optionen, um einen Beitrag zur nachhaltigen Bewirtschaftung knapper öffentlicher Ressourcen zu leisten. In diesem Sinne muß Entwicklungszusammenarbeit dazu beitragen, die Städte der Dritten Welt zu sozial ökonomisch und ökologisch attraktiven Zentren zu entwickeln, die dann auch in der Lage wären der Gefahr von drohenden Fehlentwicklungen entgegenzuwirken und einen positiven Beitrag zur Entwicklung ihrer Länder zu leisten.

Buchbesprechungen

Book Reviews

Gesellschaft, Politik, Verwaltung, Planung

Hans F. Illy, Klaus Schimitzeck, Hrsg.; Entwicklung durch Dezentralisierung? Studien zur Kommunal- und Regionalverwaltung in der Dritten Welt; München (Minerva Publikation) 1986 (Beiträge zur Kommunalwissenschaft Nr. 24) ISBN 3-597-10585-8; 441 S.; Bibliographie; DM 59,-

Der Band vereinigt neben einem Überblick über die „Strukturellen Defizite der Kommunalverwaltungen in der Dritten Welt“ von Mitherausgeber Klaus Schimitzeck, der im wesentlichen auf Literatur und hier vor allem auf die Arbeiten von Dennis Rondinelli und seine Schule zur Dezentralisierung rekurriert, mehrere Magisterarbeiten der Speyerer Hochschule für Verwaltungswissenschaften. Diese befassen sich - im ersten Teil des Bandes - mit Querschnittsthemen wie „Klein- und Mittelstädte in der nationalen Entwicklung“, „Stadtverwaltung und Selbstorganisation armer Bevölkerungsschichten“, „Agrarberatungssysteme in Entwicklungsländern“ und „Entwicklungskooperation als interkulturelle Kommunikation“, wobei allenfalls der letztgenannte Beitrag über eine respektvolle Rekapitulation von Literatur hinausgeht.

Der zweite Teil mit Analysen der lokal-administrativen Strukturen in Ländern wie Nigeria, Bangladesch und Sri Lanka macht das Buch erwähnens- und (angesichts des Preises ggf. über Fernleihe) bestellenswert. Bangladesch und Sri Lanka werden im Lichte gewisser Autoritäten - neben Rondinelli vor allem Riggs und Uphoff/Esman - betrachtet, so daß bei allem Reichtum an Informationen eine etwas ,stromlinienförmig widerspruchsfreie Darstellung herauskommt. Demgegenüber faßt Fatai K. Salau in dem Essay „Dezentralisierung in Afrika: Der Fall Nigeria“ recht spezifische Literatur über die politische Entwicklung Nigerias, die sonst nur schwer aufzuspüren ist, zusammen und verbindet sie so mit Gesetzestexten und Äußerungen wesentlicher Persönlichkeiten, daß ein plausibles Bild der Entwicklung der lokalen Verwaltungsstrukturen und der im Hintergrund wirkenden Kräfte entsteht. Ein wichtiger Beitrag, der nicht nur aus der Reihe der Beiträge dieses Bandes, sondern aus der Fülle der Literatur dieses Bereiches der Politologie herausgehoben zu werden verdient. (J.Oe)

Hans F. Illy, Eugen Kaiser, Klaus Schimitzeck; „Lokale Verwaltungsinstitutionen und Selbsthilfemaßnahmen in Entwicklungsländern: Problemaufriß, Fallstudien, Ansatzpunkte für die entwicklungspoliti-

sche Förderung; München, Köln, London (Weltforum Verlag) 1988; ISBN 3-8039-0366-1; Forschungsberichte des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Band 90; 165 S.; Bibliographie 7 S.; DM 19,80

Es handelt sich hier um den Ergebnisbericht eines Forschungsvorhabens des BMZ. Derartige Auftragsforschungen dienen dem Ministerium dazu, Hilfen für seine Entscheidungs- und Vollzugspraxis zu erhalten. In diesem Falle war die Fragestellung insofern grundsätzlicher als üblich, weil nach einer möglichen Differenzierung bzw. Ausweitung des eingefahrenen ministeriellen Handlungsrahmens gefragt war. Im Ministerium hat sich offensichtlich die Erkenntnis gebildet, daß die üblichen Routinen, die aus bilaterale Beziehungen von Regierung zu Regierung bestehen, den direkten Zugang, die direkte Unterstützung von lokalen Verwaltungsinstitutionen und Selbsthilfegruppen allzu sehr einschränken. Hinter der Frage, auf welche Weise und in welchem Umfang lokale Institutionen entwicklungspolitisch wirken und deshalb förderungswürdig sind, steckte folglich die zweite Frage, ob und wie staatlichen Mittel der Entwicklungszusammenarbeit diese Ebene möglichst verlustfrei erreichen können.

Zu dieser zweiten, letztlich wichtigeren Ebene sagen die Autoren leider nichts. Sie belassen es dabei, das Potential lokaler Institutionen durch das Zitieren international anerkannter Autoritäten in lokaler Verwaltung und Beteiligung der Bevölkerung zu erörtern.

Bereits zu Beginn des Forschungsvorhabens hatte der Auftraggeber den zunächst beabsichtigten, in kultureller und geographischer Hinsicht weitgespannten Ansatz als Vergleich zwischen Ruanda und Nepal, Philippinen und Brasilien reduziert. Es blieben Ruanda und die Philippinen, Ohne etwas Drittes, ohne eine Bezugsquelle wirken diese Fälle einigermaßen isoliert. Dazu setzt die zunächst vielversprechende Verfahrensweise der Autoren, für die Datenerhebung einheimische Wissenschaftler einzusetzen, die Vergleichbarkeit und auch die Unmittelbarkeit der Darstellung herab. Das ihnen vorgegebene Frageraster nahmen die einheimischen Wissenschaftler auf. Anschließend komprimierten die Autoren diese Ergebnisse zu einem etwas abstrakten Schema.

Da die Autoren zu ehrlich oder zu zaghaft waren, um diese Ergebnisse in direkten Bezug zu den Postulaten oder Thesen ihrer einleitenden Literaturauswertung zu bringen, oder eigene, vielleicht riskante Schlüsse zu ziehen, bleiben die abschließenden Empfehlungen vorsichtig distanziert. Im Grunde gehen sie nicht über die im Ministerium mehrheitlich verbreitete Zurückhaltung hinsichtlich einer eventuellen Förderung lokaler Institutionen hinaus. Jene Mitarbeiter des BMZ, die gehofft hatten, ein Plädoyer für ein verstärktes Engagement ihres Hauses zur direkten Förderung lokaler Gruppen zu erhalten oder gar Rezepte dafür, wie ein solches Engagement zu realisieren wäre, müssen auf entsprechende Ideen und Vorschläge weiterhin warten. Immerhin ist der Band preiswert und bringt abgesehen davon, daß er in die Diskussion Verwaltungsdezentralisierung/Stärkung von Basisgruppen einführt, authentische Informationen über lokalpolitische Strukturen auf den Philippinen und in Ruanda. (Jürgen Oestereich)

Diaw, Kofi, Schmidt-Kallert, Einhard; Effects of Volta Lake Resettlement in Ghana: A Re-appraisal after 25 Years; Institut für Afrika-Kunde, Hamburg 1990; ISBN 3-923519-91-5; 221 S., 19 Abb., 16 Tab., Fotos, Bibliogr. 7 S., Anhang 55 S.; DM 30,-

Der Stausee am Volta war das größte Entwicklungsprojekt Ghanas und eines der größten in Afrika überhaupt, das in den technologiegläubigen 60er Jahren, den ersten Jahren nach der Entlassung der ehemaligen Kolonien in die Selbstständigkeit und des Beginns der Entwicklungspolitik durchgeführt wurde. Neben der Energieerzeugung in Zusammenhang mit dem Aufbau einer Aluminiumproduktion war eine großflächig moderne, natürlich mechanisierte Landwirtschaft mit Bewässerung, der Aufbau einer Fisch- und einer Tourismusindustrie und überhaupt die Überwindung der als rückständig angesehenen traditionellen Lebensformen angestrebt. Heute ist klar, daß viele dieser Ziele nicht oder nur eingeschränkt erreicht wurden, mehr noch, weder erreicht werden können noch sollten.

Der vorliegende Bericht ist die Situationsbeschreibung in einem Teil des Projektgebietes am Westufer des Stausees. Ohne eine „Evaluierung“ im Sinne einer möglichst weit quantifizierten Erfolgsmessung sein zu wollen, befaßt er sich mit den psychologischen und sozialen, also qualitativen „Kosten“ der Umsiedlungsmaßnahmen, die seinerzeit mit großen Versprechungen propagiert worden waren und auf die die Umsiedler selbst große Hoffnungen gesetzt hatten.

Das Fazit der Autoren ist desillusionierend, für die Planer allgemein und für uns Raumplaner im besonderen, wenn auch die Planungsfehler durch eine paternalistische bis autoritäre Durchführungspraxis verstärkt worden sind: Der Sozialkörper der umgesiedelten Gruppen ist zerstört und damit auch die psychische Konstitution der Einwohner geschädigt. Stammesrivalitäten, die durch Vermischung überwunden werden sollten, wurden eher noch akzentuiert. Die Siedlungsanlagen erwiesen sich als bei weitem nicht so angemessen und gebrauchstüchtig wie anfangs behauptet. Vor allem aber war offensichtlich das ökologische System falsch eingeschätzt worden. Die Studie konstatiert nur, daß und wie sich Landwirtschaft und Fischfang nicht entwickelten, - den Gründen hierfür und den massiven Fehlanschätzungen bei den großtechnischen Anlagen müßten fachlich entsprechend qualifizierte Missionen nachgehen.

Die Studie zeigt die Brauchbarkeit regionalplanerischer Methoden im Zusammenhang mit Soziologie und oral history für Ex-Post-Analysen, reflektiert aber nicht, wieso dieselben Methoden in den Ex-Ante-Analysen zu den nunmehr konstatierten Fehlanschätzungen geführt haben. Die Entscheidungsstrukturen der Beteiligten werden eher flüchtig betrachtet. Wäre denn wirklich alles besser gelaufen, wenn man von Anfang an den heute sakrosankten „partizipativen Planungsansatz“ benutzt hätte? Erwarten die umgesiedelten Dörfer und Städtchen immer noch alles von den Behörden oder haben sie nicht doch schon in Überlebensnischen eingerichtet? Beispielsweise hätte der Leser gerne ausführlicher analysiert gesehen, warum ausgerechnet die entlegendste der untersuchten Siedlungen Dynamik entfaltet und wie sich der unorganisierte Fischfang entwickelt. Wäre mittels Community Development eine Umwandlung des sich gegenseitig Blockierens der ethnischen Gruppen in ein arbeitsteiliges Verhalten möglich?

Könnte der See intensiver als Transportweg oder überhaupt nutzbar gemacht werden? Mit anderen Worten, auch Behörden hätten Initiative und Innovationsfreudigkeit entfalten dürfen.

Es wäre nicht das schlechteste Resultat einer solchen Studie, wenn sie über das Bilanzieren im vorgegebenen Rahmen hinaus die Akteure auf einen umfassenderen Möglichkeitshorizont verwies, ist doch Entwicklung zuvörderst eine Sache der Köpfe und erst danach eine der Hände und der Maschinen. (Jürgen Oestereich)

Jürgen Rüländ; Politik und Verwaltung in Metro-Manila: Aspekte der Herrschaftsstabilisierung in einem autoritären politischen System; München, Köln, London (Weltforum-Verlag) 1982; ISBN 3-8039-0199-5; Reihe Materialien zur Entwicklung und Politik des Arnold-Bergsträsser-Instituts, Freiburg, Nr. 21; 240 S. Text, 40 S. Anmerkungen, 40 S. Anhang u. Literatur, 3 S. englische Zusammenfassung; Preis DM 49,-

Der Chicagoer Anthropologe und Soziologe Clifford Geertz empfahl fremden Sozialsystemen gegenüber die Methode der „thick description“, also die der übervollen, redundanten Beschreibung, um auf diese Weise das subjektive Element, das durch Beobachtungsausschnitt, Methodenauswahl, Stilisierung bei der Wiedergabe usw. zwangsläufig entsteht, nach Möglichkeit zu reduzieren. Mit dieser Studie liegt das Beispiel für eine solche „dichte Beschreibung“ vor.

Aus einer Fülle ökonomischer, demographischer und vor allem polit-struktureller Informationen entsteht auch für den nicht mit Manila vertrauten Leser ein differenziertes Bild der lokalpolitischen Szene. Schwerpunkte der Analyse sind zum einen die Ebene der Quartierseinheiten „Barangay“ und zum anderen die Einbettung der öffentlichen Dienstleistungen in die Macht- und Verteilungsmechanismen auf den nächsten Hierarchiestufen bis zur Ebene von Bürgermeister und Gouverneur.

Die Marcos-Ära mit Ismelda Marcos auf diesem Posten als metropolitane Statthalterin des Präsidenten war Manila ein Musterfall eines autoritären Systems. Insoweit die Feststellungen grundlegend sind, scheinen sie nach dem, was man hört, auch für die Nach-Marcos-Zeit gültig zu sein. Deshalb ist der Band trotz der Zeit, die seit der Untersuchung vergangen ist, weiterhin lesenswert, und zwar nicht nur für Interessierte an den soziopolitischen Zuständen auf den Philippinen und in anderen Ländern Südostasiens, sondern auch für solche an politologischen und administrativen Fragen allgemein. Stadt- und Regionalplaner sollten dazu als erste gehören. (J.Oe)

Sachs, Céline; Sao Paulo: politiques publiques et habitat populaire; Editions de la Maison des Sciences de l'Homme, Paris 1990; ISBN 2-7351-0385-4; 215 S., 17 Tab., Diagramme und Fotos, 29 S. Bibliographie; 190 FF

Für viele Metropolen des Südens wie Mexico-City, Lima, Nairobi, Colombo, indische und indonesische Städte liegen Untersuchungen über Teilbereiche ihrer Wohnungsproblematik vor, oft in unterschiedlichen Ausschnitten, mit wechselnden Schwerpunkten und für sukzessive Perioden. Dieses Werk über Sao Paulo faßt ei-

nen weiten Bereich des Wohnungsproblems der Metropole in einer schlüssigen Synthese zusammen und dürfte deshalb für die kommenden Jahre gültig sein. Für Sao Paulos Stadtforscher wird französisch in Zukunft eine nützliche bis unerläßliche Sprache sein.

Zunächst gibt die Autorin einen Überblick über die allgemeinen Rahmenbedingungen wirtschaftlicher und sozio-politischer Art seit 1920, wie sie in Brasilien im allgemeinen und in Sao Paulo im besonderen herrschten. Entscheidend ist der Sprung, mit welchem die brasilianische Gesellschaft in den Jahren von 1960 bis 1980 von einer agrarischen zu einer verstäderten Gesellschaft mutiert. Erst damit bilden sich die heute herrschenden, gewaltigen Unterschiede in Einkommen und Lebensqualität heraus. Auf diesem Hintergrund erscheinen die Wohnverhältnisse als ein sehr eindrucksvoller und eine gewisse Eigendynamik entfaltender Komplex von Symptomen.

Im zweiten Teil des Werkes analysiert die Autorin den gesamtstaatlichen Rahmen, innerhalb dessen die jeweiligen Herrschaftsgruppen immerhin versuchen, zumindestens diese Symptome der Ungleichheit zu kanalisieren. Dabei ist besonders spannend, die Einflüsse der miteinander streitenden Ideologien - Plan- versus Markt im Wirtschafts- und Massenwohnungsbau versus Selbsthilfe im Wohnungswesen - auf die sich herausbildenden Instrumente und, in der Folge, auf die realen Prozesse zu beobachten.

Vom umfassenden ins Einzelne gehend arbeitet Sachs dann im dritten Teil ihrer Studie am Verlauf einiger Fallbeispiele die Auswirkungen der Instrumente und Leitideen vor Ort heraus und belegt, wie deren Gebrauch durch immanente organisatorische und verfahrenstechnische Mängel und durch mentale, psychologische und personenbezogene Faktoren ihrerseits beeinflußt, modifiziert und neutralisiert werden.

Die Schlußfolgerungen bestehen denn auch in der Forderung nach Neuerungen bei den Problemlösungen, Erfindungen und Veränderungen, die nur im Zusammenspiel von betroffener Bevölkerung und Behörden eingeführt werden können. Unter dem Eindruck der sich abzeichnenden zukünftigen Probleme von Wohnen und Wohnumwelt in Sao Paulo scheint der Autorin sogar ein größerer Grad an Partizipation, d.h. die freiwillige Aufgabe von Machtpositionen in Politik und Verwaltung denkbar.

Der Band ist in bemerkenswert klarem Französisch, unter dem angelsächsischen Ideal der Allgemeinverständlichkeit geschrieben. Seine Lektüre sei auch jenen potentiell interessierten Lesern - Planern und Politologen - dringend ans Herz gelegt, die sich ohne Lexikon eine Lektüre nicht zumuten würden. (Jürgen Oestereich)

Hardoy, Jorge E./Cairncross, Sandy/Satterthwaite, David, eds.; The Poor Die Young: Housing and Health in Third World Cities; London, Earthscan Publications Ltd. 1990; ISBN 1-85383-019-4; 289 S., Bibliographie 4 S., Index S.; Preis £ 9.95

Einen gelernten Architekten, Planer oder Kommunalverwalter wird die lässige Sprachregelung unter den Autoren des Bandes stören, daß nämlich Wohnen und Wohnumwelt, besonders die städtische, krank machen. Machen Schuhe au-

tomatisch verkrümmte Füßen oder: ist das Leben nicht allemal lebensgefährlich und führt unweigerlich zum Tode? Die These des Bandes, etwas genauer formuliert, lautet: Bestimmte Wohnverhältnisse, und zwar besonders in den Armenvierteln der großen Städte des Südens, führen zu frühzeitiger Krankheit, geringeren Gesundheitsschancen, unnötiger Kindersterblichkeit usw.

Aus dieser Erkenntnis hat sich eine Arbeitsgruppe in der Weltgesundheitsorganisation WHO gebildet, die mittels eines internationalen Städteverbandes „Healthy Cities“ eine erhöhte Bereitschaft auf kommunaler Ebene wecken will, die spezifisch städtischen Gesundheitsbeeinträchtigungen durch enges und ärmliches Zusammenwohnen zu bekämpfen. Auf „healthy cities“ wird in diesem Band an mehreren Stellen hingewiesen; irgendwie haben die beiden miteinander zu tun.

Zwar sind die Gesundheitsbeeinträchtigungen auf dem Lande nicht unbedingt geringer als in den Städten, wie die fortdauernde Landflucht ja beweist, und viele Gesundheitsgefahren in der Stadt und auf dem Lande sind selbst eher Folge und Symptom von Gesellschaftsformen, welche mit ihrer Umwelt nicht angemessen umgehen und deren Ressourcen allzu ungleich verteilen. Im Buch aber wird dies, obwohl es im Titel so klar zum Ausdruck kommt, nicht reflektiert: The POOR die young. Können die Armen und Benachteiligten bleiben, was sie sind, und dennoch gesunder und also länger leben oder muß erst ihre Benachteiligung aufgehoben werden?

Das Eingangs- und die beiden Abschlußkapitel der Herausgeber behandeln die gegenwärtigen und zu erwartenden gesellschaftlichen und strukturellen Rahmenbedingungen in den Metropolen des Südens zusammenfassend global als unvermeidliche Entwicklung hin zu einer Art Stadt-Land-Kultur in allgemeiner Armut, wie sie es bereits in dem Vorgängerband im gleichen Verlag, in „Squatter Citizen: Life in the Urban Third World“ getan haben. Das ist auf dieser hochaggregierten Ebene wohl auch richtig. Nur blendet man damit die wichtigere Frage aus, ob, wie und zu welchem Ende die Menschen in dieser Situation kreativ, d.h. lokalspezifisch reagieren, um die Ressourcen besser zu beherrschen und vielleicht egalitärer zu verteilen.

Von den neun Beiträgen verschiedener Autoren, die von diesen Aufsätzen eingerahmt werden, deuten die drei ersten - Fallstudien über Armenviertel in Buenos Aires, Lagos und Ahalla-bad - diese spezifischen Reaktionen bereits an. Wir haben von ihnen das 3. Kapitel über ein Slumgebiet in Lagos auf den Seiten 25-27 dieses Heftes auszugsweise abgedruckt. Die Fähigkeit zur innovativen, situationsspezifischen Problemlösung zeigen auch einige der technischen Beiträge, welche sektorspezifischen Problemlösungen und Erfahrungen gewidmet sind, der Wasserversorgung und -entsorgung, der Oberflächenentwässerung, der Abfallentsorgung, der Kontrolle trägergebundener Krankheiten (mit dem irreführenden Stichwort „housing design“ im Titel) und der medizinische Notversorgung. Diese Beiträge fassen den Stand der Kenntnisse in ihrem Themenbereich recht kompetent zusammen, wobei die Seiten über Entwässerung und die beiden letzterwähnten Kapitel besonders erwähnenswert erscheinen.

Neben ausführlichen Anmerkungen zu den einzelnen Kapiteln sind auf vier engbedruckten Seiten essentielle Bibliographien der jeweiligen Fachgebiete untergebracht. Am Schluß des Bandes findet sich ein nützlicher Index. Alles in allem wieder ein brauchbares Buch aus der Earthscan-Reihe!
(J.Oe)

Vautrin, Jak; Villes Africaines: Anarchie et raison d'une architecture; Editions l'Harmattan & DSE; Paris & Berlin; ISBN 2-7384-0141-4; 219 S.; zu beziehen über: DSE (Zentralstelle Wirtschaft und Soziologie), Reihewerder, D 1000 Berlin 27

Jak Vautrin ist der Gründer der schon fast legendären ADAUA, Acronym für das, was man auf deutsch mit „Vereinigung für die Entwicklung von afrikanischer Architektur und Stadtplanung“ bezeichnen kann. ADAUA ist in Ouagadougou, Burkina Faso, zu Hause und übt seit etwa 1970 mit ihren Projekten und Veröffentlichungen einen beträchtlichen Einfluß auf die Fachdiskussionen über angepaßtes Bauen im frankophonen Afrika aus.

Anfang der 80er Jahre zog sich Jak von ADAUA zurück und gründete in Genf MIRHAS, die „Internationale Bewegung für Wohnungswesen für die sozial Schwachen“. Das vorliegende Buch könnte erklären helfen, warum MIRHAS zum Scheitern verurteilt war: Mit Einführung in soziale Zusammenhänge und mit Begeisterungsfähigkeit für innovative Problemlösungen, gleichzeitig aber mit einem Hang zur schöpferischen Anarchie ohne systematische Analyse und methodischen Synthese, also mit gutem Willen und aus dem Stand läßt sich das Feld Siedlungswesen leider doch nicht bearbeiten.

So ist denn das Buch eine eher verwirrende Folge von Erlebnissen und Erfahrungen des Autors wie z.B. eine Woodoo-Sitzung vor 20 Jahren, wie die Preisverleihung des Aga Khan Architectural Award an den Maurermeister einer Moschee in traditioneller Lehmbauweise in Niono, Republik Niger, vor wenigen Jahren, wie der Erfolg bei der Einführung des Gewölbebaus mit stabilisierten Lehmziegeln in Burkina Faso und das Scheitern bei der Einführung der Gipsbauweise in Mauretanien. Ausführlich bringt der Autor das Rezept für hochfeste Lehmsteine aus Zaire, unverdient oberflächlich beschreibt er die von ADAUA-Mitarbeiter Carola für das Krankenhaus in Kaedi, Mauretanien konzipierte Gewölbebauweise. Der Leser, der hier oder da mehr wissen möchte, wird allein gelassen: weiterführende bibliographische Hinweise fehlen.

Gelegentlich äußert der Autor - oft unvermittelt und immer apodiktisch, aber selten wirklich kontrovers - Urteile über die Weltbank (negativ), über die deutsche Entwicklungshilfe (positiv) oder kommt zu Feststellungen wie der folgenden: „Ob sie wollen oder nicht, machen die Kolonialisten den Entwicklungshelfern, diese den ausländischen Experten und die schließlich den einheimischen Architekten Platz. Und meine kleine Freundin neckt mich: Sie fände es hübsch, wenn Architekten aus Kamerun, der Elfenbeinküste oder Mali die Elendsquartiere von Marseille oder Amsterdam sanieren und umbauen würden. Nicht ausgeschlossen, daß dann Berlin, Frankfurt, Genf oder Den Haag etwas mehr wie Lomé, Bobo Dialasso oder Dakar aussähen und man sich dann dort weniger langweilen würde, besonders sonntags.“

Zu empfehlen für Leute, die hinreichend französisch sprechen können, um die Sprachspiele und provokant flapsigen Bemerkungen goutieren zu können. Für diese dann, wie der Waschzettel selbst am Ende empfiehlt, „während der Siesta zu lesen“.
(J.Oe)

Henning Melber, Hrsg.; Katutura: Alltag im Ghetto; edition südliches afrika Nr. 24; Bonn 1988; ISBN 3-921614-26-0; 190 S., Bibliographie, Anhang; Preis DM 17,80

Katutura ist der Name des einen der beiden großen, für Afrikaner reservierten Wohnbezirke Windhuks in Namibia. Er entstand 1959, um die Bewohner einer stadtnahen traditionellen Wohnsiedlung, welche die Polizei entgegen den amtlichen Zusagen abgeräumt hatte, unterzubringen. Insgesamt stellt der Bezirk mit 60 000 E. die größte Bevölkerungskonzentration Namibias - und das nicht nur von Schwarzen. In sich ist er nach Gesichtspunkten polizeilicher Kontrolle - vor allem, indem die Ethnien auseinanderdividiert wurden - gegliedert.

Einige Beiträge des Bandes mit durchaus literarischem Anspruch rufen die Erinnerung an Zwangsumsiedlung und Lageratmosphäre unter der Apartheid und deren pathologischen Auswirkung auf das tägliche Leben der Bewohner wach. Der Beitrag „Bestandsaufnahme“, unternommen für die katholische Kirche, umreißt mittels Kurzprofilen von Personen und Situationen, etwas zu pauschal mit etwas spärlichen Erhebungsdaten abgesichert, die Lebensbereiche Wirtschaft und Arbeitslosigkeit, Gemeinschaftsorganisationen, Rechtsberatung, Sozialfürsorge, Frauenfragen, Erziehung, Gesundheit usw. den allgemeinen Zustand der Siedlung kurz vor der Unabhängigkeit. „Das Leben der Leute in Katutura,“ stellt die Sekretärin der Namibia Womens' Voice darin fest, „entspricht immer noch einem Durchgangslager für Gefangene, die auf ihre Überführung zu einem unbekanntem Ort warten.“

Fast alle ehemaligen Kolonialgebiete, vor allem die anglophonen afrikanischen Länder, kennen ähnliche Ghettos. In aller Regel bestehen diese nach der Unabhängigkeit weiter fort. Die Segregationskriterien sind dann ökonomische. Insofern steht zu vermuten, daß nach der Unabhängigkeit Namibias das Ghettoproblem für Katutura weder erledigt ist noch einfach zu überwinden sein wird.

Das Buch ist wegen seines Verzichtes auf professionelle Distanz, also wegen der persönlichen Betroffenheit, mit der die meisten Beiträge geschrieben wurden, eine Abwechslung in der gelegentlich trockenen Steppe der Beschreibungsliteratur von Segregation und Ungleichheit. Dies Engagement sollte in einem unabhängigen Namibia wirksam bleiben.
(CH)

Reinhart J. Skinner, John L. Taylor, Emiel A. Wegelin, eds.; Shelter Upgrading for the Urban Poor: Evaluation of Third World Experience; Manila (Island Publishing House Inc., Sta.Mesa, P.O.Box 406, Manila 1008, Philippines); 1989; ISBN 1-971-1007-12-6; 216 S.; Preis auf Anfrage

Es ist logisch, geradezu tautologisch, ökonomische Operationen an Kosten-Nutzen-Relationen zu messen. In unserer ökonomistischen Grundhaltung sind wir versucht, diesen Gradmesser auch bei sozialen Eingriffen - im Strafvollzug etwa - anzuwenden. Um so näher liegt dies bei umfa-

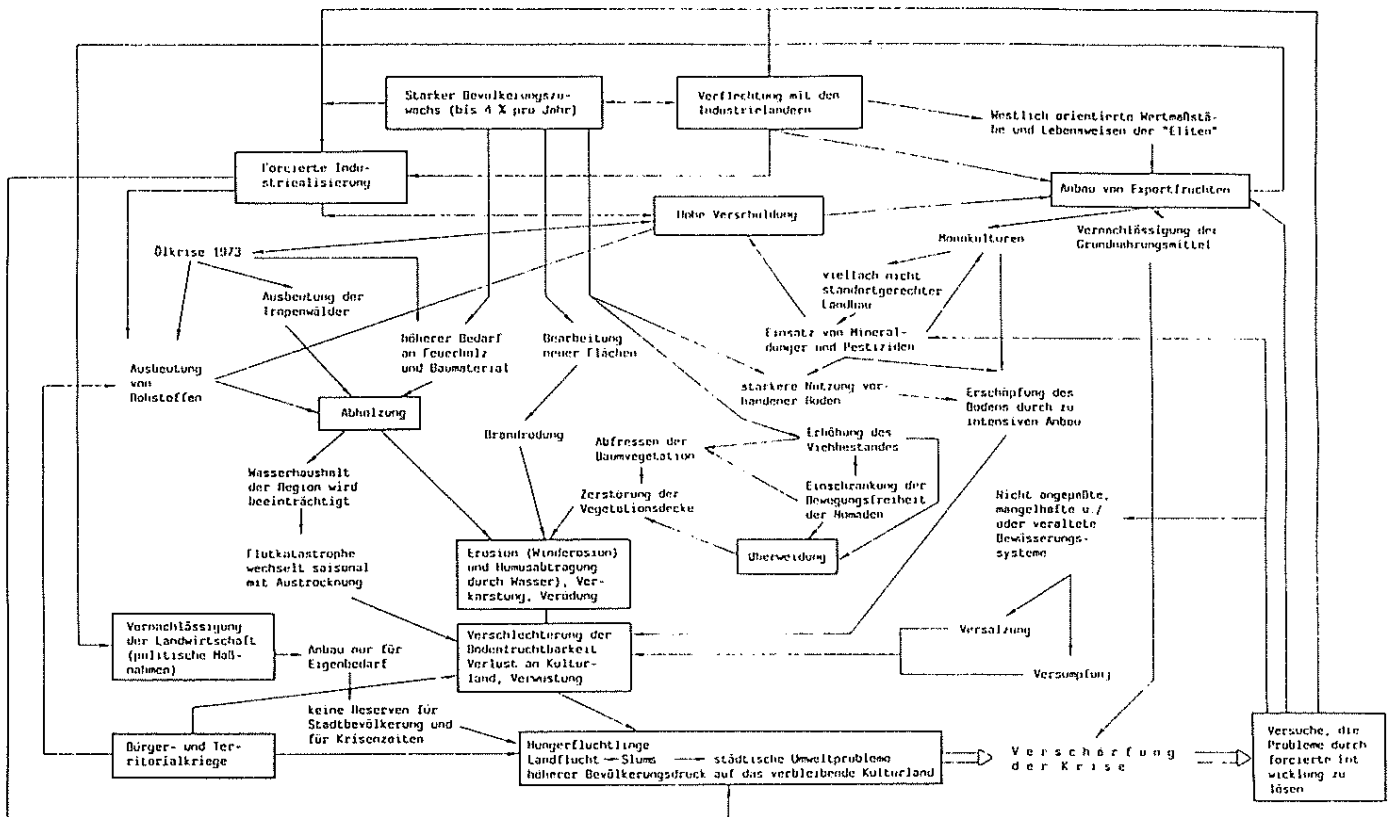
senden sozialtechnischen Interventionen, in denen ökonomische Komponenten von Anfang an enthalten sind. Die Entwicklungspolitik ist dafür ein Beispiel.

Hier haben die Experten früh die krude Anwendung von Kosten-Nutzen-Kalkülen, etwa in Projekten der Weltbank, kritisiert. Andere Entwicklungsinstitutionen, die von Haus aus etwas weniger fiskalisch dachten, hatten von Anfang an Vorbehalte gegen derartige Kalküle. Da sie dennoch unter Rechtfertigungsdruck standen, wurde ein komplexes Instrumentarium der Beurteilung entwickelt, bzw. stilisiert, die „Evaluierung“, h.h. eine nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Erfolgskontrolle und Wirkungsabschätzung.

Die Weltbank trägt, indem sie Evaluierungen ihrer Projekte mehr oder weniger umfassend veröffentlicht, gezielt dazu bei, daß einerseits sie und andere entwicklungspolitische Institutionen „aus Fehlern lernen“ (wie ein Bändchen der Weltbank heißt), andererseits sich die methodisch reflektierte sozialtechnische Wirkungsabschätzung insgesamt verbessert.

Das vorliegende Buch stellt Kurzfassungen von Evaluierungen einer Reihe mehr oder weniger bekannter Experten und Wissenschaftler zusammen, von denen einige entweder im Auftrag der Weltbank oder anderer Projektträger, andere im Rahmen der Wissenschaft, etwa als Universitätslehrer, tätig waren, und zwar auf dem engen, wegen seiner sozio-politischen und -ökonomischen Komplexität besonders interessanten Gebiet von Slumsanierung und Wohnungsbau. Mit insgesamt 10 Fällen bietet sich so ein Überblick sowohl über ein Spektrum von Projekten, als auch über die Anwendung des Instrumentes Evaluierung.

Wegen der unterschiedlichen Ansätze der Autoren hält sich jedoch die Vergleichbarkeit einerseits der Methoden und andererseits der Projekte in recht engen Grenzen. Schon die Fallbeispiele sind äußerst heterogen was Größe, Durchführungszeitraum, Ziel und Methoden betrifft: Das Kampung Improvement Programme (KIP) von Djakarta war für 3,3 Millionen Menschen, nämlich fast 70 % der Einwohner der Metropole, und einen Zeitraum von 10 Jahren ausgelegt, das Selbsthilfeprojekt San Judas in Managua umfaßte 48 Familien und lief etwa zwei Jahre. Einige Beiträge sind in Kenntnis anderer Projekte und auf dem Hintergrund umfassender Erfahrung (Djakarta, Manila) und oft nach Mitwirkung der jeweiligen Autoren am evaluierten Projekt entstanden (Kalkutta, Ismailia, Lusaka); andere Autoren zitieren vergleichbare Unternehmungen oder auch nur Berichte darüber, wenn überhaupt, offenbar nur vom Hörensagen aber dennoch abschätzig (Karachi, Managua). Einige Autoren verstehen es, auf dem beschränkten Raum von 30 Seiten und weniger ihr Objekt darzustellen und Überlegungen zum Thema „Evaluierung“ unterzubringen (John Taylor für Djakarta, Richard Martin für Lusaka und am gedrängtesten Angela Heron/Fred Kooyman für Kingston - Beiträge, die zu studieren den Erwerb des Bandes lohnen könnten) andere wie Irene Vance für Managua und Julie Vloria/David Williams für Metro-Manila haben bereits Schwierigkeiten mit der eigenen Projektbeschreibung und decken ihren Untersuchungsgegenstand damit eher zu.



Ursachenzusammenhänge der Umwelterzörung in der Dritten Welt (aus Herkendell/Koch: »Bodenerzörung in den Tropen«, C.H. Beck, München)

Ein zusammenfassender Überblick der drei Herausgeber nimmt diese in ihrer Disparität letztlich wenig vergleichbaren Feststellungen einigermaßen unkritisch auf und nimmt sie zur Grundlage für eine enge und doch unendlich bleibende Definition von „Evaluation“ im Sinne von Erfolgsmessung im Ante-Post-Vergleich und verschonkt so ein spannendes und wichtiges Thema. Den Untertitel „Evaluation of Third World Experience“ möge man nicht wörtlich nehmen. (CH)

Umweltfragen, umweltbezogene Techniken

Herkendell, Josef/Koch, Eckehard; Bodenerzörung in den Tropen; C.H.Beck, München; ISBN 3 406 34028 8; 169 S., 19 Abb./Karten u. 13 Tabellen, Glossar und Bibliographie 15 S.; DM 19,80

Wegen der Bedeutung des Wassers für die menschliche Gesundheit ist sein Kreislauf weitgehend erforscht und im Prinzip auch technisch beherrschbar. Das andere Medium, das Emissionen aufnimmt, speichert und wieder abgibt, ist der Boden. Seine Fähigkeiten zur Aufnahme, Absorption und Transformation von Einträgen sowie sein Verhalten bei der Regeneration ist demgegenüber viel weniger erforscht. Aus dem Zusammenwirken mit der Vegetation ergeben sich verschiedene Niveaus biologischer Tragfähigkeit des Bodens. Systemische Mutationen können Sprünge nach oben oder unten bewirken. So wird der „arme“ Boden des tropischen

Regenwaldes durch das Ökosystem, das er trägt, reicher und durch Agrarnutzung ärmer. Obschon das Gegenteil möglich wäre, ist der globale Trend: Menschliche Eingriffe bewirken eine Verringerung der Tragfähigkeit.

Der vorliegende schmale Band der Beck'schen Reihe bringt knapp und übersichtlich ein weites Spektrum oft entlegener Informationen und Daten über Bodenerzörung in eine Art von Synthese: Weniger die über interne Mechanismen der Verarmung (nicht der Bereicherung) als über die Erscheinungsformen der Bodenerzörung, über die menschlichen Eingriffe, welche diese bewirken, über das Ausmaß, das die Bodenerzörung in verschiedenen Weltgegenden erreicht hat, und schließlich über die Konsequenzen, welche sich daraus auch für die Industrieländer des Nordens ergeben.

Abschließend skizzieren die Autoren einige Gegenstrategien von der „grünen Mauer“, dem Vegetationsgürtel, den China angelegt hat und der dem Vernehmen nach den Trend der fortschreitenden Versteppung des Landes gestoppt haben soll, bis zu einem umweltgerechten Verbraucherkodex in der Bundesrepublik.

Ausführliche Anmerkungen, eine reichhaltige Bibliographie, Adressen von einschlägigen Organisationen und Behörden und ein Glossar erhöhen den Nutzwert dieses preiswerten Bandes. (J.Oe)

Bliss, Frank/Werobl-La Rochelle, Jürgen M.; Angepaßte Technologien aus der Dritten Welt; Beiträge zur Kulturkunde, Band 6, Politischer Arbeitskreis Schulen (PAS e.V.); Bonn 1986; ISBN 3-92186-08-7; 144 S.,

Bibliographie 6 S.; Anschriften zum Thema „Angepaßte Technologien“; DM 12.-

Dieses bescheidene Bändchen verdient aus zwei Gründen auch von einem Publikum außerhalb der avisierten Zielgruppe - Lehrer und Oberstufenschüler - zur Kenntnis genommen zu werden.

Der erste Grund ist, daß es didaktisch hervorragend gearbeitet ist: In einfacher Sprache mit einem kleinen Satz von Beispielen werden die wesentlichen Zusammenhänge in den vier Lebens- und Sachbereichen Wohnen, Landwirtschaft, Bewässerungs- und Gesundheitswesen als Einpassung der jeweiligen Gesellschaften in ihre natürliche Umwelt erklärt. Den Darstellungen ist anzumerken, daß die Autoren intensive Kenntnisse über die Lebensweise in den beschriebenen Umwelten (Sahel, Sahara) verfügen.

Der zweite Grund ist, daß Leute, die nicht auf allen diesen Gebieten gleichermaßen zuhause sind, auf den ihnen fremderen durchaus noch etwas lernen, zumindestens aber Illustrationen finden können, die sie in solcher Einprägsamkeit bisher nicht kannten.

Dem Konzept entspricht, daß die Literaturangaben auf die ausgewählten Fälle beschränkt sind. Sie eröffnen folglich nicht den Zugang zu den jeweiligen Fachgebieten und -diskussionen in deren voller Breite. Stattdessen weisen die Autoren auf Institutionen, die sich mit kultur- oder entwicklungsspezifischer Technologie befassen hin und schließen mit einigen Bemerkungen zur Strategie von Entwicklungshilfe allgemein, um den Stellenwert des Sachgebietes im politischen Handeln allgemein anzudeuten. (CH)

Verstaltungen

Forthcoming Events

20.-22.11.1991, Navapalos, Spanien. VII Internationales Arbeitstreffen - Bauen mit Lehm, Erhaltung Traditioneller Landarchitektur, Alternative Energien. Programm für 1992: Begegnung Zweier Welten - Europa und Lateinamerika. Für weitere Information: Inter-Accion, c/o Ros Rosas, 30 4 dcha. 28003 Madrid. Tel: 91/442 85 42

30.9.-4.10.1991, Lisbon, Portugal. European Symposium on Management, Quality and Economics in Housing and other Building Sectors. For information contact: Prof.A.Bezelga, Civil Engineering Dept., Instituto Superior Técnico, Av. Rovisco Pias, 1096 Lisboa Codex, Portugal. Tel: 351-1-8484008, Fax: 351-1-899242

14.-18.10.1991, Marseille, Frankreich. 3rd. International Exhibition for Cooperation and North-South Exchange. The exhibition will present technology products and services coming from or used in developing countries. For participation contact CRAterre-EAG, Ms. M. Trappeniérs, BP 2636, F-Grenoble Codex 2, France. Fax: 33-76 22 72 56

4.-6.11.1991, Berlin, BRD. Im Rahmen der Festival of India organisiertes Tagung „Städtische Umwelt im Wandel“. Themen sind u.a. ökonomisch-ökologisch und soziale Dimensionen der Bevölkerungswachstum, Entwicklungsszenario der Metropolen, Gleichstellung der Frauen, Erhaltung der historischen Bausubstanz. Weitere Information: Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles Allee 10, 1000 Berlin 21. Tel: 030-3970050. Fax: 030-3946139

25.-29.11.1991, Mexico. International Symposium of Earth Construction organised by INFONAVIT and CRATERRE-EAG. Papers will be presented on the following themes - Materials, Technologies, Stabilization, Production, Design and Applications. Courses on Earth Construction will be held from 23.-27.9.1991 on Design and Construction with compressed earth blocks and from 4.5.-26.6.1992 on low-cost housing and local building materials. For more information contact: CRAterre, Ms. M. Trappeniérs, BP 2636, F-Grenoble Codex 2, France. Fax: 33-76 22 72 56

27.-28.11.1991, Recklinghausen, BRD. AGÖF-Fachkongress "Ökologische

Gebäudesanierung - Innenraum". Themenschwerpunkte u.a. - 'building sickness' und Sanierungsmöglichkeiten, ökologische und gesundheitliche Aspekte bei Heizungs-, Elektro-, und Wasserinstalltionen, Materialien für den Innenausbau aus gesundheitlicher Sicht. Programm und Anmeldung über : Rheinisches Institut für Ökologie, Melchiorstraße 14, 5000 Köln 1. Tel: 0221-73 91 444.

9.-11.12.1991, Stoneleigh, UK. 1st. International Seminar on Lime and other Alternative Cements. The aims of the seminar are to determine the state of the art of the technologies, production and use of these products and to define potential areas offering scope for development. For registration contact Mr.Otto Ruskulis, ITDG.

14.-16.2.1992, Bremen, BRD. Im Rahmen der Festival of India in der BRD wird ein Treffen indischer und deutscher NGO's sowie Bürgerinitiativen zum Thema Ökologische Entwicklung organisiert. Ziel ist die Verbesserung der zukünftigen NGO-Kooperation bei Planung und Realisierung alternativer Entwicklungsstrategien. Information: Haus der Kulturen der Welt, John-Foster-Dulles-Allee 10, 1000 Berlin 21.

24.-27.3.1992, Havana, Cuba. Conference on „Cultural Heritage: Context and Conservation“. Organized by the Natural Centre for Conservation, Restoration and Museology, c/o Ministry of Culture, Cuba.

25.-27.3.1991, Duisberg, BRD. Jahreskonferenz der NRO Dachverband-Bensheimer Kreis. Info: Kübel Stiftung, PF 1563, 6140 Bensheim 1, Tel: 06251-70050.

18.-22.5.1992, Ottawa, Canada. CIB '92 „World Building Congress“. For information contact: congress Secretariat, CIB '92 World Building Congress, National Research Council Canada, Ottawa, K1A OR6, Canada.

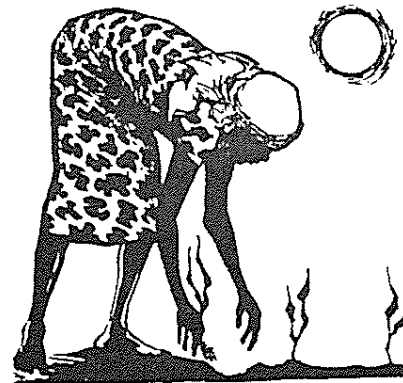
18.-20.6.1992, Darmstadt, BRD. Tagung „Umwelt und Ressourcenschutz“ organisiert vom Ausschuß 'Entwicklungsländer' des Vereins für Sozialpolitik. Weitere Informationen bei Prof. Dr. Sautter, Univ.Frankfurt, Mertonstr.17-25

7.-10.7.1992, Montral, Canada. 5th International Research Conference on Housing „At the Crossroads“. Central Themes : Housing and Changing Societies, Affordability and Housing Need, Housing Communities, Politics of Housing, Control over Housing, Housing Supply, Quality of Life and Housing. Specialized Themed : Gender-based housing research, Historical housing research, Rural housing research, Research/Policy Interface. Pre-registration till 15 Sept. 1991, Abstract till 15 Nov 1991. Registration fees Canadian \$ 300 till 15 Feb 1992, thereafter \$ 350. For information contact: Pr. Marc-Urbanisation, 3465 rue Durocher, Montral, QC, Canada H2X 2C6. Tel: 514- 499-4056, Fax: 514-499-4065.

Dem Hunger entflieht man nicht mit den Füßen, sondern mit den Händen.

(Afrikanisches Sprichwort)

Deshalb unterstützen wir Selbsthilfeprojekte und Basisinitiativen in Afrika, Asien und Lateinamerika.



Nähere Informationen erhalten Sie bei:

ASW
Aktionsgemeinschaft
Solidarische Welt e.V.
 Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61
 BFG Berlin BLZ 100 101 11
 Konto 555

ÜBERLEBENS SICHERUNG

500 Jahre Kolonialismus

500 Jahre Widerstand

JULI 1991

NR. 5

Der 15. Bundeskongreß *entwicklungspolitischer Aktionsgruppen* hat am 12. Mai in Köln zu *Aktionstagen* um den 11. und 12. Oktober 1991 aufgerufen, die das *Aktionsjahr 1992* einleiten sollen. Bislang treffen sich in der neu geschaffenen *Kampagnen-Koordinierung (Ka-Ko)* zwölf BUKO-Gruppen, um dem Ganzen bundesweit Konturen zu geben und gleichzeitig auch international *Aktionsbündnisse* aufzubauen (nächste, für alle offene Treffen siehe "Termine / Hinweise"). "Zentral koordinieren, regional *aktionieren!*" soll ein Ziel der Kampagne sein. Was schon in diesem Jahr in vielen Städten passieren wird, zeigen die Beispiele Freiburg und Bremen.



Weltwirtschaftsgipfel '92

Ein offenes "Clearing-House" soll ab sofort die zahlreichen '92-Aktivitäten aus 3.-Welt-Bewegung, Umweltverbänden und Gewerkschaften koordinieren. Beschlossen wurde dies auf einer Konferenz am 31.5./1.6. in Bonn. In diesem Clearing-Gremium sollen ausdrücklich alle Strömungen vertreten sein, (d. h., es werden noch viele dazukommen), die ihre Aktivitäten zu 500 Jahre Kolonialismus, UNCED-Konferenz in Brasilien, Weltwirtschaftsgipfel in München und EG-Binnenmarkt in einer gemeinsamen politischen Kampagne bündeln wollen. Statt in zähen Ringen Minimalkonsense hervorzuwürgen, soll die Clearing-Stelle dem gegenseitigen Austausch dienen.

Anknüpfungspunkte für die von allen Teilnehmern angestrebte Kooperation ergaben sich u. a. aus den bereits in den verschiedenen "politischen Disziplinen" entworfenen Aktionsvorschläge. Der Bundeskongreß *entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)* plant beispielsweise eine bundesweite Aktionswoche im Oktober dieses (!) Jahres, in der 500 Jahre Kontinuität weltweiter europäischer Machtausübung thematisiert werden soll (mit Höhepunkten am 11./12. Oktober. Am Wochenende darauf (19./20. Oktober) wird in Köln eine bundesweite "Aktionskonferenz '92" stattfinden.

Der BUND bereitet eine "Vorkonferenz" zum UNCED-Projekt in Brasilien vor. Naturschutz-Jugendorganisationen arbeiten an einem groß angelegten Umwelt-Konzert-Festival.

Parallel zum Weltwirtschaftsgipfel wird es einen Gegengipfel der ärmsten Nationen geben, ebenso eine vom BUKO mitinitiierte Großdemonstration in München.

Ebenfalls vom BUKO geplant ist ein Seminar-/Kongreß-Projekt zu Befreiungsstrategien im Zeichen des alten/neuen Kolonialismus.

Neben diesen oppositionellen Initiativen gibt es allerdings auch das Interesse, sich als "fortschrittliches Gewissen" in offizielle (Regierungs-)projekte einzuklinken - vor allem in den Reihen der Großorganisationen der Umweltverbände und des DGB. Gemeint ist z. B. die Mitarbeit in den sogenannten "PrepComs" (nationale Vorbereitungskommissionen zur UNCED-Konferenz '92) oder in Gremien, die eine umweltverträglichere Mitgestaltung des EG-Binnenmarktes versprechen. Hierbei wird natürlich stets zu fragen sein, inwieweit man herrschender Politik auf den Leim geht, wie weit man auf die Rolle eines ökologischen Feigenblattes beschränkt sein wird, mit dem sich eine ganz andere Politik schmücken und in besseres Licht stellen will.

Entsprechend der Vielfalt der bereits bestehenden Ansätze und getragen vom allgemeinen Interesse an breiter Zusammenarbeit war das Klima der Bonner Konferenz vom vorsichtigen Umgang miteinander geprägt. Woher sollte die BUKO-Frau wissen, was sich hinter dem Kürzel des GGLF-Vertreters (Gewerkschaft für Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft etc.) verbirgt und umgekehrt? Was mag es wohl bedeuten, daß der DGB-Vorstand beschlossen hat, den Dialog mit 3.-Welt- und Umweltbewegungen zu suchen? Wie ist der ärgerliche Umstand zu bewerten, daß die DNR- und DGB-Vertreter, in deren Händen die technische Vorbereitung der Einladung gelegen hatte, Programmheftchen drucken ließen, in denen die von den Veranstaltern geplante Bündnis-Diskussion praktisch nicht mehr vorgesehen war? Zieht hier jemand wen über denn Tisch? Um ihn vor welchen Karren zu spannen? In gewisser Weise war es doch recht nützlich, daß der bündnisorientierten Plenumsdiskussion fünf inhaltliche AGs und eine Abendveranstaltung mit Elmar Altvater vorgeschaltet waren: Es gab für viele die erste Möglichkeit zu einem vorsichtigen gegenseitigen Abtasten.

Die nun ins Leben gerufene "Clearing-Kommission '92" (ein anderer Namensvorschlag war "Brückenforum") wird sich bei ihrem ersten Treffen am Samstag dem 6. Juli in den Räumen des DNR in Bonn konstituieren. Die Gruppen, die bereits jetzt ihre Mitarbeit zugesichert haben, sind: Bundeskongreß *entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO)*, Deutscher Naturschutzring (DNR), DGB, Bund Umwelt- und Naturschutz (BUND), AK Transnationale Unternehmen (Gewerkschaften), Rundbrief Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung (WEED), "EYFA" (internationaler Jugendnaturschutzverband), evangelische und Katholische Jugendverbände, u.U. die EKD sowie die AG kirchlicher Entwicklungsdienst AGKED.



Kampagnenbeilage 1992 der Dritte-Welt-Zeitschriften, Auflage 37.000

Herausgeber: blätter des iz3w, Bolivia, Brasilien-Nachrichten, Brennpunkt Dritte Welt, Cuba Libre, Dritte Welt, epd-Entwicklungspolitik, EPK, Forum, ideo, iles, Lateinamerika-Nachrichten, Lateinamerika Anders, philippinen FORUM, POSITION, Brasilien-, Guatemalas-, Kolumbien-, Mapuche-, Nicaragua-Rundbrief, Stichwort, Dialog
Redaktion: blätter des iz3w, Postfach 5328, D-7800 Freiburg, Tel.0761-74003

Layout: Andreas Wenzel

V.i.S.d.P.: Gerhard Rieger

Wir danken Umverteiler !, Stiftung für eine solidarische Welt, und dem Ausschuß für entwicklungsbezogene Bildung und Publizistik (ABP) für die finanzielle Unterstützung.

Freiburger Aktionswoche

Der Tag, an dem Kolumbus in San Salvador anlegte, soll nächstes Jahr als "Kolumbusjahr" groß gefeiert werden. Spanien als "Entdeckernation" bildet den Mittelpunkt dieses Jubiläumfestes, das den euphemistischen Untertitel "Begnung zweier Welten" trägt. Das Land ist nun schon seit zehn Jahren dabei, die Regierungen der größeren Lateinamerikanischen Staaten zu dessen Ausgestaltung um sich zu scharen. Gleichzeitig rüstet sich in Spanien selbst Barcelona für die Olympischen Spiele, Madrid wird aufpoliert, um seinem Titel "Europäische Stadt der Kultur 1992" gerecht zu werden und in Sevilla hoffen die Veranstalter der EXPO '92 auf 18 Millionen BesucherInnen.

Auch wenn die Bundesregierung sich - was die Feierlichkeiten anbelangt - eher zurückhält, hat Deutschland nach Verständnis des Auswärtigen Amtes "vollen Anteil an den Beziehungen zu Amerika...insbesondere durch Auswanderer". Zu Repräsentationszwecken finanziert die Regierung Kohl deshalb einen Pavillon mit 60 Millionen DM, des weiteren unterstützt sie in der Bundesrepublik Ausstellungen, wissenschaftliche Projekte und kulturelle Veranstaltungen.

Im kommenden Jahr wird das Projekt EG-Binnenmarkt verwirklicht. Damit rückt die Vision einer Supermacht EG in greifbare Nähe. Brüsseler Technokratie, abgehobener Straßburger Parlamentarismus und europaweite Industriekartelle werden die europäische Realität auf Dauer bestimmen. Es ist fraglich, ob VerbraucherInnenverbände und Gewerkschaften mit der Machtkonzentration konkurrieren können.

Daß im kommenden Jahr München zum Weltwirtschaftsgipfel (G7) einlädt, rundet das Jahr 1992 ab: auf dem alljährlichen Treffen koordinieren die sieben politisch und wirtschaftlich mächtigsten Regierungen, die auch in Weltbank und IWF die absolute Stimmenmehrheit haben, ihre wirtschaftspolitischen Interessen.

Zur gleichen Zeit wird - sozusagen als Tropfen auf den heißen Stein - im Juni 1992 in Rio de Janeiro auf der UNO-Konferenz für Umwelt und Entwicklung (UNCED) versucht, das Bestehen der ökologischen Krise profitabel zu verwalten. Um diesem technokratischen Umweltmanagement etwas Leben einzuflößen, binden die beteiligten Staaten diesmal auch NGOs (Nichtregierungsorganisationen) in ihre Diskussionen mit ein. Daß es auf UNCED bestenfalls gelingen wird, an Symptomen zu kurieren, ist abzusehen. Inwieweit die NGOs nur als Alibipartner über den Tisch gezogen werden, wird sich zeigen.

Alles in allem steht jedenfalls fest, daß im nächsten Jahr einiges auf die Soli-Bewegung zukommen wird. Um die Negierung historischer Verantwortung, die Verstärkung politischer Vormachtbestrebungen, ökologische Zerstörungen und die Rücksichtslosigkeit wirtschaftlicher Dominanz ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen, haben sich die verschiedensten Internationalismus-Gruppen zur "Kampagne 92" zusammengeschlossen. Um diese Kampagne einzuleiten, hat der BUKO (Bundeskongress entwicklungspolitischer Aktionsgruppen) zu bundesweiten dezentralen Aktionstagen aufgerufen, die zwischen 8. und 12. Oktober 1991 stattfinden sollen. Begleitend hierzu soll ein Reader erscheinen und eine Massenzzeitung gedruckt werden. Um das Vorgehen

der Gruppen für das nächste Jahr zu koordinieren, findet am 19. Oktober '91 eine Aktionkonferenz statt.

In Freiburg wird schon seit Dezember 1990 an einer Aktionswoche gearbeitet, die am 4.10.91 beginnt und bis zum 12.10.91 andauert. Hintergrund war auch, den Erfahrungsaustausch von Gruppen/Vereinen zu verbessern und mit den Auseinandersetzungen geschlossen an die Öffentlichkeit zu gehen. Das Spektrum der mitwirkenden ist breit: es reicht von Städtepartnerschaftsinitiativen, Stadtteilgruppen, Solivereinen und -initiativen über die Volkshochschule bis zu Arbeitsgruppen an den Hochschulen bzw. SchülerInnenkomitees.

Die einzelnen Tage der Aktionswoche haben folgende Themenschwerpunkte:

1) Kolonialismus und Neokolonialismus: Neben der Darstellung der Phasen des Kolonialismus steht die heutige Verantwortlichkeit auf der Tagesordnung

2) Rassismus und Flüchtlingspolitik: Zur Diskussion steht, inwieweit die herrschende Asylgesetzgebung, die zwischenstaatliche Ausländerkontingentierung und das Schengener Abkommen auf Rassismus basieren und die Ausländerfeindlichkeit schüren.

3) Nationen ohne Staaten: Staatenlosigkeit bedeutet bislang noch den Genozid für viele Gesellschaften. Ziel ist es, die Situation bedrohter Gesellschaften, wie z.B. der Sinti und Roma oder der KurdInnen und PalästinenserInnen und Widerstandsformen zu diskutieren.

4) Weltmarktcontext: Beispielhaft ist der Verschuldungsmechanismus, der einerseits Dritte-Welt-Wirtschaften vom Weltmarkt abgekoppelt während andererseits Touristenzentren zur Regeneration der Zivilisationsmüden und als Endlager europäischen Mülls und europäischen Warenschrotts errichtet werden.

5) Patriarchat: Frauen tragen den größten Teil der wirtschaftlichen und psychischen Last des Alltags.

Der Sexismus, der hinter dieser Rollenverteilung steckt, macht sie auch zum Objekt von Prostitutionstourismus und Frauenhandel sowie von ständiger Bevormundung und Unterdrückung.

6) Ethnologie: hier soll der Geschichte der Ethnologie nachgegangen und aufgezeigt werden, wie sie zur Plünderung anderer Gesellschaften beigetragen hat (Rückgabe der Kulturgüter).

7) Weltmacht EG: Zur Debatte steht die Geschlossenheit der europäischen Regierungen, die neue Macht der Konzerne, die Möglichkeit von Gegenstrukturen wie z.B. der Gewerkschaften und das künftige Verhältnis Europa - Entwicklungsländer.

All diese Themen werden in Form von Straßenaktionen, Umzügen, Film- und Videovorführungen, Podiumsdiskussionen, Ständen und Seminaren in der Innenstadt, kleineren Ausstellungen und Workshops an die Öffentlichkeit gebracht.

Den Auftakt der Veranstaltungswoche bildet ein Straßenfest, auf dem die Gruppen sich und ihre Arbeit der Öffentlichkeit in geselliger Form vorstellen. Eine Versammlung, auf der ein Resümee des Programms gezogen werden soll, bildet den Abschluß. Dort soll dann auch die lokale und europaweite Beteiligung für die Kampagne 1992 vorgestellt werden.

Bremer Kampagnenwoche

Unter dem Motto: "500 Jahre Conquista - Begegnung zweier Welten" bereitet die spanische Regierung weltweit die Feiern für 1992 vor.

Es ist offensichtlich: Wir müssen neu überlegen, neu diskutieren. Die aufgeworfenen Fragen können nicht vereinzelt in der Nicaragua/Chile/Cuba...-Bewegung, auch nicht allein von den Gruppen, die sich mit Weltmarktstrukturen auseinandersetzen, angegangen werden und erfordern, daß Deutsche und Latinos miteinander statt nur übereinander diskutieren. Einen ersten Versuch einer solchen Koordination stellen die Treffen der '92er-Kampagne in Bremen dar. Auf den 6-wöchig stattfindenden Plenen, die gut besucht sind, treffen sich verschiedene Gruppen sowie Einzelpersonen. Mittlerweile gibt es 8 Arbeitsgruppen (z.B. AG Öko-Imperialismus, AG Theater, AG Bremer Lagerhausgesellschaft); der Austausch der AG-Ergebnisse findet im Plenum statt. Die Plenen werden in der Regel von einer Koordinationsgruppe vorbereitet. Das Städtepartnerschaftsbüro Bremen/Corinto ist gleichzeitig Kontakt- und Koordinationsbüro. In dieser Kampagne arbeiten Solidaritätsgruppen und Latinas/Latinos eng zusammen. Auch wird versucht, Gruppen sowie Einzelpersonen aus anderen Kontinenten ebenfalls für die Kampagne zu gewinnen - allerdings bisher mit mäßigem Erfolg. Eine Selbstdarstellung der Bremer Kampagne gibt es nicht - es gibt viele und unterschiedliche Selbstverständnisse, und diese Vielfalt soll auch erhalten bleiben. Einen Schwerpunkt der Kampagne, "der Rassismus in uns", wollen wir verstärkt zum Thema machen.

Ein anderer Schwerpunkt ist der Welthandel. Hier wollen wir auf "die organisierte Verantwortungslosigkeit" der Bremer Lagerhausgesellschaft (BLG) aufmerksam machen, die für die Abwicklung der Ein- und Ausfuhren über Bremer Häfen verantwortlich ist. Ungefähr ein Viertel aller Arbeitsplätze im Lande Bremen sind direkt oder indirekt vom Hafen abhängig. Ziel ist, Strukturen aufzudecken, zu enttabuisieren. Zum Problembereich "Bremer Lagerhausgesellschaft" (50,4% der Aktien gehören dem Land Bremen, der SPD-Senat hat somit mehrheitsentscheidenden Einfluß auf die Politik der BLG) gibt es 3 Veranstaltungen:

* Am 2.7.91 wird ein Tribunal gegen die BLG stattfinden

* Am 3.7. finden 2 Hafenrundfahrten mit dem Schwerpunkt "BLG und Strukturwandel des Hafens - Bremer Schlüssel zur 'Dritten Welt'" statt. Diese Hafenrundfahrt mit wechselnden Themen (es gibt ja viele Kolonialprodukte!) wird es künftig jeden ersten Mittwoch im Monat geben.

* Am 5.7. wird das Urteil des Tribunals vor dem Beginn der Aktionärsversammlung gesprochen. Eine Behinderung der Aktionärsversammlung ist nicht unerwünscht. Gleichzeitig wird es in der Aktionärsversammlung zu Aktionen der 'kritischen Aktionäre' kommen.

* Weitere Veranstaltungen finden zu Uruguay, Nicaragua und Namibia statt.

Zu den Aktionen im Juli wird von der Medien AG die Kampagnenzeitschrift "contrapunto" mit einer Auflage von 2.000 Stück erscheinen - sie ist ebenfalls dazu gedacht, unsere Themen einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Termine / Hinweise

Ka-Ko 1992 der BUKO-Gruppen

Zur Kampagnen-Koordination (Ka-KO) 1992 mit den vier Themenkomplexen EG-Binnenmarkt, 500 Jahre Kolonialismus, UNCED Konferenz in Brasilien und den Weltwirtschaftsgipfel in München im nächsten Jahr können BUKO Mitgliedsgruppen teilnehmen. Aufgabenschwerpunkte für die folgenden Monate sind die Zusammenarbeit mit anderen Bewegungsspektren, die bundesweiten Aktionstage zum 11./12. Oktober und die Vorbereitung einer Aktionskonferenz am 19.10. 1991 in Köln. Nächste Treffen: 28./30. Juni in Freiburg, 6./8. September in Hamburg, 18. Oktober in Köln und 29./30. Januar 1992 in Karlsruhe. Kontakt: BUKO Geschäftsstelle, 2000 Hamburg 50, Nernstweg 32-34,

Pädagogik der Unterdrückten - Volkserziehung in Lateinamerika

Unter dieser Überschrift bereitet eine Reutlinger/Bonner Arbeitsgruppe eine Ausstellung anlässlich des "Quinto Centenario" vor. Geplante Themenbereiche: Kolumbus und die Pädagogik, Frauen organisieren sich und lernen ... Ein Katalog zur Ausstellung mit Zusatztexten und Erfahrungsberichten und ein Kinderkatalog, der als Unterrichtsmaterial an Schulen eingesetzt werden kann, sind geplant. Die Ausstellung wird in Tübingen und München zu sehen sein, ab Juli 1992 sind noch Termine für andere Orte frei. Infos über Corinna Carstensen, c/o "der kleine laden", Sternstr. 95, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/634335

Frauen - Kultur - Politik Projekt 1992

In Zusammenarbeit mit Frauen aus der "Dritten Welt" wollen Hamburger Frauen ein gemeinsames Projekt entwickeln, um mehr über die Entwicklung der Frauenbewegung in Lateinamerika zu erfahren. Geplant sind Diskussions- und Kulturveranstaltungen, Workshops, Ausstellungen, ein Frauenwandbild und eine Frauenfilmreihe. Kontakt über Emilija Mitrovic, Lange Reihe 25, 2000 Hamburg 1, Tel. 2803670 und Elisabeth von Dücker, Friedensallee 56, 2000 Hamburg 50, Tel. 392551

"Frauen-Internationalismus-Archiv"

Das "Frauen-Internationalismus-Archiv" hat Interesse, an Materialien anderer Gruppen zum Thema Frauen und Kolonialismus zwecks Archivierung. Kontakt: Frauen-Internationalismus-Archiv, c/o Geschichtswerkstatt Dortmund e. V., Am Oelpfad 27, 4600 Dortmund 30.

FDCL Berlin

Das Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Mehringhof, Geneisenaustraße 2, 1000 Berlin 61 verschiebt auf Anfrage Materialien zu Frauen und Kolonialismus.

Werkmappe zu "1492-1992"

Werkmappe zum Themenbereich "1492 - 1992: 500 Jahre Eroberung, Evangelisation und Widerstand Lateinamerikas". Mehrere kurze Texte: "Die Geschichte von Eroberung, Unterdrückung und Widerstand", "Kolonialismus und Eurozentrismus von Kirche und Theologie" und "Fortsetzung der Conquista durch Verschuldung". Die Werkmappe ist erhältlich bei der Christlichen Initiative Romero, Kardinal-von-Galen-Ring 45, 4400 Münster, Tel. 0251/89503

Spendenauftrag für kontinentales Treffen in Lateinamerika

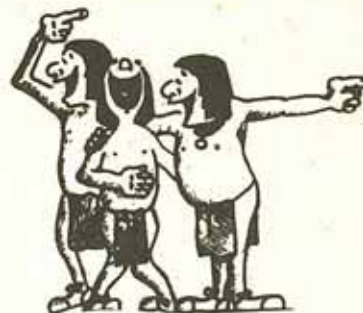
Die Kontinentale Organisation der 500-Jahre-Kampagne amerikanischer Völker hat große, existenzielle finanzielle Schwierigkeiten. Um die Weiterarbeit des im vergangenen Oktober in Guatemala eingerichteten Sekretariats zur Durchführung der Kampagne "500 Jahre Indianer- und Volkswiderstand" zu gewährleisten, werden dringend Spenden benötigt. Dort koordinieren CONAVIGUA, CONDEG und die CUC das nächste kontinentale Treffen der indianischen Völker, das vom 7. - 12.10.91 in Guatemala stattfinden wird. Spenden auf das Konto der Informationsstelle Guatemala, Heerstraße 205, 5300 Bonn 1, Kto.-Nr. 70235, BLZ 380 500 00, Stichwort: Secretaria Operativa

Drogen-Kampagne ins Auge gefasst

Peru-Soligruppen werden anlässlich "500 Jahren Conquista Lateinamerikas" zum Drogenthema arbeiten, Drogen und Weltwirtschaft, Drogenkonsum und -bekämpfung, Drogenökonomie und Auslandsverschuldung. Bündnisarbeit mit Lateinamerikagruppen, ChemiekritikerInnen und psychosozialen Verbänden wird angestrebt. Kontakt: Informationsstelle Peru e. V., Poppelsdorfer Allee 114, 5300 Bonn, Tel. 0228/696843

"Gesang für Amerika"

Die "Lateinamerikanische Kulturvereinigung DIA" stellt noch in diesem Jahr eine erweiterte Ausgabe des Bandes "Gesang für América" vor. In Zusammenhang mit dieser Neuerscheinung werden 1991 und 1992 wiederum Konzertlesungen mit Urs M. Fiechtner und Sergio Vesely angeboten. Infos über "Autorenkollektiv 79", Wacholderweg 6, 7907 Langenau-Hörvelsingen, Tel. 07348/5113



Im Rahmen eines langjährig angelegten ökologischen Projektes mit Namen "Arte Verde - Grüne Kunst" ist für 1993 eine Ausstellung zum Thema "Kunst und ökologisches Engagement in Brasilien, Afrika und Deutschland" geplant, die in vier deutschen Städten gezeigt und durch ein Rahmenprogramm ergänzt werden soll. Kontaktadresse: Brasilien Initiative Erlangen e. V., c/o Annemarie Jacobs, Hänflingweg 4, 8520 Erlangen, Tel. 09131/41770

Fotoausstellung

Die Lateinamerikanische Kulturvereinigung - DIA - bietet zum "Kolumbusjahr" eine Ausstellung mit 70 schwarz-weiß Fotografien, die Licht auf die Zerstörung und Elend, die die Eroberung durch die Europäer mit sich brachte, wirft. Infos über Lateinamerikanische Kulturvereinigung dia e. V., Urbanstraße 169, 1000 Berlin 61

Workcamp

Der Service Civil International (SCI) sucht für die 1992er-Kampagne Solidarity Contra Injustice noch Projektpartner (soziale Initiativen, Umweltorganisationen, Dritte Welt- und Soligruppen) für Solidaritätsworkcamps. Angesprochen werden Interessierte ab 18 Jahren aus unterschiedlichen Ländern und Religionen. Kontakt über SCI, Bundesgeschäftsstelle, Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1

Wandmalprojekt 1992: Lateinamerika - Europa

In 10 Städten Europas sollen Wandbilder zum Thema "Europa-Lateinamerika" in Zusammenarbeit mit lateinamerikanischen und europäischen MalerInnen entstehen. Ziel ist, soziale und politische Inhalte zu vermitteln, zur Auseinandersetzung anzuregen. Der Malprozess soll von entsprechenden Aktionen begleitet sein. Infos für interessierte Gruppen, die ein Wandmalprojekt in ihrer Stadt aufziehen wollen über: Cultur Cooperation e. V., Nernstweg 32 - 34, 2000 Hamburg 50, Tel. 040-394133

"Das Andere Brasilien oder Kraft und Widerstand des Volkes"

Als Beitrag zum "Kolumbusjahr" wird die brasilianische Gruppe AMAR Anfang 92 für 3 Monate in Deutschland gastieren. Es soll ein Gang durch die Geschichte Brasiliens von der Eroberung bis in unsere Tage anhand Musik, Texten, Tanz, Gesang, Schattentheater und Diaprojektionen dargestellt werden.





Spanisches



Kampagnenbündnis

Im April dieses Jahres haben über 60 Organisationen, Komitees und Gruppen aus verschiedenen Sektoren in Spanien ein Manifest verabschiedet, das als Grundlage für ein Kampagnenbündnis '92 gelten soll. Darin werden in sehr dichter Form

die Umriss der gegenwärtig herrschenden Weltwirtschafts- und Politikstruktur beschrieben und auf die Notwendigkeit der Bündelung oppositioneller Energien ebenso wie der Zusammenfassung eines neuen emanzipatorischen Diskurses hin-

gewiesen. (Eine Wiedergabe des Manifests findet sich in ila Nr. 146, Juni-Ausgabe). Wir wollen hier die generelle Zielsetzung der Kampagne und die geplanten zentralen Aktionen dokumentieren.

Demaskieren wir das große Schauspiel '92

Zuschauer oder Akteure: warum wir eine Gegenkampagne '92 planen

Das (offizielle) Spektakel ist von solchen Dimensionen und für das Modell, das uns aufgedrückt werden soll, so erhellend, daß es uns als geeigneter Anlaß erscheint, dagegen die Kräfte zu bündeln. Außerdem bereitet die neu entstandene Konjunktur den Herrschenden Schwierigkeiten, das Jahresdatum in der Weise zu nutzen, wie es ursprünglich vorgesehen war, denn die Situation hat sich entscheidend geändert. Es ist durchaus möglich, daß die sich abzeichnende Rezession, verstärkt durch die sozialen und politischen Spannungen infolge der Nachkriegssituation im Nahen Osten und in den Staaten des Maghreb, ebenso wie die Verschlechterung der Lage in der "Dritten Welt" — insbesondere in Lateinamerika — einschneidende Änderungen in Bezug auf die Ausrichtung der Feierlichkeiten erforderlich machen werden. Diese Situation kann für uns hilfreich sein, um die Widersprüche dieser unangemessenen Feiern ans Licht der Öffentlichkeit zu bringen. Entscheidend ist, daß die Kampagne mit Blick auf die Zukunft hin ausgerichtet sein muß. 1992 ist lediglich ein Datum der Zusammenkunft gegen die Herrschenden, weder ein Ziel an sich noch der Endpunkt einer zurückzulegenden Strecke; wir sollten vielmehr versuchen, daß es für uns den Beginn eines neuen Prozesses markiert — mit allen Widersprüchen, die damit verknüpft sein mögen.

Folgende vier grundlegende Aspekte erscheinen uns für einen emanzipatorischen Diskurs zentral: einmal die Behandlung des Nord-Süd-Widerspruchs, dann der Widerspruch des bestehenden Entwicklungsmodells zur Natur, dann das Herrschaftsverhältnis zwischen Männern und Frauen und schließlich der zwischen Kapital und Arbeit. Es gilt, Kräfte neu zusammenzufassen, ein diffuses Netz von Organisationen zu knüpfen, ohne Zen-

tralisierungsabsichten, wohl aber die Vorteile der Koordinierung nutzend. Auch ohne Anspruch auf Gleichschaltung, denn wir denken, daß die Vielfalt für sich bereits einen Wert darstellt. Bis heute hat es bereits eine Vielzahl von Initiativen gegen die verschiedenen Aspekte des mit dem Jahr '92 in Zusammenhang stehenden offiziellen Spektakels gegeben. So bestehen seit mehr als anderthalb Jahren verschiedene Komitees gegen die "Quinto Centenario"-Feierlichkeiten. In Barcelona diskutieren oppositionelle Gruppen die Strukturveränderungen in der Stadt im Zusammenhang mit den Olympischen Spielen (so z.B. die Initiative BARCELONA'92).

In Madrid gibt es Initiativen, die gegen das Projekt der Kulturhauptstadt Front machen, zum großen Teil zusammengesetzt aus den Sektoren der radikalen und alternativen Kulturschaffenden.

Es gab auch Widerstandsaktionen von Umweltgruppen gegen Großprojekte wie den Hochgeschwindigkeitszug oder gegen rücksichtslose Straßenbauprojekte, die Inverbindung mit dem Modernisierungsjahr '92 stehen.

Von seiten der Basiskirchengemeinden hat es im letzten Jahr in Madrid eine Initiative gegeben, die in der Öffentlichkeit auf großes Interesse stieß, und die unter dem Namen "1992, 500 Jahre Bettelwesen" stattfand.

Bei all diesen Aktionen ließen sich aber folgende Begrenzungen feststellen:

- * Die bestehenden Initiativen standen in keinem Zusammenhang untereinander, was zur Folge hatte, daß die öffentliche Durchschlagskraft eher gering war, die Attraktionskraft unzureichend und eine gegenseitige Befruchtung in der Erarbeitung von Materialien und bei den theoretischen Überlegungen schwierig bis unmöglich war.

- * Der Inhalt der Einzelaktionen hatte zwangsläufig einen begrenzteren Charakter, besser wäre gewesen, sie unter dem Dach einer gemeinsamen Kampagne zu organisieren.

Außerdem glauben wir, daß diese Kampagne erlaubt, mit internationalen Gruppen im Hinblick auf dieses Datum zusammenzuarbeiten. Ziel ist, über eine gemeinsame Plattform und ein aufeinander abgestimmtes Aktionsprogramm eine größtmögliche internationale Beteiligung zu erreichen. Wenn wir der Kampagne einen internationalistischen Charakter verleihen und den Gegenaktivitäten eine möglichst große Durchschlagskraft nicht nur innerhalb unserer Grenzen geben wollen, ist dies unverzichtbar.

Die alternative Inszenierung

Die bis jetzt geplanten zentralen Aktionen sind folgende:

11., 12., 13. Oktober 91 — Sevilla
Diskussionsveranstaltungen und Vorstellung der Kampagne "Demaskieren wir '92" in der Öffentlichkeit.

2. Januar 92 — Granada
Gegenveranstaltung zur offiziellen Feier anlässlich der Kapitulation Granadas gegenüber den Katholischen Königen.

18.- 24. April 92 — Sevilla
Parallel zu der Eröffnung der Weltausstellung (20. April) ist an folgende Aktivitäten gedacht:

- * Internationalistisches Zeltlager vom 18. bis zum 26. April.

- * Am 19. April, dem Sonntag vor der Eröffnung der EXPO, soll auf dem Guadalquivir eine "Gegenlandung" inszeniert werden. Vorgesehen ist die Teilnahme von politischen, sozialen und Indianerorganisationen aus Amerika.

- * Die Internationale Lelio-Basso-Stiftung und das Permanente Tribunal für die Rechte der Völker werden vom 20. bis zum 24. April ein Tribunal über "Die Eroberung Amerikas und Internationales Recht" veranstalten.

Guatemala Rundbrief

LATEINAMERIKA
NACHRICHTEN



FORUM

blätter des IZ3W



TRIALOG

BRASILien NACHRICHTEN

STICHWORT

Kolumbien
Rundbrief



CUBA
LIBRE

NICARAGUA

DRITTE WELT

ila

LATEINAMERIKA ANDERS
REPORT



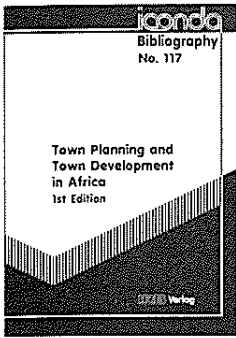
bp3w

epd
Entwicklungs-
POLITIK

Brasilien Rundbrief



philippinenbüro



ICONDA-Bibliographies

Your best way
to specialized literature on construction,
civil engineering, architecture
and town planning

ICONDA-Bibliographies solve your construction information problems

ICONDA-Bibliographies contain references to all types of specialized literature on construction, civil engineering, architecture and town planning published worldwide.

These documentations are derived from the CIB International Construction Database ICONDA and as updates of ICONDA-Bibliographies are produced at regular intervals. You can be certain of being well informed about the most recent developments concerning the topic covered.

Each bibliography covers a single topic and has about 60 to 170 pages, printed in an easy to use 6" x 8 1/2" (14,5 x 21,0 cm) format.

All issues include comprehensive indexes to subjects, authors and institutions. A short informative summary is often included to help you quickly identify the most useful items of original literature.

Cut your information supply costs

Each reference in the ICONDA-Bibliographies includes all the information necessary for ordering the original literature or copies thereof. To ease your information supply we offer a special service for literature procurement. Simply contact the publisher and request the current order number of the desired items.

Remember, if you were to conduct a comparable literature search yourself, the cost would be several times greater than the price of an ICONDA-Bibliography.

Examples for Topics of Currently Available ICONDA-Bibliographies

Shopping Centres - Built Examples

Built examples of shopping centres, shopping arcades in Europe, overseas and Japan. Building shape, building design and construction, spatial configuration in connection with pedestrian areas, subway stations, multi-storey carparks. Interior design, lighting and building services.
1990, 65 pages. ISBN 3-8167-3554-1
Order No. **105**, DM 26,-

Parliament Buildings

Planned and built examples of federal and state government buildings. Competition results. Buildings for the European Parliament, the "Bundesbauten" in Bonn, the new Parliament Building in Canberra, Australia and the State Parliament in Düsseldorf, North-Rhine-Westphalia. Development history, function, building shape, democracy as client.
1990, 73 pages. ISBN 3-8167-3555-X
Order No. **106**, DM 26,-

CAD and Architectural Design

Methods of working with construction specific CAD systems. Hardware and software application and use, management of construction projects, computing quantities. Possibilities and limitations of computer-aided design. Examples of architectural software developed by large architectural firms, for example SOM.
1990, 72 pages. ISBN 3-8167-3556-8
Order No. **107**, DM 30,-

Conversion of Railway Stations

Planned and built examples of converted railway stations. The reuse of old railway stations varies from sports- and leisure facilities, to exhibition buildings, to museums and community halls. A well known example, completed in 1986, is the conversion of the Gare d'Orsay in Paris into a museum for nineteenth century art.
1990, 39 pages. ISBN 3-8167-3557-6
Order No. **108**, DM 26,-

Planning of Hotels

Building design, building services, interior design and lighting of mainly large hotels. Planning basis, design basis. Cost estimation, energy saving, modernization. Worldwide examples. Hotels as a part of multifunctional centres. Architectural style and architectural development, design principles.
1990, 51 pages. ISBN 3-8167-3558-4
Order No. **109**, DM 26,-

Congress Buildings

Planned and built examples. Competition results, eg. the Hannover Fair Convention Centre. International Congress Centre (ICC) in Berlin, the collapse and reconstruction of the Congress Hall in Berlin. Communication technology. As well as examples of smaller facilities.
1990, 81 pages. ISBN 3-8167-3559-2
Order No. **110**, DM 30,-

Cinemas and Movie Theatres

Planned and built examples. Design and implementation planning. Interior architecture, building history. Movie theatres as part of a larger cultural multi-purpose complex, for example the National Museum of Science and Technology in Paris. Restoration and reuse, as in the case of the former movie palace Schaubühne Berlin, which was transformed into a theatre for the performing arts.
1990, 61 pages. ISBN 3-8167-3560-6
Order No. **111**, DM 26,-

Silo Loads

Experimental and theoretical investigations on loading of silos by bulk materials, earthquake, wind and temperature. Reinforced concrete silos, prestressed concrete silos and steel silos. Standards and regulations on design loads and on calculation. Charging, discharging and wall friction. Properties and calculation values of different bulk materials. Finite element calculation and measuring.
1991, 92 pages. ISBN 3-8167-3561-4
Order No. **112**, DM 34,-

Settlement Planning and Development in Africa

Aspects of settlement structures and settlement development in the regional planning process of African countries. Traditional and new settlements as well as settlement patterns and settlement projects.
1991, 51 pages. ISBN 3-8167-3562-2
Order No. **113**, DM 26,-

ICONDA-Bibliographies

Settlement Planning and Development in Asia

Aspects of settlement structures and settlement development in the regional planning process of Asian countries. Traditional and new settlements as well as settlement patterns and settlement projects.

1991, 65 pages, ISBN 3-8167-3563-0
Order No. 114, DM 26,-

Settlement Planning and Development in Middle East

Aspects of settlement structures and settlement development in the regional planning process of Middle East countries. Traditional and new settlements as well as settlement patterns and settlement projects.

1991, 39 pages, ISBN 3-8167-3564-9
Order No. 115, DM 26,-

Settlement Planning and Development in Latin America

Aspects of settlement structures and settlement development in the regional planning process of Latin American countries. Traditional and new settlements as well as settlement patterns and settlement projects.

1991, 36 pages, ISBN 3-8167-3565-7
Order No. 116, DM 26,-

Town Planning and Town Development in Africa

Town planning in African countries. Various aspects of planning, design and structuring of urban environments, urban land policies, land use and town structures. Town planning projects in the national context.

1991, 60 pages, ISBN 3-8167-3566-5
Order No. 117, DM 26,-

Town Planning and Town Development in Asia

Town planning in Asian countries. Various aspects of planning, design and structuring of urban environments, urban land policies, land use and town structures. Town planning projects in the national context.

1991, 70 pages, ISBN 3-8167-3567-3
Order No. 118, DM 26,-

Town Planning and Town Development in Middle East

Town planning in Middle East countries. Various aspects of planning, design and structuring of urban environments, urban land policies, land use and town structures. Town planning projects in the national context.

1991, 44 pages, ISBN 3-8167-3568-1
Order No. 119, DM 26,-

Town Planning and Town Development in Latin America

Town planning in Latin American countries. Various aspects of planning, design and structuring of urban environments, urban land policies, land use and town structures. Town planning projects in the national context.

1991, 70 pages, ISBN 3-8167-3569-X
Order No. 120, DM 26,-

Administration Building in Developing Countries

Office buildings as part of urban environments in developing countries. Economic background

and town planning aspects as well as construction, design principles, technical equipment and building materials.

1991, 67 pages, ISBN 3-8167-3570-3
Order No. 121, DM 26,-

Bank Buildings in Third World Countries

Bank buildings in Third World countries in context of the urban environment. Construction, building materials, technical equipment and high level techniques as well as layout and organisation of buildings. As the most prominent skyscraper in Asia the Hong Kong Bank is characterized.

1991, 46 pages, ISBN 3-8167-3571-1
Order No. 122, DM 26,-

Markets in Developing Countries

Markets as part of urban and rural development in developing countries. Location theories, urban planning aspects, architecture of bazars and markethalls. Importance of markets for the formal and informal sector of developing economies.

1991, 26 pages, ISBN 3-8167-3572-X
Order No. 123, DM 26,-

Airport Planning in Developing Countries

Terminal building and airport planning in Third World countries. Planning, building and construction work of airports, terminals, runways and hangars as part of modern transportation networks and systems in developing countries. Costs, technical standards and possibilities of extension of national and international airports.

1991, 69 pages, ISBN 3-8167-3573-8
Order No. 124, DM 26,-

Local Materials in Construction in Developing Countries

Local materials in the process of building and construction as important economic and technological factor. Building materials like bamboo, loam and wood used as substitute for western so called modern materials as reinforced concrete, steel and glass. Possibilities of mass construction with local materials.

1991, 64 pages, ISBN 3-8167-3574-6
Order No. 125, DM 26,-

Tropical Wood

Wood related technological properties of tropical wood species. Evaluation of mechanical properties and quality as building material and building components. Forest policy measures and protection of tropical forests.

1991, 46 pages, ISBN 3-8167-3575-4
Order No. 126, DM 26,-

Timber Constructions in Developing Countries

Timber constructions and timber engineering in the context of national building policies and programs in developing countries. Traditional and new wood structures for roofs and timber framed buildings for housing projects in rural and urban areas.

1991, 41 pages, ISBN 3-8167-3576-2
Order No. 127, DM 26,-

Wood Preservation in Developing Countries

Preservation and restoration of timber in tropical countries. Status of conservation of

wooden building components in traditional and new buildings. Performance of water proofing and other chemicals under tropical conditions.

1991, 30 pages, ISBN 3-8167-3577-0
Order No. 128, DM 26,-

Low-Cost-Housing in Developing Countries

Low-cost-housing as important factor in the housing sector of third world countries. Economic and social aspects as well as questions of materials and building techniques are described. Low-cost-housing programs and projects.

1991, 86 pages, ISBN 3-8167-3578-9
Order No. 129, DM 30,-

Hospital Planning and Building in Developing Countries

Building and planning of hospitals in Third World countries. Architecture, building materials, climatic design principles as well as forms of organisation, layout and standards for the rural and urban situation. European standards and appropriate technologies in hospital planning.

1991, 54 pages, ISBN 3-8167-3579-7
Order No. 130, DM 26,-

Self-Help-Housing Projects in Developing Countries

Rural and urban self-help housing in various Third World countries. Aspects of self-help in the building process and process of administration and maintenance of housing projects. Both small scale and large scale programs and projects are described.

1991, 83 pages, ISBN 3-8167-3580-0
Order No. 131, DM 30,-

Glued Connections in Timber Construction

Different types of glue and adhesive connections, from overlapping and dovetail connections up to glued wall finishes. Construction examples from practice like engineering aspects, industry examples and on site experience. Testing procedures for glue and glued connections which reveal durability, strength, carrying capacity and characteristics. Factors that effect the mixing and adhesion of the glue and glued connections.

1991, 82 pages, ISBN 3-8167-3581-9
Order No. 132, DM 30,-

Gluing in Concrete Construction

Glued connections in reinforced concrete, prestressed concrete in bridge and prefabricated construction. Adhesive reinforcement for strengthening and repairing of concrete components; bonding of joints. Loading tests over short and long time periods. Material composition description, application and use.

1991, 61 pages, ISBN 3-8167-3582-7
Order No. 133, DM 26,-

Recycling in Timber Construction

Reuse of timber components in wood construction. Reuse of wood wastes for the manufacturing of wood materials. Uses of old timber; References to chipboard, particleboard, flakeboard and fibreboards.

1991, 36 pages, ISBN 3-8167-3583-5
Order No. 134, DM 26,-

ICONDA-Bibliographies can be obtained from any bookseller or directly from the publishing house
IRB Verlag Information Centre for Regional Planning and Building Construction of the Fraunhofer-Society,
Nobelstrasse 12, D-7000 Stuttgart 80, Federal Republic of Germany,
Phone (+ 49711) 970-2500, Fax (+ 49711) 970-2507, Telex 7 255 167 irb d.



ICONDA ON CD-ROM

From the beginning of 1991 on we offer the most important IRB-Databases also as CD-ROM version. CD stands for "Compact Disc" and ROM for "Read Only Memory". The storage capacity of such a disc is enormous: on a CD-ROM you can store 500-times more data than on a conventional diskette. So it is possible, for example, to have the entire ICONDADA database (The CIB International **Construction Database**) which includes 250.000 information items on one disc. To run the CD-ROM all you need is a cost-effective CD-ROM disc driver which you can attach to your personal computer. There are already personal computers with an integrated disc driver on the market. Together with the delivery of a CD-ROM you obtain the search software, which is necessary for the menu-guided search in the database. So no other programs or retrieval know-how are required to make use of the CD-ROM. Even a beginner can perform a proper offhand recall of data.

ICONDA is the database of The International Council for Building Research, Studies and Documentation (CIB). It is a bibliographic file covering literature from all over the world on all fields of building construction, civil and construction engineering, architecture and urban planning. The Information Centre for Regional Planning and Building Construction (IRB) of the Fraunhofer-Society acts as ICONDADA-Agency and coordinates the international cooperation of several diverse organisations which provide references for ICONDADA. The citations, mostly with abstracts are in English. If a title is in a language other than English (55% are in German), both the original title and the English translation are available.

SUBJECT COVERAGE

- Structural Design and Material Testing
- Energy Conservation
- Halls, Industrial Plants, Tower Blocks, Towers, etc.
- Building Design
- Bridges, Tunnels, Dams, etc.
- Interior Design
- Masonry, Concrete, Steel, Timber, etc.
- Urban Planning, Housing, Landscaping
- Appropriate Technologies for Developing Countries
- Project Planning and Management
- Building Damages and Conservation of Buildings
- Building Services
- Foundation Engineering and Geotechnics
- Construction Equipment, Production Methods and Industrialised Construction
- Building Physics
- CAD

SOURCES

- Journals (70%)
- Books (23%)
- Other sources: reports, research projects, conference contributions (7%)

CD-ROM ICONDADA is brought up to date twice a year and costs USD 950,- per year.

For orders or questions on CD-ROM, please, contact:

Information Centre for Regional Planning and Building Construction (IRB) of the Fraunhofer-Society,
Nobelstrasse 12, D-7000 Stuttgart 80

Phone (07 11) 970-2500, Fax (07 11) 970-2507,
Telex 7 255 167 irb d

To the Point:

ARCONIS TRANSFER OF KNOWLEDGE

We give answers to all your questions on all aspects of planning and construction. Authoritative, reliable, fast, cost-effective, comprehensive by:

- Expert analyses
- State-of-the-art reports
- Market information
- Product information
- Trade information
- References to experts and institutions
- References to and procurement of technical literature including patents, standards, laws, guidelines, research reports, test certificates and licences
- Database extracts on floppy disks and magnetic tapes

We will make a short-term and free offer to your inquiry. Please call us:

ARCONIS
c/o Informationszentrum RAUM und
BAU (IRB) der Fraunhofer-Gesellschaft
Nobelstraße 12 · D-7000 Stuttgart 80
Telephone (+49 711/970-2600)
Telefax (+49 711/970-2900)
Telex 7255 167 irb d



ARCONIS

gets to the point